



II-4751 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

DER BUNDESKANZLER

Z1.353.100/1-III/4/79

Wien, am 6. Februar 1979

An den

**2234 IAB**

Präsidenten  
des Nationalrates  
Anton BENYA

1979-02-06

zu **2237/J**

Parlament  
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat TONN, HESELE, PFEIFER, HAAS, Fertl und Genossen haben am 5. Dezember 1978 (eingelangt im Bundeskanzleramt am 7. Dezember 1978) unter der Nr. 2237/J an die Bundesregierung eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend eingeleiteter Maßnahmen während der Jahre 1976, 1977 und 1978 gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Beantwortung dieser Anfrage eine Zusammenstellung der wichtigsten Maßnahmen der einzelnen Ressorts in den Jahren 1976 - 1978 vorzulegen, die für das Bundesland Niederösterreich von Bedeutung waren bzw. sind?"

Ich beeohre mich, diese Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten.

Der Übersicht halber erlaube ich mir, die Maßnahmen der Bundesregierung, die für das Bundesland Niederösterreich von Bedeutung sind, nach den einzelnen Ressorts getrennt darzustellen.

- 2 -

Im Hinblick auf den außergewöhnlichen Umfang der gegenständlichen Anfragebeantwortung wurden aus verwaltungsökonomischen Überlegungen zum Teil Abdrucke verwendet. Ich darf für diese Vorgangsweise um Verständnis ersuchen.

- 3 -

### Bundeskanzleramt

Von den in den Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramtes für das Bundesland Niederösterreich fallenden Maßnahmen sind folgende hervorzuheben:

#### I. Verstaatlichte Industrie

Die österreichische Wirtschaft ist von der seit 1975 herrschenden weltweiten Krise, welche auf den Sektoren Eisen und Stahl sowie Buntmetall besonders spürbar war, in beträchtlichem Maße beeinflußt worden.

Während im Ausland durch Freisetzung von Arbeitskräften den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen wurde, konnten in Österreich die Arbeitsplätze durch die von der österreichischen Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik – nicht zuletzt durch zahlreiche Förderungsmaßnahmen – gehalten und noch vermehrt werden.

Durch Kapitalzuführungen der staatseigenen Holdinggesellschaft ÖIAG bzw. dem Eigentümer Bund wurde die Entwicklung der verstaatlichten Industrie maßgeblich unterstützt. Für aufgenommene Finanzierungsmittel zur Durchführung der Investitionen wurden beträchtliche Haftungen übernommen.

Von den gesamten Investitionen der verstaatlichten Industrie in das Sachlagevermögen (1976: 7,8 Mrd S, 1977: 6,4 Mrd S, 1978: 8,8 Mrd S), entfiel ein beträchtlicher Teil auf die in Niederösterreich liegenden Betriebsstätten, wodurch für die Arbeitsplatzsicherung und die künftige Entwicklung dieser Betriebe ein beträchtlicher Beitrag geleistet wurde. Bezuglich der niederösterreichischen Betriebsstätten der Unternehmer kann im einzelnen über deren Entwicklung bemerkt werden:

- 4 -

### 1. Vöest-Alpine AG

Der genannte Zeitraum ist gekennzeichnet durch die weltweite Krisensituation der Eisen- und Stahlindustrie, von deren nachhaltiger Beeinflussung auch die Vöest-Alpine betroffen war. In den meisten Fällen gelang es, durch rechtzeitige Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen große Einbrüche zu vermeiden.

So zeigt die Umsatzentwicklung der niederösterreichischen Betriebsstätten, daß trotz sich verschärfender Konkurrenzsituation die Umsätze (1978: 5.465 Mio S) in diesem Zeitraum sogar leicht gesteigert werden konnten; am Personalsektor mußte jedoch gleichzeitig ein leichter Rückgang der Beschäftigungszahl (Personalstand zum 31. 12. 1978: 10.132 Dienstnehmer) verzeichnet werden.

Trotz der angespannten Ertrags- und Finanzlage konnten aber die geplanten Investitionsvorhaben zur Gänze durchgeführt werden, wobei in den niederösterreichischen Betriebsstätten z. B. 1978 rund 312 Mio S hiefür aufgewendet wurden.

Standortbezogen wäre folgendes für die einzelnen Werke festzustellen:

Werk Traisen: Die zur Rationalisierung und Optimierung der Fertigung getätigten Investitionen haben neben dem Übergang zu höherwertigen Erzeugnissen, verbunden mit einer Verbesserung der Erlöse, auch zu einer Erhöhung der Produktionsmenge geführt.

Hütte Krems: Trotz zunehmender Absatzschwierigkeiten sowohl im Inland als auch im Export gelang es, den Umsatz im betreffenden Zeitraum nahezu konstant zu halten. Durch Investitionen zur Forcierung von Produkten mit höherer Wertschöpfung war es möglich, den Beschäftigtenstand zu halten.

- 5 -

ÖSW-AG: Während des gesamten Betrachtungszeitraumes war für die Werft Korneuburg eine Voll- bzw. Überauslastung gegeben.

St. Aegyd: Die ungünstige Wirtschaftslage hat die Draht- und Seilbranche besonders stark getroffen, sodaß eine rückläufige Umsatzentwicklung in Kauf genommen werden mußte. Durch die im Jahre 1978 erfolgte Übernahme von der VEW und Verschmelzung mit der Kestag zur VÖEST-Alpine Werkzeug und Draht AG. (VA-WD) ist die Möglichkeit einer Strukturbereinigung gegeben, die sich in einer nachhaltigen Verbesserung der Unternehmenssituation ausdrücken sollten.

Ternitz: Das 1978 beschlossene mittelfristige Sonderinvestitionsprogramm sieht erhebliche Investitionen zur Verbesserung der Produktionsstruktur vor. In diesem Zusammenhang ist vor allem der derzeit laufende Ausbau des Nahtlosrohrwerkes mit einem Präliminare von 245 Mio S zu nennen.

Waidhofen: Durch die Ausweitung der Produktion von Bimetall-sägeblättern bzw. Zerspanungsmessern im Rahmen des mittelfristigen Sonderinvestitionsprogramms soll verstärkt in Wachstumsmärkte eingedrungen werden.

## 2. Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG

Die Buntmetallhalbzeugwerke sind organisatorisch bereits weitgehend in Amstetten konzentriert. Im Zuge von Umstrukturierungsmaßnahmen, durch welche Räumlichkeiten und Personal des Werkes Möllersdorf in Zukunft für andere Fertigungen verwendet werden, wird schrittweise im Jahre 1979 eine vollständige Konzentration der Buntmetall-Halbzeug-Fertigung in Amstetten angestrebt.

Bezüglich der Entwicklung in den einzelnen Werken mit dem Standort Niederösterreich kann folgendes festgestellt werden:

- 6 -

#### Metallwarenwerk Berndorf

Die Umsätze in diesem Werk haben in den letzten Jahren eine beachtliche Steigerung erfahren und erreichten 1978 rund 782 Mio S; desgleichen ist der Beschäftigtenstand seit 1976 um 191 Dienstnehmer angewachsen und hat somit 1978 einen Stand von 1.120 an Beschäftigten erreicht.

#### Metallwerk Möllersdorf

Die Situation des Werkes Möllersdorf war durch stagnierende Umsatzentwicklung und eher konstanten Beschäftigtenstand gekennzeichnet.

#### Metallwerk Amstetten

Das Werk konnte im genannten Zeitraum eine positive Umsatzentwicklung (1978: 368,4 Mio S) verzeichnen und auch den Absatz beachtlich ausweiten. Der Beschäftigtenstand hat leicht zugenommen.

#### ÖMV Aktiengesellschaft

Der Personalstand der in Niederösterreich gelegenen Betriebe der ÖMV hat im genannten Zeitraum eine Zunahme um 88 Dienstnehmer erfahren, was vor allem auf Neuaufnahmen im Erdölförderbetrieb, im Erdgasbetrieb und in der Raffinerie zurückzuführen ist. An Investitionen wurden in den Jahren 1976 - 1978 über 7,9 Mrd S in den niederösterreichischen Betrieben der ÖMV investiert. Von dieser hohen Investitionssumme entfallen rund 40 % auf den Erdgasbetrieb, rund 47 % auf die Raffinerie und die übrigen rund 13 % auf den Bohrbetrieb, den Erdöl-Förderbetrieb und den Fuhrpark.

- 7 -

Im Bereich des Erdgasbetriebes wurden u. a. weitere Erdgasuntergrundspeicher geschaffen, das Erdgas-Primärverteilungssystem erweitert, neue Kompressorenstationen gebaut, die Trans-Austira-Gasleitung (Baumgarten-Arnoldstein) auf eine Nennkapazität von 10 Mrd  $\text{m}^3$ /Jahr ausgebaut, die Südost-Gasleitung von Weitendorf (Stmk.) bis zur jugoslawischen Grenze bei Spielfeld errichtet und mit dem Bau der West-Austria-Gasleitung (WAG) von Baumgarten bis Oberkappel an der oberösterreichisch-deutschen Grenze (Länge 246 km) begonnen. Die WAG wird 1979 fertiggestellt werden.

In der Raffinerie wurde u. a. der Behälterraum erweitert, ein neues Heizkraftwerk mit einer Leistung von 70 MW errichtet und mit dem Bau einer zweiten Äthylenanlage mit einer Kapazität von 265.000 t/Jahr begonnen. Die Äthylenanlage II wird gegen Jahresende 1979 den Betrieb aufnehmen. Der Raffinerie-durchsatz erreichte 1978 9.894.702 to; an Erdgas wurden 1.507 Mio  $\text{m}^3$  gefördert. Die Rohölförderung betrug 1978 1.452.360 to.

## II. Förderungsmaßnahmen

Hinsichtlich der grundsätzlichen Orientierung der regionalen Strukturpolitik hat die Bundesregierung der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme immer besondere Beachtung geschenkt. Es ist die Zielsetzung der regionalen Entwicklungspolitik annähernd gleiche Erwerbs- und Lebensbedingungen in allen Siedlungsgebieten zu schaffen.

Die besondere Funktion, welche die niederösterreichischen Betriebe aller Sparten im Rahmen der gesamten österreichischen Wirtschaft zu erfüllen haben, wurde von den der Bundesregierung zur Verfügung stehenden, bundesweiten Finanzierungseinrichtungen weitestgehend unterstützt.

- 8 -

In der laufenden Gesetzgebungsperiode wurden bislang für das Bundesland Niederösterreich von der vom Bund unterstützten Österreichischen Kommunalkredit AG insgesamt 16 Kommunaldarlehen mit einer Gesamtsumme von 123,3 Mio S bewilligt. Die Darlehenshöhe lag bei 7 Projekten unter 5 Mio S, bei 8 Projekten zwischen 5 und 10 Mio S, bei einem Projekt zwischen 10 und 20 Mio S und bei zwei Projekten über 20 Mio S.

Im Rahmen des ERP-Verfahrens erhielt die niederösterreichische Wirtschaft in den Jahren 1975/76 bis 1978/79 insgesamt 901 Millionen Schilling, wovon 513 Millionen auf Industrie und Gewerbe, 265 Millionen auf die Land- und Forstwirtschaft und 48 Millionen auf die Fremdenverkehrswirtschaft entfielen. Unter Berücksichtigung der besonderen Situation des Grenzlandes wurden während des genannten Zeitraumes 110 Mio S Betrieben im Grenzland gewährt, welcher Betrag in dem vorerwähnten Gesamtbetrag der Industrie enthalten ist.

75 Millionen Schilling wurden der Energiewirtschaft zur Verfügung gestellt.

Während der laufenden Legislaturperiode wurden von den gesamten ERP-Kreditanträgen ein Fünftel den Wirtschaftssparten in Niederösterreich zur Verfügung gestellt, wo zwangsläufig die Industriebetriebe und in weiterer Folge die Einrichtungen der Land- und Forstwirtschaft dominieren, während die Betriebe der Fremdenverkehrswirtschaft zum Unterschied von jenen der westlichen Bundesländer von nachgeordneter Bedeutung sind.

Gemäß den Bestimmungen des ERP-Fonds-Gesetzes ist eine Angabe über die im einzelnen geförderten Betriebe nicht zulässig.

Im Rahmen der Zinsenstützungsaktion 1978 der Bundesregierung wurden folgende von den Kommerzbanken an niederösterreichische Betriebe gewährte Kredite mit 3 % zinsengestützt:

- 9 -

Anzahl	Förderungszusage	Gesamtinvestitionen	neue Arbeitsplätze
36	S 2.197,4 Mio	S 2.197,85 Mio	540

Mit Hilfe der beiden vorangeführten Aktionen wurden insgesamt in diesem Zeitraum im Bundesland Niederösterreich 1169 neue Arbeitsplätze geschaffen.

### III. Aktivitäten der Raumplanung

Am 6. November 1978 fand im Bundeskanzleramt eine abschließende Besprechung unter meinem Vorsitz zwischen Mitgliedern der Bundesregierung und Mitgliedern der Niederösterreichischen Landesregierung betreffend Förderungsmaßnahmen für die NÖ-Grenzgebiete statt. Das 1974 zwischen der Bundesregierung und der NÖ-Landesregierung abgesprochene Programm von Förderungsmaßnahmen des Bundes für die NÖ-Grenzgebiete hatte eine Laufzeit von 5 Jahren und wurde in der Zwischenzeit voll realisiert. Dies hat dazu beigetragen, die regionalen Probleme in den NÖ-Grenzgebieten zu mildern und die Erwerbsmöglichkeiten und Lebensbedingungen der im Grenzgebiet lebenden Menschen zu verbessern.

Ziel der Regierungsverhandlung am 6. November 1978 war es, unter Zugrundelegung der bisherigen Erfahrungen, die bei der Grenzlandförderung gewonnen werden konnten, die bisherigen bewährten Maßnahmen zu verlängern bzw. zusätzliche Förderungsmaßnahmen zu vereinbaren.

Die dabei im einzelnen beschlossenen Förderungsmaßnahmen bitte ich, dem beigeschlossenen Protokoll zu entnehmen.  
(Beilage I)

- 10 -

Gemäß dem Familienberatungsförderungsgesetz BGBl. Nr. 80/1974 hat der Bund die von verschiedenen Rechtsträgern durchgeführte Familienberatung zu fördern. In welchem Ausmaß dies im Bereich des Bundeslandes Niederösterreich geschehen ist, möge der beiliegenden Tabelle (Beilage II) entnommen werden.

Außerdem liegt eine Zusammenstellung (Beilage III) bei, aus der die vom Bund aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen erbrachten Leistungen ersichtlich sind.

Schließlich wird auf die Auswirkungen der Koordinationstätigkeit auf dem Gebiete des EDV-Einsatzes hingewiesen. Sie wirkt zwar grundsätzlich auf die einzelnen Bundesländer nur mittelbar, doch besteht im Bereich des berufsbildenden Schulwesens insofern eine Ausnahme, als das Bundesministerium für Unterricht und Kunst im Zusammenwirken mit der Abteilung I/6 des Bundeskanzleramtes ein EDV-Konzept ausgearbeitet hat. Gemäß diesem Konzept wurden an der Höheren Technischen Bundeslehranstalt St. Pölten ein regionales Schulrechenzentrum, an den Höheren Technischen Bundeslehranstalten Mödling und Wr. Neustadt sowie an der Bundeshandelsakademie Krems Kleinrechenanlagen installiert. Darüber hinaus wurde durch die Aufnahme in den Systemisierungsplan der EDV-Anlagen des Bundes für das Jahr 1979 Vorsorge für die Installation von Kleinanlagen an den Bundeshandelsakademien Baden, Wr. Neustadt, Waidhofen a/d Ybbs und Bruck a/d Leitha getroffen.

## BEILAGE I

Bundeskanzleramt - Sektion IV  
Abteilung 6 - Raumplanung  
21. 590.202/55- IV/6/78

25. November 1978

B e s c h l u s s - P r o t o k o l l

über das abschließende Gespräch zwischen  
Mitgliedern der Bundesregierung und der  
NÖ-Landesregierung

Zeit: 6. November 1978, 15.00 Uhr - 17.00 Uhr

Ort: Bundeskanzleramt

Gegenstand: Förderungsmaßnahmen für die NÖ-Grenzgebiete;  
Verlängerung des Förderungsprogrammes bzw. zu-  
sätzliche Maßnahmen

Teilnehmer:

Bund: Bundeskanzler Dr. KREISKY  
Vizekanzler Dr. ANDROSCH  
Handelsminister Dr. STARIBACHER  
Sozialminister Dr. WEISSENBERG  
Landwirtschaftsminister DI Ing. HAIDEN  
Verkehrsminister LAUSECKER  
Bautenminister MOSER  
Außenminister Dr. PAHR  
Staatssekretär Prof. Dr. NUSSBAUMER  
Sektionschef Dr. GATSCHA (BKA/IV)  
Ges. Dr. GEHART (BKA/Kabinett)  
SR DI KOHLBACHER (BKA/IV/6)  
MR Dr. LOECHT (BMfUuK)  
MOK Dr. BEDNAR (BMfSv)  
OKmsr Dr. IRSCHIK (BMfUuK)  
Mag. ZIEHENGRASER (BMfF)

## Land Niederösterreich:

Landeshauptmann MAURER  
Landeshauptmann-Stv. LUDWIG  
Landeshauptmann-Stv. CZETTEL  
Landesrat BIERBAUM  
Landesrat SCHNEIDER  
Landesrat KÖRNER  
Landesamtsdir. HR Dr. SCHNEIDER  
Reg. Okmsr Dr. SCHILK

Beschlüsse:

Das 1974 zwischen der Bundesregierung und der Niederösterreichischen Landesregierung abgesprochene Programm von Förderungsmaßnahmen für die NÖ-Grenzgebiete hat eine Laufzeit von 5 Jahren.

Auf der Basis der bisherigen Erfahrungen, die bei der Realisierung des Maßnahmenprogrammes gewonnen werden konnten, des Beschlusses der ÖROK betr. bilaterale Besprechungen über Förderungsmaßnahmen für die Ostgrenzgebiete, des Schreibens von Landeshauptmann MAURER an Bundeskanzler Dr. KREISKY (18. November 1977) sowie des 1. Gespräches zwischen Mitgliedern der Bundesregierung und der Niederösterreichischen Landesregierung am 14. Juli 1978 wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1.) Arbeitsplatzzuschüsse

Das BMfsV reserviert für das Jahr 1979 einen zusätzlichen maximalen Rahmenbetrag von 5 50 Mio zur Förderung der Schaffung neuer industriell-gewerblicher Dauerarbeitsplätze im NÖ-Grenzgebiet, soferne das Land Niederösterreich einen gleich hohen Betrag für diese Zwecke bereitstellt. Das diesbezügliche Einvernehmen mit dem BMFF wurde hergestellt. Die Ausschöpfung des vom Bund vorgesehenen Rahmens erfolgt nach den Bestimmungen des AMFG und dessen Richtlinien.

Im Falle von entsprechenden Förderungsanträgen wird der Kontakt zwischen den zuständigen Stellen des Landes und der Arbeitsmarktverwaltung hergestellt.

2.) ERP-Grenzlandsonderprogramm

Im Rahmen des ERP-Sonderprogrammes zur Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen in den grenznahen Entwicklungsgebieten des Mühl-, Wald- und Weinviertels, des Burgenlandes, der Steiermark und Teilen Kärntens

werden für Anträge aus dem NÖ-Grenzgebiet in den nächsten 2 Jahren jährlich S 100 Mio an Kreditmitteln reserviert.

### 3.) NÖ-Grenzlandförderungsgesellschaft (NÖG)

In den nächsten 3 Jahren werden Bund und Land NÖ je S 10 Mio jährlich der NÖG zuführen. Damit werden die Mittel der NÖG von derzeit S 40 Mio auf S 100 Mio aufgestockt.

Diese Mittel sollen es der NÖG ermöglichen, ausbaufähige Standorte für industriell-gewerbliche Betriebe entsprechend einem von der NÖG zu erstellenden Aufgabenprogramm aufzuschließen. Vom Standpunkt des Bundes sollten dabei in erster Linie die überregionalen und regionalen Entwicklungszentren ins Auge gefaßt werden, die im Grenzgebiet liegen oder für das Grenzgebiet von Bedeutung sind (Horn-Eggenburg, Gmünd-Heidenreichstein, Krems/Donau). Weiters kommen in den räumlich isolierten Randgebieten noch folgende Standorte in Frage: Waidhofen/Thaya, Zwettl, Hollabrunn, Retz, Laa/Thaya, Zistersdorf.

Die Aufgaben der NÖG sollten auf den industriell-gewerblichen Bereich beschränkt bleiben (Förderung des Projektes "Moorkuranstalt-Harbach" soll Ausnahme bleiben).

### 4.) Intensivierung der Investorenberatung

Im Sinne der Bemühungen der Informationsstelle für Investoren im BMFHGI, in- und ausländische Investoren auch für Betriebsneugründungen und -erweiterungen in strukturschwachen grenznahen Gebieten zu gewinnen, wird das Aus schöpfen aller Möglichkeiten im Interesse der NÖ-Grenzgebiete auch in Zukunft zu den Schwerpunktaufgaben der Informationsstelle zählen.

Das BMFHGI wird gemeinsam mit der Arbeitsmarktverwaltung, den bundesweiten Finanzierungseinrichtungen und den zuständigen Stellen des Landes NÖ Beratungstage für die Betriebe im NÖ-Grenzgebiet abhalten und zwar:

17. November 1978 in Zwettl (Schloß Rosenau)  
und 24. November 1978 in Hollabrunn.

Das Land NÖ bzw. die NÖ-Grenzlandförderungsgesellschaft

werden der Informationsstelle für Investoren im BMHGI über die in Frage kommenden Industriestandorte nähere Daten (Standortprofile) zur Verfügung stellen.

### 5.) Förderung der Fremdenverkehrsentwicklung

Zur Förderung des Projektes "Moorkuranstalt Harbach" ist eine Bundesförderung (BMF) von S 5 Mio im Wege der NÖ-Grenzlandförderungsgesellschaft vorgesehen. Darüberhinaus wird das BMHGI auf Empfehlung der ERP-Fachkommission für Fremdenverkehrskredite von den beantragten S 40 Mio ERP-Kreditmittel vorerst im Rahmen der ERP-Ersatzaktion die Zinsstützung für S 20 Mio vorsehen. Auf Vorschlag des Bundeskanzlers sollten Bund und Land Niederösterreich im Waldviertel ein Projekt "Freizeitzentrum" <sup>1)</sup> gemeinsam realisieren. Als mögliche Standorte wurden Geras oder Zwettl genannt, wobei auch zu prüfen wäre, dieses Freizeitzentrum im Zusammenhang mit der Moorkuranstalt Harbach zu verwirklichen.

### 6.) 5-jähriges agrarisches Grenzland-Sonderprogramm

Seitens des BMLuF wird das agrarische Grenzland-Sonderprogramm für die NÖ-Grenzgebiete über das Jahr 1978 hinaus für weitere 5 Jahre fortgeführt werden und zwar:

S 30 Mio Bundesmittel jährlich  
S 60 Mio AI-Kredite jährlich.

Es wurde Übereinstimmung dahingehend erzielt, daß künftig in das BMLuF bei der Prüfung der Programme und der Vergabe der Mittel im Rahmen der beim Amt der NÖ-Landesregierung bestehenden Koordinierungsstelle vertreten ist.

### 7.) Ausbau des Bundesstraßennetzes

Nach Vorliegen konkreter Vorschläge des Landes NÖ für Baumaßnahmen auf Bundesstraßen im NÖ-Grenzgebiet wird das BMfBuT diese Vorschläge in Direktverhandlungen mit dem Land eingehend beraten, wobei (so wie im Falle des 1. Grenzlandförderungsprogrammes 1974) die Realisierung des Vor-

<sup>1)</sup> Eine von einem deutschen Architekten ausgearbeitete Projektstudie wurde ~~hervorragend~~ Anschluß an die Gesprächsrunde am 14.7.1978 an Herrn Landeshauptmann

schlags nur im Ausmaß seiner Finanzierbarkeit erfolgen kann. Die jeweils vorhandenen Ausbaumöglichkeiten wären in den jährlichen Bauverhandlungen festzulegen.

#### 8.) Ausbau des Schienennetzes (Nebenbahnen)

Bei der 9. Sitzung der ÖROK wurde auf Antrag der Bundesländer (insbes. NÖ und Steiermark) beschlossen, zu der bereits vorliegenden Untersuchung "Die Nebenbahnen in Österreich; Ihre verkehrs- und raumwirtschaftliche Bedeutung" eine weitere ergänzende Untersuchung durchzuführen.

Nach Vorliegen dieser ergänzenden Untersuchung und der entsprechenden Schlußfolgerungen der ÖROK wird das BMV Direktverhandlungen mit dem Land NÖ über die Frage der Nebenbahnen im NÖ-Grenzgebiet aufnehmen.

#### 9.) Aufrechterhaltung der steuerlichen Begünstigung für private KFZ-Halter im Grenzgebiet

Mit der Neueinführung des erhöhten KFZ-Pauschales für tägliche Fahrten mit einer Gesamtfahrstrecke (Wohnung - Arbeitsplatz - Wohnung) von mehr als 40 km ist dem Anliegen nach einer Begünstigung für private KFZ-Halter im Grenzgebiet entsprochen.

#### 10.) Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Der Wunsch des Landes NÖ nach Bereitstellung von S 5 Mio für Maßnahmen auf dem Sektor der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in finanzschwachen Grenzlandgemeinden wird im Zuge der Verhandlungen zum FAG behandelt.

#### 11.) Bedachtnahme auf Vermeidung negativer Auswirkungen auf das Grenzland bei Rationalisierungsmaßnahmen von Bundeseinrichtungen

Die Rationalisierungsmaßnahmen bei den Steueraufsichtsstellen, der Zollverwaltung, Zollwache und der Gendarmerie haben zu keinen nennenswerten negativen Auswirkungen geführt.

#### 12.) Änderung der Vergabeoordnung

Eine Änderung der Vergabeoordnung im Sinne einer Lokalpräferenz für Betriebe im Grenzgebiet bei öffentl. Aufträgen

ist u.a. wegen der Beispielsfolgen nicht möglich. Das BMBF wird jedoch trachten, im Falle gleicher Preisan-  
gängigkeit dem Grenzlandbetrieb Vorzug einzuräumen.

**13.) Ansiedlung von nicht standortgebundenen öffent-  
lichen Einrichtungen im Grenzland**

Eine entsprechende Grundsatzstudie über die Möglichkei-  
ten der Dezentralisierung von Dienstleistungseinrich-  
tungen wird vom BKA in Auftrag gegeben.

**14.) Senkung der Klassenschülerzahl**

Eine Erhöhung der Zahl der Lehrer im Grenzgebiet er-  
folgte und erfolgt durch einen großzügigen Aus- und Neu-  
bau der Bundesschulen.

**15.) Änderung des FAG zu Gunsten von Grenzlandgemeinden**

Das FAG sieht bereits entsprechende Zweckzuschüsse an  
Länder und Gemeinden vor.

**16.) Schaffung zusätzlicher Grenzübergänge in die CSSR**

Bis Ende 1978 werden zwei neue Grenzübergänge eröffnet:

Laa/Thaya - Helvin  
Weigetschlag - Studanky.

SChef Dr. GATSCHA

SR DI KOHLBACHER

## BEILAGE II

Familienberatungsstellen in Niederösterreich:  
Klienten und Aufwand der Jahre 1976, 1977 und 1. Halbjahr 1978

Rechtsträger/Stelle	1976		1977		1. Halbjahr	1978
	Klienten:	Aufwand	Klienten:	Aufwand	Klienten:	Aufwand:
<u>Land Niederösterreich:</u>						
Baden	112	55.434,08	188	57.660,36	150	30.539,16
Bruck/Leitha	93	33.540,--	106	33.540,--	78	17.640,--
Gänserndorf	21	38.101,04	44	33.720,--	31	20.640,--
Gmünd/Horn	29	40.654,20	53	41.969,28	83	28.577,70
Hollabrunn	14	23.054,64	Wurde ab 1977 geschlossen!			
Kirchberg/Pielach/Neulengbach	59	55.061,40	62	40.668,71	24	12.468,70
Klosterneuburg/Purkersdorf/ Schwechat/Gerasdorf +)	83	50.768,76	172	47.161,44	69	13.904,72
Korneuburg	59	51.821,25	55	41.040,--	29	22.200,--
Mödling	85	73.216,82	127	59.702,34	91	29.838,54
<u>Magistrat</u>						
Krems	83	32.733,60	253	74.520,20	251	88.816,88
<u>Magistrat</u>						
St.Pölten-Mitte	612	276.143,--	492	289.590,--	348	183.120,--
St.Pölten-Süd	73	45.870,--	231	194.950,--	234	111.680,--
<u>Magistrat</u>						
Wr. Neustadt	177	87.488,85	377	95.422,06	254	51.845,60
<u>Stadtgemeinde</u>						
Neunkirchen	381	131.432,--	349	100.636,--	168	50.454,--
<u>Gemeindeverband aö.KrH</u>						
Mistelbach	212	74.400,--	184	74.400,--	73	37.800,--

Träger/Stelle	1976	1977	1. Halbjahr 1978
	Klienten: Aufwand:	Klienten: Aufwand:	Klienten: Aufwand:
<u>Diözese St. Pölten</u>			
Amstetten/Waidhofen/Y.	94 77.239,80	108 84.808,30	88 65.622,--
Krems/Gföhl	101 65.224,80	94 94.297,60	80 61.979,20
Lilienfeld	59 48.024,--	52 43.590,--	37 31.660,--
Melk	81 67.841,40	82 70.275,60	58 45.854,80
St. Pölten	707 257.211,40	921 289.590,--	517 139.120,--
Scheibbs	160 132.523,--	108 146.243,80	88 35.777,20
Tulln	60 58.641,60	147 81.301,60	62 55.393,60
Waidhofen/Th.	172 62.653,80	58 54.392,40	24 38.839,60
Zwettl	79 61.937,--	71 58.183,20	10 44.562,40
<u>Familienwerk d. Erzdiözese Wien</u>			
Stockerau/Hollabrunn	68 69.658,80	96 69.146,--	71 37.548,60
Mistelbach/Laa/Th.	93 68.631,60	94 71.883,40	77 38.026,40
Pöysdorf	411 78.294,40	468 89.063,20	235 43.535,20
Wr. Neustadt	122 52.059,20	92 53.041,60	85 33.694,--
Wolkersdorf	93 44.195,20	83 41.938,--	49 21.261,--
<u>Pfarre St. Martin</u>			
Klosterneuburg	erst ab 1977 !	538 103.230,--	468 59.300,--

## BEILAGE III

Z u s a m m e n s t e l l u n g

der für die Familien in NIEDERÖSTERREICH in den Jahren 1976 bis 1978 aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen erbrachten Leistungen:

	Familien- beihilfe	Geburten- beihilfe	Schulfahrt- beihilfe und Schülerfrei- fahrt	Schul- bücher
in Mio. S, 1 Dez. Stelle				
1976	1.645,3	241,2	181,7	164,0
1977	1.909,1	236,7	161,2	180,5
1978 <sup>x)</sup>	3.332,0 <sup>xx)</sup>	254,8	211,8	182,3

<sup>x)</sup> Jahresaufwand lt. Bundesvoranschlag 1978

<sup>xx)</sup> Die Steigerung gegenüber 1977 ergibt sich aus der Umwandlung des Kinderabsetzbetrages in eine direkte Geldbeihilfe, die gemeinsam mit der Familienbeihilfe ausbezahlt wird.

- 11 -

### Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Wenn auch bei der Tätigkeit des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten im allgemeinen gesamtösterreichische Interessen im Vordergrund stehen, so werden doch auch durch die Zentrale und die österreichischen Vertretungsbehörden Leistungen für die einzelnen Bundesländer und seine Bewohner erbracht.

In allen Fragen der Außenpolitik, insbesondere im nachbarschaftlichen Bereich, die das Bundesland Niederösterreich tangieren, war das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten immer darum bemüht, den spezifischen Interessen Niederösterreichs soweit wie möglich Rechnung zu tragen.

Hier wären die Bemühungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten zum Schutz des Landes Niederösterreich und seiner Bevölkerung vor möglicherweise negativen Auswirkungen tschechoslowakischer Kernkraftwerke in Grenznähe zu erwähnen.

In der CSSR, deren KKW-Ausbauplan im Rahmen des COMECON beschlossen ist, befinden sich 3 KKW-Standorte in Nähe der niederösterreichischen Grenze:

Jaslovske Bohumice bei Trnava (Westslowakei), Grenzentfernung ca. 50 km, geplante Gesamtleistung 1760 MW, vorgesehen 4 KKW-Blöcke, Inbetriebnahme 1978 (1 Block), 1979 (1 Block) und 1982 (2 Blöcke).

Dukovany im Raum Brünn (Südmähren), Grenzentfernung ca. 35 km, geplante Gesamtleistung 1760 MW, vorgesehen 4 KKW-Blöcke, Inbetriebnahme 1982-84.

Malovice in Raum Budweis (Südböhmen), Grenzentfernung ca. 40 - 50 km, geplante Gesamtleistung 1000-3000 MW, Inbetriebnahme bis 1990.

- 12 -

Nachdem bereits seit mehreren Jahren informelle Kontakte mit der CSSR über Fragen der friedlichen Nutzung der Kernenergie bestanden hatten, wurde im Herbst 1977 auf österreichische Initiative die Aufnahme offizieller Expertengespräche vereinbart. Ziel dieser Besprechungen ist es, die csl. Seite zu veranlassen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um jede Gefährdung Österreichs durch csl. Kernkraftwerke auszuschließen.

Mitte Jänner 1978 hat die erste Gesprächsrunde in Prag stattgefunden, bei der die csl. Gesprächspartner eindringlich auf die in der österreichischen Bevölkerung herrschende Beunruhigung über die csl. Pläne zum Bau von Kernkraftwerken in Grenznähe aufmerksam gemacht wurden. Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten hat den csl. Außenminister bei seinen Besuchen in Wien im Herbst 1977 sowie im Frühjahr 1978 ebenfalls darauf aufmerksam gemacht.

Anlässlich der ersten Delegationsgespräche in Prag, die einem allgemeinen Informationsaustausch über die nationalen Programme zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und über Bestimmungen betreffend den Bau von Kernkraftwerken dienten, wurde vereinbart, zunächst auf Expertenebene in 2 Arbeitsgruppen verschiedene Detailfragen zu behandeln. Anfang 1979 sollen die Volldelegationen wieder zusammentreffen, um die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu prüfen, und konkret erforderlich erscheinenden Maßnahmen zum Schutz der österreichischen Bevölkerung, besonders der im Grenzraum lebenden, zu ergreifen.

Das in Zusammenarbeit mit den österreichischen Außenhandelsstellen fortgesetzte Bemühen zur Förderung der österreichischen Exporte in das Ausland ist

in vielen Fällen ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung zahlreicher Arbeitsplätze. Gerade für ein industrialisiertes Bundesland wie Niederösterreich sind solche Bemühungen wichtig.

Für die niederösterreichische Landwirtschaft wären die intensiven und laufend unternommenen Interventionen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft) für eine liberalere Behandlung der österreichischen Agrar- und Viehexporte in die EG von Bedeutung.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist seit vielen Jahren bestrebt, das Bundesland Niederösterreich in das Internationale Kongressgeschehen einzubeziehen. So ist es in Kooperation mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung bemüht, die Entwicklung Laxenburgs zu einem Zentrum für internationale Vereinigung und Organisationen vorwiegend wissenschaftlich-technischen Charakters zu fördern. Abgesehen vom seit einigen Jahren dort ansässigen Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) hat im Jahre 1978 die International Federation of Automatic Control (IFAC) ihren Sekretariatssitz nach Laxenburg verlegt. Gegenwärtig erwägt die International Association for Computing, and Statistics (IACS), sich in Laxenburg anzusiedeln.

Zurückgehend auf eine Initiative des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten veranstalten die VN seit 1970 alljährlich ein mehrtägiges Kolloquium für leitende UN-Beamte auf Schloss Hernstein, Niederösterreich. Diese Treffen sind Problemkreisen gewidmet, die jeweils von besonderem internationalen Interesse sind.

Der Erfolg dieser Veranstaltungen hat das Entwicklungs- Programm der VN (UNDP) veranlasst, für leitende Angehörige seiner Vertretungsbehörden in den Entwicklungsländern einen 10-tägigen Fortbildungskurs einzurichten, der 1978 zum zweiten Mal, ebenfalls auf Schloss Hernstein, stattgefunden hat.

Das Berufspädagogische Institut (BPI) in Mödling, eine Schule mit

Öffentlichkeitsrecht, die eng mit der Höheren Technischen Lehranstalt Mödling zusammenarbeitet, befasst sich mit der Ausbildung von Angehörigen aus Entwicklungsländern zu Gewerbelehrern auf den Gebieten des Maschinenbaus und der Elektrotechnik. Jährlich gelangen 20 Studienplätze im Wege der österr. Vertretungsbehörden zur Ausschreibung. Finanziert wird dieses Programm zu gleichen Teilen aus den vom BKA/IV verwalteten Entwicklungshilfemitteln sowie von der BKdgW.

Während die Dauer eines Lehrgangs bisher einheitlich 2 Jahre betrug, wird seit Beginn dieses Jahres neben der zweijährigen Ausbildung für innerbetriebliche Fortbildungskräfte auch ein dreijähriger Kurs, der für Gewerbelehrer an Schulen bestimmt ist, durchgeführt.

Was den Einsatz von Niederösterreichern in internationalen Entwicklungshilfeprojekten betrifft, sei erwähnt, dass unter den in der Expertenkartei des BMfAA derzeit gegenwärtigen Experten 72 aus Niederösterreich aufscheinen, denen die Beschreibungen der für sie in Frage kommenden UN-Expertenposten laufend zur Verfügung gestellt werden. Von den Experten niederösterreichischer Herkunft haben bisher 10 durch Vermittlung des Expertenbüros Einsätze in diversen UN-Programmen absolviert, 7 von ihnen bereits zu wiederholten Malen.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten macht u.a. auch die Werbung um Touristen in seinem Anliegen. So erhalten die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland regelmässig Material der österreichischen Fremdenverkehrswerbung über Niederösterreich, um mit Broschüren und anderen Publikationen für dieses Bundesland werben zu können. Diese Aktion ist besonders zielführend, weil die ausländischen Touristen schon vor Antritt ihrer Reise eine Information über ihren Urlaubsort erhalten können. Es gelangen Prospekte, Plakate, Illustrierte, Broschüren zur Verteilung. Zahlreiche Fremdenverkehrsfilme, die bei den österreichischen Vertretungsbehörden für die Öffentlichkeitsarbeit in Ver-

wendung stehen, spielen zum Teil in Niederösterreich und werben damit für den niederösterreichischen Fremdenverkehr.

Auch im Bereich des Presse- und Informationswesens findet Niederösterreich bei der österreichischen Öffentlichkeitsarbeit im Ausland, soweit diese vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten betrieben wird, entsprechend Berücksichtigung. Die Dienste der Abteilung Presse und Information werden auch sowohl von verschiedenen Stellen in Niederösterreich, insbesondere von der Lokalpresse, als auch von ausländischen Journalisten, die über dieses Bundesland Informationen benötigen, in Anspruch genommen.

Ausländischen Journalisten wurde durch Kontakt mit dem Landespresse-dienst von Niederösterreich die Möglichkeit geboten, auch dieses Bundesland zu besuchen. Dadurch konnte erreicht werden, bei Einladungen ausländischer Journalisten in unser Land auch einen Presseniederschlag über die Leistungen Niederösterreichs in den ausländischen Zeitungen zu erhalten. Im allgemeinen wird darauf geachtet, dass eine möglichst gleichmässige Streuung von Besuchen ausländischer Journalisten in den einzelnen Bundesländern erfolgt. Die Zusammenarbeit mit dem Niederösterreichischen Landespresse-dienst ist jedoch infolge der Nähe der Bundeshauptstadt besonders intensiv. Zahlreiche ausländische Journalisten besuchen daher im Anschluss an einen Wien-Aufenthalt die Sehenswürdigkeiten Niederösterreichs, wobei sich eine Fahrt in die Wachau als besonders attraktiv erwiesen hat. In Zusammenarbeit mit dem Landespresse-dienst werden auch Sonderexkursionen für die in Wien akkreditierten Journalisten bzw. für Journalisten, die Wien aus einem bestimmten Anlass (z.B. die Wiener Festwochen) besuchen, durchgeführt. Diese Besichtigungsfahrten in Niederösterreich haben jeweils einen großen Presseniederschlag zu verzeichnen. Als Beispiel hierfür können die zahlreichen im Land Niederösterreich alljährlich stattfindenden Kunstausstellungen genannt werden.

Überdies bekommen die österreichischen Botschaften im Ausland illustrierte Bücher, um diese an Persönlichkeiten des Empfangsstaates zu überreichen. Insbesondere finden sich unter den Widmungswerken Bücher, die die einzelnen

Bundesländer - also auch Niederösterreich - darstellen.

Die Redaktionen der niederösterreichischen Lokalpresse nehmen in großem Masse Anteil am Schicksal ihrer Landesangehörigen im Ausland. In Fällen, in denen Niederösterreicher im Ausland in Schwierigkeiten gerieten, wandten sich die Redaktionen in der Regel an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bzw. direkt an die zuständige österreichische Vertretungsbehörde mit der Bitte um Auskunft. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist stets bemüht, zu den jeweiligen Anfragen raschest Stellung zu nehmen und in Zusammenarbeit mit den Vertretungsbehörden die Lösung des jeweiligen Falles zu erleichtern. Die konsularischen Hilfeleistungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten für Österreicher im Ausland kommt auch zahlreichen Bewohnern des Bundeslandes Niederösterreich zugute, die entweder durch Krankheit in Not gerieten oder durch Verstöße gegen ausländische Rechtsvorschriften in Schwierigkeiten gekommen sind, wobei besonders Urlauber, Jugendliche und Berufskraftfahrer den Hauptanteil der betroffenen Personen ausmachen.

Im Zuge der Gewährung von Rechtshilfe und Rechtsschutz für österreichische Staatsbürger, die im Ausland in Not geraten, hat das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten als Serviceleistung eine Informationsbroschüre "Tips für Auslandsreisende" herausgebracht. Diese Broschüre, die an den Grenzübergängen verteilt wird und in Reisebüros aufliegt, enthält zahlreiche praktische Hinweise für das Verhalten in kritisichen Situationen bzw. die Hilfsmöglichkeiten der Vertretungsbehörden.

Neben diesen für die einzelnen Staatsbürger auf dem Gebiet des Rechtsschutzes erbrachten Leistungen werden auch die Interessen des Bundeslandes Niederösterreich gegenüber dem benachbarten Ausland im Bereich des Konsular- und Rechtswesens vertreten.

Am 21. Jänner 1978 trat das Abkommen über die Schaffung von Straßen-

- 17 -

Übergängen an der gemeinsamen Staatsgrenze in Kraft, das am 28. Dezember 1978 zur Eröffnung eines neuen Grenzüberganges bei Laa a.d. Thaya/Hevlin geführt hat.

Damit konnte ein weiterer wesentlicher Schritt zur Öffnung der Grenze mit der CSSR gesetzt werden.

Am 10. Oktober 1978 trat das Abkommen über die Erteilung von gebührenfreien Sichtvermerken für Reisen zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller oder sportlicher Aufgaben vom 19. Oktober 1977 in Kraft.

Damit ist auch für den in Niederösterreich lebenden, durch das Abkommen betroffenen Personenkreis eine bedeutende Erleichterung bei der Durchführung von Reisen in die bzw. Aufenthalt in der CSSR eingetreten.

Amt 10. Juli 1978 ist das Abkommen über das Betreten der durch Regulierungen von Grenzgewässern betroffenen Gebietsteile, das eine wichtige Erleichterung für Teile der niederösterreichischen Grenzbevölkerung schafft, in Kraft getreten.

Nachdem österreichischerseits bereits im Jahre 1976 die Abhaltung von gemeinsamen Expertengesprächen über die Planung für eine Verbesserung der beiderseitigen Zulaufstrecken zu den bestehenden Eisenbahngrenzübergängen vorgeschlagen worden waren, fanden am 17./18. Oktober 1978 diesbezügliche Gespräche in Wien statt, die in einer konstruktiven Atmosphäre verliefen.

Zwecks Erleichterung der Arbeitsbedingungen für akkreditierte Journalisten ist ein Abkommen mit der CSSR in Ausarbeitung, das für diese Personengruppe Sichtvermerke für mehrmalige Einreisen mit sechsmonatiger Gültigkeitsdauer vorsieht.

Damit werden sich für viele österreichische Journalisten, zu einem beträchtlichen Teil Niederösterreicher aufgrund der geographischen Nachbarschaftslage, Reisen und Behördenwege bezüglich die CSSR fühlbar vereinfachen.

Der Abkommensentwurf befindet sich gegenwärtig im interministeriellen Begutachtungsverfahren.

Besonderes Augenmerk schenkt das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Auslandskulturpolitik, die für Gesamtösterreich repräsentativ sein muss. Um den hiefür unerlässlichen Kontakt mit den Bundesländern sicherzustellen und ihre Intentionen und Anregungen kennenzulernen, werden die Vertreter der Bundesländer im Rahmen der Tagungen des Kontaktkomitees zur Koordinierung der Auslandskulturpolitik zwischen Bund und Ländern des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sowie Niederösterreich - wie alle Bundesländer - laufend über die Aktionen und Zielvorstellungen der österr. Auslandskulturpolitik informiert. Diese Tagungen finden in der Regel alle drei Monate statt.

In letzter Zeit wurde eine Verbesserung des Informationsflusses zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Auslandskulturpolitik durch folgende Massnahmen erreicht:

- Zweimal jährlich, jeweils bis Ende Mai bzw. Ende Oktober, sollen dem ha. Ressort im Wege der Verbindungsstelle der Bundesländer Zusammenstellungen der Bundesländer über ihre geplanten Auslandsaktivitäten übermittelt werden. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten übermittelt den Ländern gleichartige Aufstellungen.
- Einmal jährlich soll eine Sitzung des Kontaktkomitees zur Koordinierung der Auslandskulturpolitik zwischen Bund und Ländern unter Teilnahme aller Länder stattfinden. (In der Regel sind nur Niederösterreich und Wien vertreten). Vertrags- und Verhandlungsprojekte auf dem Gebiet der Auslandskulturpolitik - wie Kulturabkommen, Technisch-wissenschaftliche Abkommen, Gemischte Kommissionen usw. - werden den Ländern zur Stellungnahme unterbreitet. Gegebenenfalls werden Ländervertreter zu bilateralen Kulturverhandlungen zugezogen.

Der Vertreter Niederösterreichs nimmt besonders aktiv an den gegenständlichen Sitzungen und Aktivitäten teil.

- 19 -

Im Rahmen von Europaratsaktivitäten, insbesonders betreffend den Naturschutz, wird - meist im Wege der Verbindungsstelle der Bundesländer - auch der Beitrag der zuständigen Niederösterreichischen Stellen verwertet und zur Geltung gebracht.

Auch bei UNESCO-Konventionen und Tagesordnungspunkten der UNESCO-Generalkonferenz, die Kompetenzen der Bundesländer berühren, wird regelmässig Kontakt mit der Verbindungsstelle der Bundesländer gepflogen.

Auch auf dem Ausstellungssektor wird Niederösterreich stets einbezogen:

Auf der Schallaburg wird von Anfang Mai bis Ende Oktober 1979 auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Land Niederösterreich und Bulgarien und mit Unterstützung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten eine Ausstellung über "Kunst und Kultur Bulgariens" durchgeführt werden, die einen Querschnitt durch die bulgarische Geschichte, Kunst und Kultur an Hand der Entwicklung der Stadt Sofia zeigen wird.

Die Durchführung einer niederösterreichischen Gegenausstellung in Bulgarien ist grundsätzlich beabsichtigt, jedoch noch nicht endgültig festgelegt.

Eine Ausstellung der "Niederösterreichischen Künstlervereinigung" wurde in der Türkei gezeigt, wobei das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten beim Transport mitwirkte.

Die Stadt Wiener Neustadt veranstaltete eine Ausstellung in Athen, wobei das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten beim Zustandekommen mitwirkte.

Die Österreichischen Kulturinstitute zeigen regelmässig Ausstellungen österreichischer Künstler, wobei auch Künstler aus Niederösterreich Berücksichtigung finden. So plant z.B. das Österreichische Kulturinstitut Warschau eine Ausstellung des niederösterreichischen Malers Karl KORAB.

Das "Niederösterreichische Bläserquintett" unternahm Konzertreisen in verschiedene Länder, wobei das ha. Ressort z.B. für die Lateinamerika-Tournee vom 27. Juli bis 11. August 1978 eine Subvention in der Höhe von öS 30.000.- leistete.

- 20 -

Im Jahre 1977 unternahmen die "Sängerknaben vom Wienerwald" eine Konzertreise nach Israel, wobei das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten einen Beitrag in der Höhe von öS 10.000.- leistete.

Bei der Organisation von Vortragsreisen von Wissenschaftern und Künstlern aus Niederösterreich wirkt das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten mit, wobei in jenen Fällen, wo kein finanzieller Beitrag geleistet werden kann, zumindest eine Betreuung durch die Kulturinstitute und Vertretungsbehörden gewährleistet ist.

Die "Volkskunst-Festspiele der Donaustaaten" mit dem Sitz beim Landesverband der Trachten- und Heimatvereine für Niederösterreich erhielten im Jahr 1977 seitens des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten eine Subvention in der Höhe von ö.S. 10.000.-.

Das Bundesland Niederösterreich wurde in den vergangenen Jahren immer wieder in das Besuchsprogramm für offizielle Gäste einbezogen. Hier wären zu erwähnen die offiziellen Besuche des dänischen Aussenministers K.B. ANDERSEN im September 1977 - Besichtigung der Maschinenfabrik Heid in Stockerau, der Burg Kreuzenstein und des Augustinerchorherrenstiftes Klosterneuburg, sowie des ungarischen Aussenministers Frigys Puja im Juli 1978 - Besuch einer Aufführung der Operette "Die lustige Witwe" in der Freilichtarena Baden/Wien und des irischen Aussenministers Dr. Garret Fitzgerald im April 1976 - Besuch des Stiftes Göttweig und von Dürnstein im Damenprogramm.

Ausserdem organisiert das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten immer wieder "Diplomatausflüge" in das Bundesland Niederösterreich.

Hier wären zu erwähnen:

Diplomatausflug nach Liliencron am 23.6.1976 (Besuch der Ausstellung "1000 Jahre Österreich" im Stift und Abendessen mit Landeshauptmann Ök.Rat Andreas MAURER - Teilnahme ca. 110 Personen)

Diplomaten-Skiausflug nach Lackenhof am Ötscher vom 27. - 29. Jänner 1978 (Teilnahme 35 Personen)

- 21 -

Diplomatenausflug nach Göttweig am 22. Juni 1978 (Besichtigung des Stiftes, Chorkonzert in der Stiftskirche, Abendessen mit Landeshauptmann ÖkRat Andreas Maurer - ca. 180 Personen)

Schließlich soll noch erwähnt werden, daß das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in enger Zusammenarbeit mit den Vertretungsbehörden im Ausland immer wieder Auslandsreisen politischer Mandatare und offizieller Delegationen der Bundesländer und Landeshauptstädte vorbereitet und die jeweils benötigte Unterstützung und Förderung zuteil werden läßt.

- 22 -

Bundesministerium für Bauten und Technik

Das Bundesministerium für Bauten und Technik hat in der laufenden Legislaturperiode für das Bundesland Niederösterreich bedeutende Maßnahmen, insbesonders in folgenden Bereichen gesetzt:

Straßenbau  
 Bundeshochbau  
 Wohnbauförderung  
 Wasserwirtschaftsfonds  
 Wasserbautenförderung.

Straßenbau

Zu Beginn des Jahres 1979 stehen im Bundesland Niederösterreich folgende Bundesstraßen unter Verkehr:

Autobahnen	217,7 km	Stand 1.1.77)
Schnellstraßen	38,7 km	
Bundesstraßen	2.840,1 km	
Ersatzstraßen für Bundesschnellstraßen	197,1 km	

Autobahnen per 1.1.1979

	in Bau	in Betrieb
A 1 West Autobahn		142,7 km
A 2 Süd Autobahn	9,0 km	55,8 km
A 4 Ost Autobahn	11,6 km	-
A 21 Wiener Außenring Autobahn	13,2 km	19,2 km
A 22 Donauufer-Autobahn	6,0 km	-
	<hr/> 39,8 km	<hr/> 217,7 km

- 23 -

Für den Straßenbau standen dem Bundesland Niederösterreich in der laufenden Legislaturperiode folgende Bundesmittel zur Verfügung:

1975	1.731 Millionen Schilling
1976	1.789 Millionen Schilling
1977	1.769 Millionen Schilling

Das Bauprogramm 1978 sieht 1.780 Millionen Schilling vor.

Für 1979 sind 2.025 Millionen Schilling vorgesehen.

Für den Ausbau der Kremser Schnellstraße (S 33) im Abschnitt Ratzersdorf (A 1) - Hollenburg wurde für den Zeitraum 1978 bis 1983 ein Vorfinanzierungsrahmen in der Höhe von 1.050 Millionen Schilling vereinbart.

Der Ausbau des Bundesstraßennetzes konzentrierte sich in der laufenden Legislaturperiode auf folgende Schwerpunkte:

#### AUTOBAHNEN

Baukosten  
in Mio.S.

##### A 2 Süd Autobahn

Seebenstein - Grimenstein  
seit Dezember 1974 in Bau  
(einschl. Brücken) 313

##### A 4 Ost Autobahn

Schwechat - Flughafen (6,4 km)  
seit Februar 1974 in Bau 650

Schwechatbrücke 37'6

##### A 21 Wiener Außenring Autobahn

Klausenleopoldsdorf - Alland (3,6 km)  
Baubeginn August 1971  
Verkehrsfreigabe 7.10.1977 170

- 24 -

Baukosten  
in Mio.S.

Alland - Brunn am Gebirge (5,6 km)	
Baulos Weißenbach u. Ausschlußstelle	
Sparbach sowie Brückerbauten	
Baubeginn Juli 1974	141
Deckenbaulos II "Klausen" (7,3 km)	
seit 1975 in Bau	26
Talübergang Sittendorf	35'3
Talübergang Hagenau	37'2
Talübergang Sattelbach	62
Gießhübl-Brunn (5,5 km)	
mit Anschlußstellen	
Baubeginn Dez. 1978	74

A 22 Donauufer Autobahn

Korneuburg - Landesgrenze	
NÖ/Wien (6,0 km)	
seit 1975 in Bau	61
Knoten Korneuburg	
Brückenbauarbeiten	
seit 1976 in Bau	69'4
Brücken zwischen Langenzersdorf	
und Korneuburg	86'0

SCHNELLSTRASSEN  
=====

S 3 Waldviertler - Schnellstraße

Sierndorf - Göllersdorf (5,5 km)	
Baubeginn 1973	
Fertigstellung 1976	68
Korneuburg-Stockerau	
neue Asphaltdecke, Bauzeit 1978-1979	15
7 Brücken im Knoten Korneuburg	26

S 6 Semmering Schnellstraße

Seebenstein - Wartmannstetten (2,3 km)	
mit 10 Brücken	
Baubeginn 1973	
Fertigstellung 1977	84

- 25 -

Baukosten  
in Mio.S.S 33 Kremser Schnellstraße

Hollenburg - Krems Süd (6 km)	
seit 1975 in Bau	86'1
Ratzersdorf Abschnitt I + Brücken	94

BUNDESSTRASSENB 1 Wiener Bundesstraße

Amstetten B 1 und B 121 a (4 km)	
Baubeginn 1976	35'0
Perschling - Kapelln (4,4 km)	
seit 1976 in Bau	
Fertigstellung 1978	13'5

B 2 Znaimer Bundesstraße

Jetzelsdorf - Staatsgrenze (6,5 km)	
seit 1975 in Bau	
Fertigstellung 1978	26

B 3 Donau Bundesstraße

Rohrendorf - Krems Mitte (4 km)	
Bauzeit 1976 - Okt. 1978	58'6
4 Brücken Rohrendorf - Krems Mitte	
Bauzeit 1975 - Okt. 1978	22
Krems/Süd Zellerplatz - Steinerlände	
Verkehrsfreigabe Okt. 1978	10
Brücke über Krems - Hochwassergrenze	
Verkehrsfreigabe Okt. 1978	13
Hafenbrücke Krems	
Verkehrsfreigabe Okt. 1978	41'7

B 5 Waidhofener Bundesstraße

Umfahrung Waidhofen/Thaya (4,8 km)	
Baubeginn 1973, Fertigstellung Sommer 1978	83

- 26 -

Baukosten  
in Mio.S.

OD Heidenreichstein  
Fertigstellung 1978 16

B 7 Brünner Bundesstraße

Erdberg - Poysdorf (4 km)  
Baubeginn 1975  
Fertigstellung 1978 31

Drasenhofen 17

B 9 Preßburger Bundesstraße

Neuhaslau - Regelsbrunn (5 km)  
Bauzeit 1975 - 1977 23

Regelsbrunn - Petronell (3 km)  
seit 1975 in Bau 11'6

Fischamend - Neuhaslau 23

Flughafen Wien - Schwechat  
(einschl. Pistenbrücke Flughafen u.  
Unterführung der B 9 über die ÖBB) 110'0

B 10 Budapester Bundesstraße

Ortsdurchfahrt Schwechat (1,3 km)  
mit Schwechatbrücke 32

B 14 Klosterneuburger Bundesstraße

Kierling - Gugging (5 km)  
Baubeginn 1976 78

B 15 Mannersdorfer Bundesstraße

Ortsdurchfahrt Lanzendorf 16

Himberg - Ebergassing 20

- 27 -

Baukosten  
in Mio.S.B 16 Ödenburger Bundesstraße

Kreuzung Trumau-Ebreichsdorf (5,6 km)  
 Baubeginn 1973  
 Fertigstellung 1975

27

B 17 Wr.Neustädter Bundesstraße

Brunner Spitz  
 Baubeginn 1975

10'9

B 20 Mariazeller Bundesstraße

St. Pölten Südausfahrt (1,8 km)  
 seit 1978 in Bau

36

Kreuzung Spratzern  
 seit 1978 in Bau

28

Gstettenhof - Bergbauer (6,0 km)  
 Baubeginn 1974  
 Fertigstellung 1978 (einschl. Brücken)

56'7

B 21 Gutensteiner Bundesstraße

Ortsdurchfahrt Pernitz  
 Baubeginn 1977

22

B 25 Erlauftal Bundesstraße

Umfahrung Scheibbs (8 km)  
 1. Abschnitt seit Ende 1974 unter Verkehr,  
 Gesamt fertigstellung 1975

139

Saffen - Scheibbs I (6,6 km)  
 1977 fertiggestellt

53

Kienberg - Gaming 2a (1,2 km)  
 seit 1978 in Bau

16

Lunz - Stiegengraben (2,7 km)  
 1977 fertiggestellt

40

- 28 -

Baukosten  
in Mio.S.B 26 Puchberger Bundesstraße

Wr. Neustadt - West (2,8 km)  
mit Brücke über die Südbahn  
1976 fertiggestellt

52'1

Sieding - Rohrbach

35

B 28 Puchenstubener Bundesstraße

Winterbach - Puchenstuben

23

B 31 Ybbsatal Bundesstraße

Groß - Hollenstein - Lettenwag (2,6 km)  
Baubeginn 1974  
Fertigstellung 1977

18

B 32 Gföhler Bundesstraße

Neupölla-Winkl (3,3 km)  
seit 1975 in Bau  
Fertigstellung 1978

21'5

B 33 Aggsteiner Bundesstraße

Rossatz - Hundsheim  
seit 1977 in Bau

11'0

B 34 Kamptal Bundesstraße

Rosenburg - Gars (7 km)  
Baubeginn 1976

22

Preygarten (2,3 km)  
1978 fertiggestellt

30'2

Umfahrung Langelois (1,3 km)  
seit 1978 in Bau

• 8

B 35 Retzer Bundesstraße

Schrattental I und II (4,7 km)  
Bauzeit 1975 - 1977

31

B 36 Zwettler Bundesstraße

Röhmhöfe Zwettl (2,6 km) seit 1976 in Bau

20

Armschlag - Grafenschlag (4,6 km)  
1978 fertiggestellt

21

Hofamt Priel - Altenmarkt (3,4 km)  
seit 1977 in Bau

12

- 29 -

Baukosten  
in Mio.S.B 37 Kremser Bundesstraße

Loiwein, Lichtenau (4 km)  
seit 1975 in Bau  
Fertigstellung 1978

18'5

Umfahrung Rastenfeld (2,6 km)  
Bauzeit 1975 - 1977

26

B 38 Karlstifter Bundesstraße

Dietmanns - Gr.Gerungs (2 km)  
seit 1978 in Bau

22'3

B 39 Pielachtal Bundesstraße

Obergrafendorf - Kammerhof (6 km) + 6 Brücken  
Baubeginn 1976  
Rabenstein (5 km)  
1977 fertiggestellt

33

26

B 40 Mistelbacher Bundesstraße

Hobersdrof - Maustrenk (4,4 km)  
seit 1977 in Bau

19'0

B 41 Gmünder Bundesstraße

Gmünd - Dietmanns (6,6 km)  
Fertigstellung 1976

54

Talübergang Schützenberg  
seit 1978 in Bau

38

B 42 Haager Bundesstraße

Vestenthal - Wachtberg (4,3 km)  
Fertigstellung 1978

42'3

B 45 Tulkautal Bundesstraße

Obnitz - Zwingendorf (2,8 km)  
Baubeginn 1976

12'5

B 46 Staatzer Bundesstraße

Siebenhirten - Hörersdorf (2,1 km)  
Baubeginn 1976

10'5

- 30 -

Baukosten  
in Mio.S.B 54 Wechsel Bundesstraße

Wechselkehre II  
seit 1975 in Bau  
Fertigstellung 1978 17'5

Wr.Neustadt, Günserstraße  
seit 1976 in Bau  
Fertigstellung 1978 11'8

B 60 Leitha Bundesstraße

Wr.Neustadt - Eggendorf (4,3 km)  
seit 1977 in Bau 24'4

Kreuzung B 10 - Fischamend (6,4 km)  
1977 fertiggestellt 20

Wr.Neustadt - Ebenfurth (2,1 km)  
1977 fertiggestellt 7

B 119 Greiner Bundesstraße

Etlas - Arbesbach (3 km)  
Bauzeit 1975 - 1977 19

Klein Pertenschlag - Etlas (7 km)  
1978 fertiggestellt 27

Umfahrung Ardagger (2,1 km)  
seit 1978 in Bau 17

B 121 Weyrer Bundesstraße

Bruckbach - Böhlerwerk (3,5 km)  
Fertigstellung 1975 30

Ortsdurchfahrt Waidhofen/Ybbs (3 km)  
+ 5 Brücken  
Bauzeit 1973 - 1978 71

Bahnbrücke Reichenauerhof  
Baubeginn 1978 12

- 31 -

Baukosten  
in Mio. S.B 124 Königswiesener Bundesstraße

Merzenstein - Moidram (5 km)  
Baubeginn 1976

26

B 213 Tullnerfeld Bundesstraße

2 Bahnbrücken Tulln u. Ortsdurchfahrt (1,6 km)  
seit 1977 in Bau

34

B 214 Hohenberger Bundesstraße

Freiland - Furthof (5,3 km)  
Fertigstellung 1978

25

B 219 Poysdorfer Bundesstraße

Staatz - Ameis (5,6 km)  
seit 1975 in Bau

27

B 305 Badener Ersatzstraße

uMfahrung Baden I (2,6 km)  
Baubeginn 1974  
Fertigstellung 1976

27

Talübergang Baden

22

B 333 Kremser Ersatzstraße

Klein Hain - Statzendorf (5 km)  
Bauzeit 1975 - 1977

17

- 32 -

**Hochbauliche Anlagen der Bundesstraßenverwaltung**

**Autobahnen**

**Baukosten  
in Mio.S.**

**A 1 West Autobahn**

Autobahnmeisterei Haag  
(Bauteil II)

Gesamtfertigstellung 1975

27'7

Autobahngendarmeriedienststelle Zeillern  
+ Splittschuppen  
Baubeginn Frühjahr 1977  
Fertigstellung Frühjahr 1979

20'5

ABM St.Pölten  
Einstellhalle für das Brücken-  
inspektionsgerät  
Fertigstellung 1975

2'4

Splittschuppen mElk  
Fertigstellung 1975

6'5

ABM Preßbaum  
Gesamtfertigstellung 1976

43

Splittschuppen  
Fertigstellung 1976

10

ABM Ybbs, Endausbau  
Fertigstellung 1976

16'7

Erweiterung der Autobahnmeisterei sowie  
Neubau der Autobahnbrückenmeisterei  
St.Pölten  
Baubeginn Ende 1978

63'0

Autobahnstützpunkt Landesgrenze Wier  
seit 1976 in Betrieb

9

**A 2 Süd Autobahn**

ABM u.AB - Brückenmeisterei  
Oeynhausen, Endausbau  
Fertigstellung 1975

37

Erweiterung in Planung

10

- 33 -

Baukosten  
in Mio. S

AB-Stützpunkt Weikersdorf (Knoten Wr. Neustadt)  
Fertigstellung 1976

6

Autobahngendarmeriedienststelle Tribuswinkel  
Umbau und Erweiterung (Planung abgeschlossen)

8

A 4 Ost Autobahn

Autobahnmeisterei Schwechat  
(Planung abgeschlossen)

73

Baubeginn voraussichtl. Herbst 1979

A 21 Wr. Außenring Autobahn

Müllverbrennungsanlage  
Fertigstellung 1976

2

Autobahnmeisterei Alland  
Baubeginn Herbst 1977

61

Autobahngendarmeriedienststelle Alland  
Baubeginn Herbst 1977

10

Bundesstraßen S + B

Straßenmeisterei Großenzersdorf  
Fertigstellung 1975

13'8

Bauhof Straßenmeisterei u. Brückenmeisterei  
Krems/Donau  
Fertigstellung 1976

73

Straßen- und Brückenmeisterei Melk/Donau  
Bauzeit Frühjahr 1975 - Ende 1978

36

Zentralbetriebswerkstätte Wr. Neudorf  
Baubeginn Frühjahr 1977  
Fertigstellung Frühjahr 1979

45

Straßenmeisterei Neunkirchen  
Baubeginn Sommer 1977  
Fertigstellung Sommer 1979

45

Betriebswerkstätte u. Straßenmeisterei Stockerau  
1976 fertiggestellt

38'0

Straßenmeisterei Groß-Gerungs )  
( Planung abgeschlossen ) Baubeginn voraus-  
sichtl. Herbst 1979 45  
Straßenmeisterei Gaming )  
( Planung abgeschlossen ) 51

- 34 -

Bundeshochbau

Für den Bundeshochbau wurden in Niederösterreich in der laufenden Legislaturperiode rd. 1.394'7 Millionen Schilling investiert. Der Voranschlag 1979 umfaßt 469 Millionen Schilling (ohne Leasingbauten).

Folgende Hochbauten des Bundes wurden in diesem Zeitraum fertiggestellt und zur Benützung freigegeben:

	<u>Gesamtbaukosten</u> in Mio.S
<u>Baden</u>	Pädagogische Akademie Neubau (Oktober 1976) 185'0
<u>Mödling</u>	Höhere techn. Bundeslehr- anstalt, Labor für Holz- u. Elektrotechnik, Neubau (Juni 1976) 58'0
<u>Wolfpassing</u>	Höhere Bundeslehr- und Ver- suchsanstalt für Milchwirtschaft, Neubau eines Wohnhauses (März 1976) 7'6
<u>St.Pölten</u>	Stellungskommission Neubau (Feber 1976) 29'8
<u>Spratzern</u>	Kopalkaserne, Panzerwerk- stätte, Neubau (Jänner 1977) 68'0
<u>Wr.Neustadt</u>	Bechtholdsheimkaserne Stabsgebäudeneubau (Juni 1977) 18,7
<u>Mistelbach</u>	Schulzentrum Neubau (Leasing) (November 1978) 70'0
<u>Allentsteig</u>	TÜPL, Lager Kaufholz 5 Mannschaftsunterkünfte Neubau (Juli 1976) 72'0
<u>Gerasdorf</u>	Jugendstrafanstalt Neubau (November 1976) 115'0
<u>Maria Enzersdorf</u>	Gendarmeriegebäude Neubau (Mai 1977) 4'0
<u>Klosterneuburg</u>	Höhere Bundeslehranstalt für Obst- u. Weinbau Kellereiegebäude Neubau (Juli 1977) 38'0
	Haschhof Wirtschaftshallen u. Kühlhaus Bauzeit w. 1971-1977 18'6

- 35 -

Gesamtbaukosten  
in Mio. S

<u>St. Pölten</u>	Höhere techn. Bundeslehranstalt Handelsakademie Neubau (November 1978)	283 '0
<u>Horn</u>	Bundeshandelsakademie, Handelsschule, Neubau (Leasing) (Oktober 1977)	55 '0
<u>Baden</u>	Bundeshandelsakademie, Handelsschule, Neubau (Leasing) (April 1978)	58 '0
<u>St. Pölten</u>	Bundesbildungsanstalt für Kinder- gärtnerinnen Neubau (Leasing) (Dezember 1978)	90 '0
<u>Neunkirchen</u>	Bundeshandelsakademie Neubau (Leasing) (Oktober 1978)	47 '7
<u>Wr. Neustadt</u>	Flugplatz Mannschaftsgebäude und Falls- chirmpackhalle, Neubauten (September 1977)	36 '5
	Militärakademie, Mannschafts- gebäude, Neubau, (September 1977)	30 '0
<u>Groß Mittel</u>	2 Mannschaftsgebäude und Heizzentrale, Neubauten (September 1977)	55 '0
<u>Zwölfaxing</u>	2 Mannschaftsgebäude Panzerwaschplatz, Neubau (September 1977)	56,3
<u>Wöllersdorf</u>	Mannschaftsgebäude Neubau (September 1977)	31 '0
<u>Korneuburg</u>	Finanzamt Generalsanierung (1976)	12 '8
<u>Marchegg</u>	Zollwohngebäude Generalsanierung (1977)	14 '8

An folgenden größeren Bauvorhaben wird derzeit gebaut:

voraussichtliche Gesamtbaukoste  
in Mio. S

<u>Bruck/Leitha</u>	Bundeshandelsakademie und Handelsschule Zubau beim BRG seit 1975 in Bau	65 '0
---------------------	--	-------

- 36 -

voraussichtliche Gesamtbaukos  
in Mio. S

<u>Mödling</u>	BRG für Mädchen Neubau, seit 1975 in Bau	90'0
<u>Scheibbs</u>	mus.päd.BRG Neubau, seit 1976 in Bau	45'5
<u>Stockerau</u>	BRG Zubau, seit 1975 in Bau	66'0
<u>Waidhofen/Ybbs</u>	BRG Zubau mit Turnsaal seit 1975 in Bau	45'0
<u>Krems</u>	Bundeshandelsakademie, Lehr- anstalt für Fremdenverkehr und Internat, Neubau, seit 1976 i.Bau	151'0
<u>Tulln</u>	Schulzentrum (Leasing) Neubau, seit 1975 in Bau	170'0
<u>Hollabrunn</u>	Höhere techn. Bundeslehr- anstalt, Neubau (Leasing) seit 1975 in Bau	165'0
<u>Korneuburg</u>	Kreisgericht, Gefangenенhaus Neubau, seit 1973 in Bau	88'0
<u>Amstetten</u>	Amtsgebäude, Erstinstandsetzung seit 1976 in Bau	8'0
<u>Sonnberg</u>	Sonderstrafanstalt Ausbau, seit 1964 in Bau Teilfertigstellung 1973	70'0
<u>Stein/Donau</u>	Strafanstalt, Verwaltungs- gebäude, Neubau seit 1973 i.Bau	60'0
	Werkstattentrakt II-IV Neubau, seit 1975 in Bau	50'0
<u>Hirtenberg</u>	Strafanstalt, Arbeitshalle Neubau, seit 1977 in Bau	19'1
<u>Wieselburg</u>	Bundesversuchswirtschaft Rottenhaus, Wirtschaftshof Neubau, seit 1976 in Bau	35,2
<u>Fuchsbigl</u>	Bundesversuchswirtschaft Rinderstall u.Siloanlage Neubau, seit 1977 in Bau	36,5
<u>Langenlebarn</u>	Fliegerhorst Brumowski, Betriebsgebäude für Rettungs- kolonnen, Neubau www.parlament.gv.at	4'0

- 37 -

voraussichtliche Gesamtbaukosten  
in Mio. S

<u>Allentsteig</u>	Mannschaftsgebäude f. Üb. Platzkomp. und Küche seit 1978 in Bau	110'0
	Errichtung eines Hochbehälters seit 1977 in Bau	10'0
<u>Groß Mittel</u>	Mannschaftsgebäude 3 und 4 seit 1978 in Bau	45'5
<u>Stockerau</u>	Bezirksgericht, Sanierung mit Zubau, seit 1970 i.Bau	23'7
<u>Medau</u>	Gutshof, Schweinezuchtversuchs- anlage, Instandsetzung, Zubau, seit 1976 in Bau	17'5
<u>Wr. Neustadt</u>	Akademiebad, General- sanierung, seit 1976 in Bau	10'0
	Militärflugplatz, Speisesaal- einbau u. Kontrollturmseinrichtung, seit 1977 in Bau	6'8
<u>Niederweiden</u>	Jagdschloß, Generalsanierung, seit 1971 i.Bau	35'0
<u>Schloßhof</u>	Parkschloß Generalsanierung, seit 1966 i.Bau	190'0

Im Planungsstadium befinden sich : (wobei über die Gesamtbaukosten keine konkreten Aussagen getroffen werden können)

<u>Wr. Neustadt</u>	BRG, Ersatzbau
<u>Josefsberg</u>	Bundesschullandheim, Ersatzbau für altes Heimgebäude
<u>Karlstein/Thaya</u>	BFS für Uhrmacher, Erweiterung
<u>Waidhofen/Ybbs</u>	HTBLA, Neubau
<u>Wieselburg</u>	BRG, Neubau
<u>Berndorf</u>	BG, Neubau
<u>Krems</u>	Finanzamt und Kreisgericht, Aufstockung Strombauamt, Neubau Verm.Amt u.Gend., Neubau

<u>Neunkirchen</u>	Finanzamtsgebäude, Neubau
<u>Langenlebarn</u>	Zollamt u. BGV II Dienstgebäude, Neubau
<u>Mödling</u>	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Zubau
	Klostergasse, Gend. und Fin.A., Erstinstandsetzung nach Ankauf
	Josefsgasse, Arb.Amt, Neubau
<u>Bad Deutsch Altenburg</u>	Strombauleitung, Schiffbauhalle Neubau
<u>Korneuburg</u>	Laaerstraße, Arb.und Vermessungsamt, Neubau
<u>Baden</u>	Hötzendorfplatz, Bezirksgericht, Vermessungsamt u.Gendarmerie, Neubau
<u>Mödling</u>	Gend.Zentralschule, Turnhalle, Neubau
<u>St.Pölten</u>	Daniel Granstr. Finanz-, Zoll- und Art.Amt, Neubau
<u>Ybbs</u>	Strombauleitung, Schiffbauhalle, Neubau
<u>Gänserndorf</u>	Arbeits- und Verm.Amt, Bez.Ger.Neubau
<u>Bruck/Leitha</u>	Bundesamtsgebäude, Neubau
<u>Drasenhofen</u>	Zollamt, Neubau
<u>Kl.Haugsdorf</u>	Zollamt, Neubau
<u>Kolmitzberg</u>	Strombauleitung, Werkstattengebäude, Neubau
<u>Langenlebarn</u>	Fliegerhorst, Betriebsgebäude f. Rettungskolonne, Neubau
<u>Neulengbach</u>	Mannschaftsgebäude u. Garage, Neubau
<u>Brunn/Gebirge</u>	Magazinsgebäude, Fla. Werkstätte u. Heeres-San.Lager 1.Etappe, Neubau
<u>Mistelbach</u>	Bolfraskaserne, Panzer-Garagen, Neubau
<u>Langenlebarn</u>	Florahof, Platzland-wirtschaft, Neubau
<u>Amstetten</u>	Kaserne, Neubau
<u>Melk</u>	Wohnhaus mit 8 WE, Neubau
<u>Weitra</u>	Wohnhaus mit 8 WE, Neubau
<u>St.Pölten</u>	Schwadorferstraße, Wohnhaus mit 8 WE, Neubau

- 39 -

Weinzirl

Francisco Josefinum  
Chemie- und Physiksaaltrakt sowie  
Wirtschaftsgebäude (Neubau) und  
Internatsumbau

Gainfarn

Bds. Försterschule, Internat u. Turnhalle, Neubau

Wieselburg

Gutshof Grabenegg  
Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Neubau

Wolfpassing

Bds. Lehr- und Vers.Wirtsch. Kläranlagen  
(Neubau) sowie Internatsneubau und General-  
sanierung d. Schl. Bgebäudes.

Wohnbau

Dem Bundesland Niederösterreich wurden und werden im Rahmen  
der Wohnbauförderung und Wohnungsverbesserung in der laufenden  
Gesetzgebungsperiode folgende Mittel zur Verfügung gestellt:

Wohnbauförderung

An Wohnbauförderungsmittel wurden bzw. werden überwiesen:

1975	1.188'6	Millionen Schilling
1976	1.252'3	Millionen Schilling
1977	1.425'0	Millionen Schilling
1978	1.585'2	Millionen Schilling
1979	1.710'0	Millionen Schilling

Mit diesen Mitteln wurde der Neubau folgender Anzahl von  
Wohnungen gefördert :

1975	6.715	Wohneinheiten
1976	7.571	Wohneinheiten
1977	4.969	Wohneinheiten

An Darlehen wurden aus Bundesmitteln zugesichert :

1975	1.238'6	Millionen Schilling
1976	1.318'2	Millionen Schilling
1977	1.331'9	Millionen Schilling

- 40 -

Weiters konnten sowohl Heime für Schüler, Studenten, Lehrlinge und jugendliche Arbeitnehmer als auch Heime für betagte Menschen und Ledigenheime gefördert werden. 1976 wurden hiefür 53'7 Millionen Schilling und 1977 83'3 Millionen Schilling zugesichert.

Zusätzlich zu den gewährten Darlehen konnten zum Zwecke der Minderung der Wohnungsaufwandbelastungen Annuitätenzuschüsse gewährt werden, und zwar im Gesamtbetrag von 1.532'8 Millionen Schilling.

Besondere Schwerpunkte konnten mit den zur Verfügung stehenden Bundesmitteln bei der Subjektförderung gesetzt werden.

An Eigenmittlersatzdarlehen wurden 1976 9'2 Millionen Schilling und 1977 23'1 Millionen Schilling zugesichert, im selben Zeitraum konnten an Wohnbeihilfen 2'9 Millionen Schilling bzw. 6'1 Millionen Schilling ausbezahlt werden.

#### Wohnungsverbesserung

Für Zwecke der Wohnungsverbesserung wurden zugeteilt:

1975	17'1	Millionen Schilling
1976	20'0	Millionen Schilling
1977	22'9	Millionen Schilling
1978	25'7	Millionen Schilling

Für 1979 ist ein Betrag von 28'6 Millionen Schilling vorgesehen.

Durch diese Bundesmittel wurden im Lande Niederösterreich für die Jahre 1976 und 1977 ein Gesamtbauvolumen von 482'1 Millionen Schilling ausgelöst und damit 3.805 Wohnungen verbessert; hiefür wurden Annuitätenzuschüsse in der Höhe von 187'9 Millionen Schilling gewährt.

- 41 -

Wasserwirtschaftsfonds

In der laufenden Gesetzgebungsperiode wurden für das Land Niederösterreich bisher 1.824'0 Millionen Schilling an Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds freigegeben, wodurch ein Bauproduktionswert von 3.553'2 Millionen Schilling ausgelöst wurde.

Hievon entfallen:

Wasserversorgungsanlagen:

(einschließlich Einzelwasserversorgungsanlagen)

Bundesmittel:	459'3	Millionen Schilling
Gesamtkosten:	1.007'7	Millionen Schilling

Öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen:

Bundesmittel	1.264'1	Millionen Schilling
Gesamtkosten	2.213'3	Millionen Schilling

Betriebliche Abwasserreinigung:

Bundesmittel:	100'5	Millionen Schilling
Gesamtkosten:	332'1	Millionen Schilling

Im Jahr 1979 wird eine weitere Fondsmittelverteilung voraussichtlich in der Größenordnung der Fondsmittelverteilung 1978 erfolgen.

Wasserbautenförderung

Nach den Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes wurden Bundesmittel in der Höhe von 66'2 Millionen Schilling für die Errichtung von Hochwasserschutzanlagen an der Donau, March und Thaya zur Verfügung gestellt.

- 42 -

Bundesministerium für Finanzen

Seitens des Bundesministeriums für Finanzen wurden folgende Maßnahmen gesetzt:

Haftungsübernahmen (Kapitalbeträge)

Im Jahre 1976:

Übernahme der Nachbürgschaft nach dem EE-Fondsgesetz für 3 Projekte mit einer verbürgten Kreditsumme von 151,8 Mill.S.

Übernahme der Ausfallsbürgschaft in Höhe von 5,43 Mill.S für vom Bäuerlichen Besitzstrukturfonds geförderte Kredite.

Übernahme der Rückbürgschaft für Kredite an die Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG für Investitionen in den Werken Berndorf und Amstetten in Höhe von 140 Mill.S.

Im Jahre 1977:

Übernahme der Nachbürgschaft nach dem EE-Fondsgesetz für 2 Projekte mit einer verbürgten Kreditsumme von 239,5 Mill.S.

Übernahme der Ausfallsbürgschaft in Höhe von 2,3 Mill.S für vom Bäuerlichen Besitzstrukturfonds geförderte Kredite.

Übernahme der Bundeshaftung für Kreditoperationen der Flughafen Wien Betriebsgesellschaft m.b.H. in Höhe von 34,8 Mill.S.

Im Jahre 1978:

Übernahme der Entschädigungsbürgschaft nach dem Garantiegesetz 1977 für 2 Projekte mit einer verbürgten Kreditsumme von 119 Mill. S.

- 43 -

### Fernsprechvorfinanzierung

Das Bundesministerium für Verkehr, Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung beabsichtigte über das laufende Fernsprechinvestitionsprogramm hinaus zusätzliche Investitionen für den weiteren Ausbau des Fernsprechnetzes in Niederösterreich durchzuführen.

Das Bundesministerium für Finanzen hat durch entsprechende Finanzoperationen (Vorfinanzierung) die Voraussetzung dafür geschaffen, daß dadurch eine erheblich größere Anzahl von Fernsprechanschlüssen hergestellt werden konnten, wenn auch das Land Niederösterreich zum Teil gewisse Kosten (Zinsenbeitrag) trägt.

Die Vorfinanzierung betrug im Jahr

1976	40 Mill. S
1977	30 Mill. S
1978	30 Mill. S

### Sonderfinanzierung Schnellstraße Krems (S 33)

Im Rahmen der Sonderfinanzierung gemäß Art. VIIIA des Bundesfinanzgesetzes 1978 wurde für den beschleunigten Ausbau der Kremser Schnellstraße ein Betrag von 50 Mill. S als Finanzschuld aufgenommen.

Am 28. 12. 1978 wurde das Zollamt Laa/Thaya eröffnet. Durch diese Maßnahme ist eine wesentliche Belebung des Fremdenverkehrs im grenznahmen Raum bzw. für die Stadt Laa/Thaya zu erwarten.

Die Leistungen aus den Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, für Geburtenbeihilfen, für Schulfahrtbeihilfen und Schülerfreikarten sowie für Schulbücher sind bei den gesetzten Maßnahmen im Rahmen des Bundeskanzleramtes angeführt.

- 44 -

Für den Beitrag zum Karenzurlaubsgeld, für den Mutter-Kind-Paß, für Unterhaltsvorschüsse, für den Beitrag zur Schülerunfallversicherung und für Entbildungsbeiträge ist eine Trennung nach Bundesländern nicht möglich.

Die Leistungen des Bundes für Niederösterreich (Land und Gemeinden) während der Jahre 1976 bis 1978 sowie die Bundesbeteiligung an privatwirtschaftlichen Unternehmungen, betreffend das Bundesland Niederösterreich, sind den beiliegenden Übersichten zu entnehmen.

- 45 -

Bundesland Niederösterreich

Aktivitäten des Bundes  
im Interesse des Landes

1976

1977

1978

in Millionen Schilling

nach FAG 1973

Ertragsanteile an gemeinschaftl.  
Bundesabgaben einschl. Spielbank-  
abgabe

1.647.637'7

5.027'6

5.405'4

Finanzzuweisungen

Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich

222'2

151'33

159'1

Salinenbetriebsstättengemeinden

-

-

-

ÖBB-Betriebsstättengemeinden

-

-

-

Theater- u. Orchestergemeinden

-

-

-

Zweckzuschüsse

Entwicklungsgebiete

7'6

7'6

7'6

Wirtschaftsförderung

6'3

6'3

6'3

Naturschutzförderung

1'1

1'1

1'1

Theaterführung

-

-

-

Umweltschutzförderung

9'0

9'0

9'0

Fremdenverkehrsförderung

0'2

0'2

0'2

Personalnahverkehrsförderung

-

-

-

Pflichtschulbauaufwand

-

-

-

Zivilschutz

0'4

-

-

Sportförderung

0'4

0'4

0'3

nach Wohnbauförderungsgesetz 1968,

BGBl. Nr. 280/1967 i.d.g.F.

1.186'1

1.358'5

1.527'9

gemäß §§ 4 u. 5

40'0

29'1

28'4

nach Rückzahlungsbegünstigungs-  
gesetz, BGBl. Nr. 330/1972 i.d.g.F.

gemäß § 10

26'2

36'9

30'0

nach Wohungsverbesserungsgesetz,

BGBl. Nr. 426/1969 i.d.g.F.

gemäß § 4

20'0

22'9

25'7

nach Katastrophenfondsgesetz,

BGBl. Nr. 207/1966 i.d.g.F.

für Schäden im Privatvermögen

30'2

18'1

30'0

für Schäden im Vermögen d. Länder

17'1

1'0

1'7

für Schäden im Vermögen d. Gemeinden

-

-

-

für Einsatzgeräte d. Feuerwehren

4'7

5'4

6'0

- 46 -

Bundesland Niederösterreich

Aktivitäten des Bundes im Interesse der Gemeinden	1976	1977	1978
---	------	------	------

in Millionen Schilling

nach FAG 1973

Ertragsanteile an gemeinschaftl.

Bundesabgaben einschl. Spielbank-

abgabe 3.193'3 3.479'4 3.703'5

Finanzzuweisungen

Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich	-	-	-
Salinenbetriebsstättengemeinden	-	-	-
ÖBB.Betriebsstättengemeinden	3'9	3'9	3'9
Theater- u. Orchestergemeinden	0'7	0'7	0'7

Zweckzuschüsse

Entwicklungsgebiete	-	-	-
Wirtschaftsförderung	-	-	-
Naturschutzförderung	-	-	-
Theaterführung	1'9	1'9	1'9
Umweltschutzförderung	9'0	9'0	9'0
Fremdenverkehrsförderung	5'7	5'7	5'7
Personennahverkehrsförderung	5'7	5'4	5'2
Pflichtschulbauaufwand	22'5	23'3	24'5
Zivilschutz	0'4	-	-

nach Wohnbauförderungsgesetz 1968,

BGBI. Nr. 280/1967 i.d.g.F.

gemäß §§ 4 u. 5

gemäß § 36

nach Rückzahlungsbegünstigungs-  
gesetz, BGBI. Nr. 336/1972 i.d.g.F.

gemäß § 10

nach Wohnungsverbesserungsgesetz,  
BGBI. Nr. 426/1969 i.d.g.F.

gemäß § 4

nach Katastrophenfondsgesetz,  
BGBI. Nr. 207/1966 i.d.g.F.

für Schäden im Privatvermögen

für Schäden im Vermögen d. Länder

für Schäden im Vermögen d. Gemeinden 12'4

für Einsatzgeräte d. Feuerwehren

15'8

16'3

- 47 -

	BRA 1975	BRA 1976	BRA 1977	vorl.BRA 1978	BVA 1979
	i n M i o S				
<b>I. FH-Wien BetriebsgesmbH</b>					
a) Kapitaleinzahlung	18,000	25,221	15,140	30,139	25,000
b) Invest.Förderungsbeitrag	37,500	-	37,5000	-	25,000
<b>II. NÖ-Grenzlandförderungsges. m.b.H. (Kapitaleinzahlung)</b>					
	10,000	-	10,000	10,000	10,000
<b>III. Verkehrsverbundorganisations- ges.m.b.H. (Zuschüsse)</b>					
	0,583	0,667	0,417	0,667	8,333
<b>IV. BUWOG (Darlehen)</b>					
	17,356	4,708	82,702	3,188	27,600
<b>V. DOKW Altenwörth (Zuschüsse)</b>					
	287,860	345,654	310,186	319,286	30,500
<b>VI. DOKW Melk (Zuschüsse)</b>					
	-	-	-	-	194,480
<b>I - VI</b>	<b>371,299</b>	<b>376,250</b>	<b>455,945</b>	<b>363,280</b>	<b>320,913</b>

## BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

Einleitend ist festzuhalten, daß die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz getroffenen Maßnahmen legistischer und administrativer Art grundsätzlich gleichermaßen für alle Bundesländer von Bedeutung sind. Eine lückenlose Aufzählung würde daher in diesem Rahmen zu weit führen; eine ausführliche Darstellung ist aber im Bericht über das Gesundheitswesen in Österreich enthalten, der jährlich vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt herausgegeben wird. Es wird daher nur auf einige Schwerpunkte hinzuweisen sein.

So wurde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens durch die Novelle zum Ärztegesetz, BGBl. Nr. 425/1975, bestimmt, daß an Krankenanstalten so viele Ärzte zu beschäftigen sind, daß höchstens auf je 30 Spitalsbetten ein in Ausbildung zum praktischen Arzt stehender Arzt entfällt. Durch diese Bestimmungen wurden an den Krankenanstalten zusätzlich Ausbildungsposten geschaffen.

Die Zahl der promovierten Mediziner ist von 1200 im Wintersemester 1973/74 auf 2200 im Wintersemester 1977/78 angestiegen, wodurch in absehbarer Zeit der derzeit bestehende Mangel an praktischen Ärzten zu beheben sein wird.

Seit Oktober 1976 werden vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Förderungsbeiträge für die Spitalsausbildung zum praktischen Arzt gewährt. Durch die Gewährung dieser Förderungsbeiträge sollen 300 zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden.

49

Seit Beginn der Aktion (Oktober 1976) bis Dezember 1978 wurden in ganz Österreich bisher 170 Ärzte mit Förderungsbeiträgen aus Bundesmitteln an die Rechtsträger von Krankenanstalten gefördert.

In Niederösterreich werden derzeit 5 Ärzte gefördert. In der Zeit vom 1.1. - 31.12.1978 wurde für diese ein Gesamtförderungsbetrag von S 338.400,-- angewiesen.

Im Rahmen der Facharztausbildung hat der Wissenszuwachs in den letzten Jahren eine Reihe von Subspezialisierungen im Rahmen bestehender Sonderfächer notwendig gemacht. Mit der Novelle zur Ärzte-Ausbildungsordnung, BGBl.Nr. 529/1975, wurde eine ergänzende spezielle Ausbildung in Kinderchirurgie, plastischer Chirurgie, Nuklearmedizin, Kinderneuro-psychiatrie, sowie Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie im Rahmen bestehender Sonderfächer eingeführt. Mit der Novelle zur Ärzte-Ausbildungsordnung, BGBl.Nr. 661/1976, wurde der Facharzt für Neurochirurgie in Österreich eingeführt.

Die Anzahl der Fachärzte in Niederösterreich ist von 480 Fachärzten und 141 Zahnärzten im Jahre 1973 auf 638 Fachärzte und 201 Zahnärzte im Jahre 1978 angestiegen, was einen Zuwachs rund 33 % bzw. eine Steigerung um ein Drittel bedeutet.

Die Zahl der Ausbildungsstellen zum Facharzt konnte von 885 (Stand 31.Dezember 1976) auf 972 (Stand 31. Dezember 1977) erhöht werden.

Die Zahl der an Krankenanstalten Österreichs insgesamt in Ausbildung zum praktischen Arzt stehenden Ärzte konnte von 2.704 (Stand Dezember 1973) auf 3.781 (Stand Dezember

- 50 -

1978) gesteigert werden, was einem Zuwachs von rund 6 % entspricht.

In Niederösterreich konnte von Dezember 1973 auf Dezember 1978 eine Steigerung von 238 auf 422 Turnusärzte erzielt werden.

Zur Sicherstellung der künftigen zahnmedizinischen Versorgung der Bevölkerung wurde im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung der Ausbau der Universitätszahnkliniken weiter intensiviert. Die Zahl der zahnmedizinischen Ausbildungsplätze bzw. die Zahl der bezahlten Ausbildungsstellen konnte wesentlich erhöht werden. Zur Beschleunigung der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsstellen hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz aus Mitteln der Krankenanstalten-Investitionsförderung im Jahre 1976 für die apparative Ausgestaltung der Zahnklinik Innsbruck einen Beitrag von S 5.000.000,-- geleistet. Für die apparative Ausstattung der Zahnklinik in Graz wurde 1977 ein Beitrag von S 1.500.000,-- gewährt.

Derzeit bestehen in Innsbruck 50, in Wien 160 und in Graz 34 Ausbildungsstellen, ab 1. März 1979 werden es in Graz 50 Ausbildungsstellen sein. Die gesamtösterreichische Ausbildungskapazität wird dann 260 Ausbildungsstellen betragen, d.h. es werden 130 Zahnärzte pro Jahr fertig werden. Die Abgänge an Zahnärzten betragen in ganz Österreich jährlich ca. 30, die der Dentisten zwischen 40 und 60.

Da die Gesantausbildungskapazität ab 1979 nach Ansicht aller Experten ausreichend sein wird, könnte mittelfristig die gewünschte Meßzahl von 2.400 Einwohnern/Zahnarzt überall in Österreich erreicht werden.

Auch auf dem Gebiet der Ausbildung im Krankenpflegefachdienst hält die seit Inkrafttreten der Krankenpflegegesetznovelle 1973 (Senkung des Eintrittsalters in die Krankenpflegeschulen) eingesetzte Steigerung der Schülerzahlen an Krankenpflegeschulen an. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Krankenpflegefachdienst konnte von 5.874 (Stand vom 31. Dezember 1976) auf 6.085 (Stand 31. Dezember 1977) gesteigert werden. Die Bewerbungen übersteigen weiterhin die Aufnahmekapazität der Ausbildungsstätten und dies obwohl die Aufnahmekapazität der Krankenpflegeschulen wesentlich höher werden konnte. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat durch eine gezielte Investitionsförderung dazu beigetragen, daß nicht nur neue Krankenpflegeschulen errichtet wurden, sondern auch die Zahl der an den Schulen geführten Ausbildungslehrgänge gesteigert werden konnte.

Diese erfreuliche Tendenz zeigt sich auch am Personalstand des Krankenpflegefachdienstes in den Krankenanstalten Österreichs, der von 1976 auf 1977 von 19.098 auf 20.123 gesteigert werden konnte.

Auch in den anderen Sparten der durch das Krankenpflegegesetz geregelten Berufe zeigt sich eine erfreuliche Tendenz der Steigerung der Schülerzahlen und der Ausbildungskapazität sowie des Personalstandes in den Krankenanstalten.

Durch Novellierung des Krankenpflegegesetzes und des Ärztegesetzes im Jahre 1975 wurde ferner die Verabreichung von Injektionen und die Blutabnahme durch das diplomierte Pflegepersonal bzw. durch medizinisch-technische Assistentinnen vorgesehen. Die Neuregelung ist einerseits eine Entlastung für die Ärzte in österreichischen Spitälern und trägt andererseits zur Hebung des Berufsbildes dieses

- 52 -

Personenkreises im Sinne einer vermehrten Eigenverantwortung bei.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat einen österreichischen Krankenanstaltenplan in zwei Teilen (A-Akutversorgung, B-Langzeit- und Sonderversorgung) ausgearbeitet, der die von der zweiten Novelle zum Krankenanstaltengesetz, BGBl.Nr. 281/1974, festgelegten Gliederungsprinzipien und Minimalanforderungen der Krankenanstalten (Standard-, Schwerpunkt- und Zentralversorgung) in einen gesamt-österreichischen Regionalplan umsetzt. Teil B befaßt sich mit der Langzeit- und Sonderversorgung, also mit der Betreuung von chronisch Kranken, psychisch Kranken und Behinderten. In diesem Teil wird ein Katalog von notwendig erscheinenden Versorgungsrichtlinien angeführt und für die einzelnen Gruppen von Betreuungsbedürftigen angegeben, welche Einrichtungen in welcher regionalen Verteilung vorhanden sein müssen.

An Zweckzuschüssen des Bundes gemäß §§ 57 - 59 des Krankenanstaltengesetzes wurden für das Land Niederösterreich im Jahre 1975 S 113,550.041,92, im Jahre 1976 S 91,501.972,27 und im Jahre 1977 S 102,939.326,90 geleistet.

In Rahmen der Krankenanstalten-Investitionsförderung wurden in den Jahren 1973 - einschließlich 1. Halbjahr 1978 dem Bundesland Niederösterreich Förderungsbeiträge in Gesamthöhe von S 265,699.800,-- gewährt. Außerdem wurden im Rahmen der Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Perinatologie und Neonatologie in den Jahren 1974 - 1977 insgesamt S 15,884.000,-- für Geräteanschaffungen angewiesen. 1978 wurde dem Land Niederösterreich für diesen Zweck ein Betrag von S 3,000.000,-- zuerkannt.

- 53 -

Am 31. August 1978 wurden eine zwischen dem Bund und den Ländern auf Grund des Artikel 15a B-VG abgeschlossenen Vereinbarung über eine Neuregelung der Krankenanstaltenfinanzierung unter BGBI. Nr. 453 im Bundesgesetzblatt verlautbart.

Auf Grund dieser Vereinbarung werden in den nächsten Jahren den Krankenanstalten in den einzelnen Bundesländern wesentlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Im Jahre 1977 wurden den Krankenanstalten seitens des Bundes an Zweckzuschüssen zum Betriebsabgang und an Zuwendungen für Investitionen insgesamt S 945,985.071,-- zur Verfügung gestellt. Demgegenüber werden die Zuwendungen für die Krankenanstalten im Jahre 1978 das Zweieinhalb-fache erreichen. Dementsprechend wird sich auch der auf die Krankenanstalten des Landes Niederösterreich entfallende Anteil verhältnismäßig erhöhen. Das gleiche gilt für die weitere Dauer des Bestehens dieser Vereinbarung.

Ferner wurde allen Krankenanstalten die Patientencharta "Es ist Ihr gutes Recht im Krankenhaus - Charta des Patienten" in beliebiger Anzahl vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz zur kostenlosen Abgabe an die Patienten zur Verfügung gestellt.

Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß einerseits durch den Mutter-Kind-Paß mit seiner regelmäßigen Betreuung von Mutter und Kind, sowie durch den gleichzeitigen Ausbau geburtshilflicher Abteilungen und Neonatologiestationen in den Spitälern - zu dem die vorstehend erwähnten Förderungsmaßnahmen nicht unwesentlich beigetragen haben - die Säuglingssterblichkeit und die Behindertenrat der Neugeborenen erheblich zurückgegangen ist.

- 54 -

Insgesamt ist seit den ersten Maßnahmen des Gesundheitsministeriums im Jahre 1972 die Säuglingssterblichkeit von 26,1 Promille auf 16,9 Promille im Jahre 1977 und 14,7 Promille im Jahre 1978 reduziert worden. Dies bedeutet bereits eine Senkung im Bundesdurchschnitt um 43,7 Prozent, also eine Senkung um fast die Hälfte in nur 7 Jahren.

Diese Tendenz einer kontinuierlich von Jahr zu Jahr sinkenden Säuglingssterblichkeit hält erfreulicherweise an, wobei der Rückgang in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ist, - ja bis zu einem gewissen Aufwärts-trend geht.

Am 27. Mai 1975 wurde der Beirat für Psychische Medizin und am 20. Feber 1976 der Bundesbeirat für Behinderte errichtet. Diese Beiräte wurden ins Leben gerufen, um den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz in seinen Bestrebungen hinsichtlich der Verbesserung und Modernisierung der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung und einer Besserstellung der Behinderten in ihren gesundheitlichen, sozialen und beruflichen Chancen beratend und begutachtend zu unterstützen.

Der Beirat für Psychische Hygiene hat dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Leitlinien hinsichtlich der weiteren Planung des Bundeskrankenanstaltenplanes gesetzt und zwar in zweifacher Hinsicht:

1. Eine Trennung der geistig Behinderten aus den Psychiatrischen Krankenanstalten herbeizuführen und
2. die Schaffung von Psychiatrisch-Neurologischen Abteilungen an den Schwerpunktkrankenhäusern.

- 55 -

Ferner wurde der Österreichischen Gesellschaft für Psychische Hygiene, Landesgruppe Steiermark, ein Forschungsauftrag "Evaluierung der Arbeit eines Beratungszentrums für psychische und soziale Fragen" erteilt. Diese Projektstudie liegt auf der Linie des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, die psychiatrische Versorgung der Österreichischen Bevölkerung zu modernisieren und zu humanisieren.

Auf dem Gebiet der Selbstmordverhütung wurde durch großzügige Subventionierung des mit Unterstützung des ho. Bundesministeriums gegründeten Vereins "Kriseninterventionszentrum" ermöglicht, daß sich der Verein ein ambulantes Behandlungszentrum in Wien schaffen konnte, welches am 13. Juni 1977 eröffnet wurde.

Um den Ärzten und Kurgästen sowie den Fremdenverkehrsstellen und Reisebüros präzise Informationen über die Österreichischen Heilbäder und Kurorte in die Hand zu geben, hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz das "Österreichische Heilbäder- und Kurortebuch" herausgegeben und im Jahre 1975/76 unter anderem an alle praktizierenden Ärzte zur Verteilung gebracht. Dieses Buch enthält vor allem fachliche Informationen über den neuesten Stand der Bäder- und Klimabehandlung und leistet hiermit einen wesentlichen Beitrag, um die Aufmerksamkeit der Ärzteschaft auf ein bislang weniger beachtetes Teilgebiet medizinischer Therapiemöglichkeiten zu lenken.

Das Buch wird auch weiterhin vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz allen in Österreich niedergelassenen Ärzten über Anforderung kostenlos zur Verfügung gestellt.

- 56 -

Weiters wird allen österreichischen Staatsbürgern, demnach auch den Einwohnern des Bundeslandes Niederösterreich, über Anforderung die Notfallkarte kostenlos zur Verfügung gestellt. Insgesamt wurden bis jetzt nahezu 2,5 Millionen Notfallkarten kostenlos abgegeben.

Außerdem wurde ein Merkblatt für psychisch erkrankte Personen und deren Angehörige herausgebracht, welches an alle in Frage kommenden Krankenanstalten, Fachärzte sowie Krankentransporteinrichtungen und sonstige in Frage kommenden Institutionen, ebenfalls kostenlos, verteilt wurde.

Auf dem Sektor der Gesundheitsaufklärung wurde zur Bekämpfung des Mißbrauchs von Alkohol eine großangelegte Aufklärungskampagne unter dem Motto "Aktion klarer Kopf" in Form einer Broschüre durchgeführt, die nach wie vor über Anforderung kostenlos erhältlich ist.

Der vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in Auftrag gegebene Alkohol-Aufklärungsfilm "Das verlorene Maß" ist bereits fertiggestellt und wurde sowohl dem Österreichischen Gewerkschaftsbund als auch dem Österreichischen FilmService zur Vorführung bzw. zum Verleih zur Verfügung gestellt.

Der Alkohol- und Suchtmittelbeirat hat für seine Tätigkeit während der neuen Funktionsperiode 1978/81 als Grundlage eine Prioritätenliste erstellt, welche folgende Schwerpunkte beinhaltet:

1. Aufklärung über Mißbrauch von Alkohol und Drogen,
2. sinnvolle Gesundheitsstatistik,
3. interministerielle Hilfestellung,
4. Auswirkungen der 1960 eingeführten 0,8 Promille-Grenze.

Weiters hat das ho. Bundesministerium eine Raucherfibel in großer Auflage herausgebracht, deren Nachfrage derart stark war, daß diese Broschüre zweimal nachgedruckt werden mußte. Raucherfibel und Raucherklebeetiketten werden zur Aufklärung der Bevölkerung kostenlos abgegeben.

Auf dem Gebiet der Gesundheitsaufklärung sind ferner noch zwei neue Broschüren zu erwähnen. Es handelt sich um die Fibel "Mein Kind soll zu dick sein ?" und befaßt sich mit richtiger Ernährung bei Säugling, Kleinkind und Schulkind. Die zweite Broschüre trägt den Titel "Die ersten 12 Monate" und stellt einen Leitfaden für die Kontrolle der Entwicklung des Säuglings, sowie für Babypflege und Ernährung dar.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat während der laufenden Legislaturperiode für das Bundesland Niederösterreich den gesamten Impfstoff, der für die Durchführung öffentlicher Impfmaßnahmen (BCG-Vakzine und Tuberkulin, DPT-Vakzine, Pockenvakzine, Polio-oral-Vskzine und Rötelnimpfstoff) und für die posterpositionelle Wutprophylaxe erforderlich war, kostenlos zur Verfügung gestellt.

Dem vom Amt der Niederösterreichischen Landesregierung jeweils angegebenen Bedarf wurde immer in vollem Umfang entsprochen.

Wie alle Bundesländer erhält auch das Bundesland Niederösterreich für die Werbung für die Polio-Oralimpfaktion 1978/79 die erforderliche Menge an Werbegeschenken (Poli-Bären aus Karton und Taschen mit Aufdruck des Poli-Bären) zur Ausgabe an die Impflinge vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz während der laufenden Legislaturperiode, dem gesetzlichen Auftrag folgend, seine Tätigkeit als Koordinator in Zusammenarbeit mit den in Betracht kommenden Bundesministerien, aber auch mit den Bundesländern fortgesetzt.

Diese schwierige Aufgabe konnte nur durch die Kooperation aller Beteiligten, wozu auch die verschiedenen Interessenvertretungen und andere gesellschaftstragende Kräfte zu zählen sind, bewältigt werden. Wesentliche Hilfe leistete auch das Interministerielle Komitee für Umweltschutz, der Beirat für Umweltschutz und der Wissenschaftliche Beirat für Umwelthygiene. Der Wissenschaftliche Beirat für Umwelthygiene bzw. seine Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit der Erarbeitung von fachlichen Beiträgen zum Umweltschutzgesetz, den Richtlinien 3 und 4 (Bleikerzenmethode und Bergerhoff-Verfahren), der Richtlinie 5 (Empfehlungen über die Lärmbelastung), der Richtlinie 6 (Bestimmung von Fluoriden mit den Silberkugelsorptionsverfahren), die in der weißblauen Buchreihe des Bundesministeriums herausgegeben wurden und der vorläufigen Richtlinie Kohlenmonoxid, die das Ressort in der weiß-grünen Reihe publizierte.

Ein bedeutender Schwerpunkt der Tätigkeit des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz lag in der Zweckforschung. Das im Jahre 1976 erstellte mittelfristige Forschungskonzept gibt nicht nur nach innen und außen die fachlichen Intentionen des Ressorts auf dem jeweiligen Fachgebiet wieder, sondern dient darüber hinaus als mittelfristiges Orientierungs- und Planungsinstrument bei der Prüfung von Vorhaben der einschlägigen Zweckforschung.

Die im Jahre 1974 eröffnete Publikationsreihe "Beiträge zum Umweltschutz" wurde in etwas abgeänderter Form weiterge-

führt und dient der Veröffentlichung von Ergebnissen der Zweckforschung und Zweckforschungsförderung. Diese Arbeiten bilden eine wertvolle Basis für eine effiziente Planungstätigkeit und helfen bei der Entscheidungsfindung der einschlägigen öffentlichen und privaten Stellen.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat ferner seine Aktion, die Bundesländer mit Geräten zur Messung umweltschädigender Substanzen sowie mit Umweltmesswagen als fahrbare Meßplattformen auszustatten, fortgeführt, so daß nunmehr alle Bundesländer über derartige Einrichtungen verfügen. Die Organisation der Ausstattung erfolgt im Einvernehmen mit der Abteilung für Lufthygiene der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt Wien.

Dem Land Niederösterreich wurden seit Beginn dieser Legislaturperiode Meßgeräte im Wert von 8,4 Millionen Schilling, den Ländern insgesamt im Wert von über 40 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Durch die Vergabe von Meßgeräten an alle Bundesländer - und zwar jeweils Geräte derselben Bauart - sowie durch die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz erarbeiteten einheitlichen Meßmethoden ist eine einheitliche Erfassung der Umweltsituation in Österreich gewährleistet. Nur gleichartige Meßgeräte, die nach einheitlichen Meßmethoden eingesetzt werden, liefern auch vergleichbare Ergebnisse. Durch diese bundesweite Aktion wurden daher erstmalig die Voraussetzungen für eine einheitliche Feststellung der Umweltbelastungen in Österreich geschaffen. Das ist eine wesentliche Aufgabe im Rahmen der dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz zukommenden Zuständigkeit zur Koordinierung auf allen Gebieten des Umweltschutzes. Durch die Initiative des Ressorts konnte auch eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und den Landesexperten einerseits und zwischen den

- 60 -

Landesexperten untereinander andererseits erreicht werden. Der Erfolg der Geräteaktion zeigt sich bereits derzeit in einer immer genaueren und engermaschigen Erfassung von umweltfremden und umweltschädigenden Substanzen, die eine wertvolle und unerlässliche Grundlage für alle Maßnahmen auf dem Gebiete des Umweltschutzes darstellt.

Neben der erwähnten Bedeutung der Langzeitbeobachtungen haben sich die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz zur Verfügung gestellten Geräte durch den jederzeit möglichen konzentrierten Einsatz an neuralgischen Punkten auch hinsichtlich der raschen Erfassung einer konkreten Umweltsituation bewährt.

Die Arbeiten an dem in Aussicht genommenen Umweltschutzgesetz, durch das bundeseinheitliche Rechtsvorschriften zur Minimierung der Umweltbelastung im Interesse der menschlichen Gesundheit erlassen werden, wurden fortgesetzt. Dieses Gesetz soll das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in die Lage versetzen, seinem gesetzlichen Koordinationsauftrag besser als bisher entsprechen zu können.

Auf der Grundlage eines vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz herausgegebenen "Rahmenkonzepts für die Abfallbeseitigung Österreichs" strebt das Ressort , einen Müllbeseitigungsplan an, der bei Wahrung der derzeitigen Kompetenzverteilung Verbesserungen in der umweltfreundlichen Wiederverwertung und Beseitigung des Mülls unterstützt. Die wirtschaftliche Unterstützung von Einrichtungen der Müllbeseitigung soll in Abhängigkeit von den im "Rahmenkonzept Abfallbeseitigung" umrissenen allgemeinen Planung und den darauf noch zu entwickelnden Spezialplanungen erfolgen.

Wie der Verfassungsgerichtshof in seinem Kompetenzfeststellungserkenntnis zum Entwurf eines Wiener Sonderabfallbeseitigungsgesetzes festgestellt hat, kommen dem Bund

zahlreiche Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft zu. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ist daher bestrebt, die gesamte Problematik der schadlosen Wiederverwertung oder Beseitigung von Sonderabfällen einschließlich Altölen einer den Anliegen des Umweltschutzes aber auch den wirtschaftlichen Interessen gerecht werdenden Lösung zuzuführen. Das Ressort arbeitet daher an einem umfassenden Abfallwirtschaftsgesetz, das den gesamten Problemkreis der Sonderabfälle umfassen wird.

Lärm ist zu einem negativen Indikator für Lebensqualität, zum unmittelbarsten negativen Umwelterlebnis geworden. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat daher mit Unterstützung hervorragender Fachleute eine Anti-Lärm-Kampagne gestartet.

Die Lärmfibel soll die Bevölkerung über die gesundheitlichen Risiken der Lärmbelastung aufklären; die Lärmfibel soll aber auch jeden einzelnen zum Nachdenken anregen, wieviel er eigentlich selbst Lärm vermeiden und damit zu einer Verbesserung der Umwelt beitragen kann.

In bestimmten Bereichen ist aber der einzelne weitgehend außerstande, sich und seine Mitmenschen vor Lärm zu schützen. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat daher seine Zielvorstellungen über die Grenzen zumutbarer Lärmbelastung in Wohngebieten in einer Empfehlung dargelegt. Es wird sich dafür einsetzen, daß die in dieser Empfehlung angeführten Grenzwerte den Maßstab für die Praxis der behördlichen Planungs- und Entscheidungstätigkeit darstellen.

Das Ministerium hat auch Richtlinien zur Lärmessung und -begrenzung ausgearbeitet. Es wird Aufgabe der betroffenen Behörden, aber auch der Wirtschaft sein, durch dieses vom Ressort geschaffene Instrumentarium zu einer Verringerung der Lärmbelastung und damit zu einer fühlbaren Verbesserung der Lebensqualität der österreichischen Bevölkerung beizutragen.

- 62 -

Auf dem Gebiet des Strahlenschutzes wurden die gesundheits- und umweltschutzpolitischen Aktivitäten während der laufenden Legislaturperiode weiter verstärkt.

Als gemäß § 41 des Strahlenschutzgesetzes in 1. Instanz zuständige Behörde hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz umfangreiche Bewilligungsverfahren für das Kernkraftwerk Zwentendorf, das Forschungszentrum Seibersdorf, insbesondere für das International Analytical Safeguard Laboratory und für Elektronikbeschleuniger in Krankenanstalten durchgeführt.

Im Auftrag des Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wurden die Beobachtungsstationen bei Bezirksverwaltungsbehörden im Sinne des § 38 Strahlenschutzgesetz zum Zwecke der raschen Erkennung von großräumigen Anstiegen von Strahlenpegeln weiter ausgebaut. Als langfristiges Ausbauziel sind etwa 300 Beobachtungsstationen, verteilt über ganz Österreich, vorgesehen. Im Bundesland Niederösterreich stehen derzeit 57 Stationen des Strahlenfrühwarnsystems in Betrieb. Dieses Strahlenwarnsystem wird mit Hilfe der bereits in Angriff genommenen Datenfernübertragung über ein Strahlenschutzmeldenetz (Fernwirksystem), das alle Stationen mit den Warnzentralen der Länder und des Bundes verbindet, als Strahlenfrühwarnsystem für Anlaßfälle der umfassenden Landesverteidigung dienen.

Zur großräumigen Überwachung des Bundesgebietes wurden Radioaktivitätsmessungen in der Luft, in Niederschlägen und in Lebensmitteln durchgeführt.

Weiters hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz den Ankauf von Trinkwasserbereitern mit einer Einrichtung zur Dekontamination allenfalls radioaktiv verseuchter Wässer durch die Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz gefördert sowie den Ankauf von Strahlenmeßeinrichtungen durch den Bundesfeuerwehrverband. Letztere kommen auch dem Landesfeuerwehrkommando Niederösterreich zugute. Die niederösterreichische Feuerwehr ist dadurch in der Lage, bei allfälligen Einsätzen in verstrahlten Zonen sowohl ihr eigenes Personal zu schützen, als auch radioaktiv kontaminierte Flächen besser zu kontrollieren.

Seit dem Jahr 1976 werden die Kosten für ärztliche Untersuchungen für nicht unfallversicherte, beruflich strahlenexponierte Personen vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz an die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter rückerstattet. Diese Vereinbarung wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung getroffen.

Über die "Radioaktivitätstsmessungen in Österreich 1970 - 1974" wurde im Jahre 1975 ein Bericht des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz veröffentlicht.

Im Jahre 1975 wurde ferner vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz die "Strahlenkarte Österreichs" veröffentlicht, in der die mittleren Bevölkerungsdosen im Freien durch terrestrische und kosmische Strahlung tabellarisch und in 5 Österreichkarten dargestellt sind.

Das neue Lebensmittelgesetz 1975 trägt dem Gesundheitsschutz des Verbrauchers in einer die Fortschritte von Wissenschaft und Technik berücksichtigenden Weise voll Rechnung. Die bisherigen Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung lassen bereits die Vorteile dieses Gesetzes erkennen. Bisher wurden bereits zehn Verordnungen auf Grund des Lebensmittelgesetzes erlassen; insbesondere wird auf die Schädlings-

- 64 -

bekämpfungsmittel-Höchstwerteverordnung, die Verordnung über die Einfuhr von Eipräparaten, die Konservierungsmittel-Verordnung, die Verordnung über Extrawurst, die Lebensmittelimportmeldeverordnung und die Zusatzstoffkennzeichnungsverordnung hingewiesen. Vier weitere Verordnungsentwürfe werden derzeit von einem eigens hiezu eingesetzten Expertenkomitee beraten.

Durch das Lebensmittelgesetz 1975 wurde auch die Tätigkeit der Lebensmitteluntersuchungsanstalten wesentlich intensiviert. Die fortschreitende Technisierung und die notwendige Rationalisierung bedingen einen steigenden Bedarf an aufwendiger apparativer Ausrüstung.

Auf Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurden auch in Zusammenarbeit mit den Lebensmitteluntersuchungsanstalten die Untersuchungsprogramme hinsichtlich Inhalt und Umfang den modernen Erfordernissen entsprechend ausgebaut. Als Schwerpunkte sind neben der verstärkten Überwachung von Pestizidrückständen auf Lebensmitteln eine intensivierte Kontrolle der Lebensmittelimporte zu nennen. Ferner wurde das Programm für bakteriologische Lebensmitteluntersuchungen wesentlich erweitert.

Auf dem Gebiet des Veterinärwesens kann darauf hingewiesen werden, daß seit 1975 im gesamten Bundesgebiet kein Fall von Maul- und Klauenseuche aufgetreten ist, obwohl 1976 in der Bundesrepublik Deutschland vereinzelt und in Italien ausgebreitet die Maul- und Klauenseuche herrschte. Auf Grund besonderer Maßnahmen konnte jedoch die Einschleppung dieser Seuche aus dem Ausland verhindert werden.

- 65 -

Für die Amtstierärzte sämtlicher Bundesländer wurden von der Veterinärverwaltung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz mehrtägige Fortbildungskurse abgehalten. Die Vorträge umfaßten aktuelle Probleme der Tierseuchenbekämpfung, insbesondere der Wutkrankheit und der für die Massentierhaltung ausschlaggebenden Geflügelseuchen, verschiedene veterinärmedizinische Aspekte der Fleischbeschau bei Wildtieren und die Tierkörperbeseitigung.

In der Reihe von Zivilschutzkursen soll die gesamte Amtstierärzteschaft Österreichs mit den neuesten Erkenntnissen auf diesem Gebiet vertraut gemacht werden. Bisher fanden vier Kurse statt, an denen insgesamt 24 Vertreter aus dem Bundesland Niederösterreich teilnahmen.

Über Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurde im November/Dezember 1978 wieder die jährliche Schutzimpfung aller Rinder, Schafe und Ziegen gegen die Maul- und Klauenseuche durchgeführt. Dieser Schutzmaßnahme wurden sämtliche Rinder und kleine Wiederkäuer unterzogen, die in einem Umkreis von etwa 15 km um die Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren in Wien-Hetzendorf gehalten werden.

**Finanzielle Leistungen des Bundes auf dem Gebiet des Gesundheitswesens**  
**ausgenommen Zweckzuschüsse nach dem KAG**

- 65 -

Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz/Anlage

**Ausgaben für Niederösterreich**

	1972	1973	1974	1975	1976
Krankenanstalten- Investitionsförderung	-	47,400.000	47,400.000	53,446.000	42,146.000
Hirr- und Sehtestgeräte	-	-	-	-	-
Perinatologie - Neonatologie	815.000	28.000	4,650.000	2,407.000	6,754.000
Mutter-Kind-Pas	-	-	600.000	760.000	640.000
Funkdienst	-	1,000.000	500.000	200.000	-
Ärzteausbildung	-	-	-	-	-
Tuberkulin	4.000	22.000	22.000	10.000	14.000
BCG-Vakzine	608.000	616.000	510.000	618.000	39.000
Diphtherie-Tetanus-Pertussis Vakzine	-	64.000	437.000	496.000	261.000
Pockenvakzine	177.000	198.000	170.000	240.000	209.000
Folio-Oral-Vakzine	827.000	1,101.000	960.000	809.000	903.000
FS'E-Immfiststoff	-	-	-	93.000	55.000
Rötelnimpfstoff	-	-	-	549.000	439.000
Anti-D-Globulin	-	-	-	263.000	345.000
Fluortabletten	114.000	122.000	141.000	148.000	150.000
Summe Prophylaxe	<b>1,730.000</b>	<b>2,123.000</b>	<b>2,240.000</b>	<b>3,226.000</b>	<b>2,415.000</b>
Entschädigung für Milch- lieferung	-	75.000	75.000	-	-
Stoffwechselanomalien	-	-	-	120.000	120.000

1.

	1972	1973	1974	1975	1976
<b>Subventionen:</b>					
St. Pölzener Babyhilfe	40.000	57.000	-	-	-
KH Purkersdorf	70.000	-	-	-	-
Anta-Club	-	-	10.000	10.000	10.000
Brunn/Wild - Ärztezentrum	-	-	190.000	1.000.000	80.000
Sportärztliche Unter- suchungsblätter	-	-	6.000	10.000	10.000
Arbeiter Samariterbund, Rettungsstelle Wilhelmsburg	-	-	300.000	200.000	-
<b>Summe Subventionen</b>	<b>110.000</b>	<b>57.000</b>	<b>506.000</b>	<b>1.220.000</b>	<b>100.000</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>2.655.000</b>	<b>50.683.000</b>	<b>55.971.000</b>	<b>61.379.000</b>	<b>52.175.000</b>

- 67 -

**Ausgaben für Niederösterreich**

1977

Krankenanstalten- Investitionsförderung	46.867.800
Hör- und Sehtestgeräte	-
Perinatologie - Neonatologie	1.230.000
Mutter-Kind-Paß . *)	
Funkdienst	-
Ärzteausbildung	211.000
Tuberkulin	23.000
BCG-Vakzine	93.000
Diphtherie-Tetanus- Pertussis Vakzine	497.000
Pockenvakzine	121.000
Polio-Oral-Vakzine	991.000
R'teln-Immfstoff.	892.000
FS'E-I-pfstoff	57.000
Anti-D-Globulin	314.000
Fluortabletten	164.000
<b>Summe Proph'laxe</b>	<b>3.152.000</b>

**Stoffwechselanomalien \*)**

- \*) Die Kosten werden ab 1977 vom BM. für Finanzen getragen.  
 \*\*) 1977 erfolgte die Kostenrefundierung nur noch an das Bundesland Wien

- 69 -

1977

**Subventionen:**

Brunn/Wild - Ärzte- zentrum	100.000
Sportärztliche Unter- suchungen	4.000
Anta-Club	10.000
<b>Summe Subventionen</b>	<b>114.000</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>51.574.800</b>

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und IndustrieAußenhandel und Integration

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat im Berichtszeitraum im Interesse der österreichischen Exportwirtschaft an der weiteren Verbesserung der Förderungs- und Finanzierungsinstrumente und am Ausbau des bestehenden Netzes von Informations- und Kontaktmöglichkeiten mitgewirkt. In zahlreichen Wirtschaftsverhandlungen war es bestrebt, die Voraussetzungen für eine bessere geographische Streuung der österreichischen Exporte - ohne Vernachlässigung der traditionellen Handelspartner - sowie eine Erhöhung des Fertigwarenanteiles zu schaffen. Durch die Ausweitung bereits bestehender Handels-, Zahlungs- und Kooperationsabkommen und den Abschluß neuer Verträge ist es gelungen, die Grundlage für gedeihliche wirtschaftliche Beziehungen zu festigen.

Auf legistischem Sektor stand weiters die Außenhandelsgesetznovelle 1976, die die Einbeziehung wichtiger mineralischer Rohstoffe zur Krisenvorsorge zum Gegenstand hat, im Mittelpunkt. Unter dem gleichen Gesichtspunkt wurde die bis dahin gegebene Bewilligungspflicht für Erdöl, Gasöl und Heizöle im Gesetz selbst verankert und schließlich einige Sprengstoffe von militärischer Bedeutung in die Liste der bewilligungspflichtigen Waren in der Ausfuhr aufgenommen, um nötigenfalls Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität treffen zu können. In Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmungen sowie verschiedener internationaler Verträge sind zahlreiche Verordnungen ergangen.

Unter den legistischen Aktivitäten wurde als weiterer Schwerpunkt ein Einfuhrscheinverfahren im Rahmen der Ermächtigung der Zollämter zur Erteilung von Einfuhrbewilligungen in vereinfachter Form für bestimmte Produkte der Textil- und Bekleidungsindustrie geschaffen, das ein frühzeitiges Erkennen der Importentwicklung ermöglicht. Einfuhrscheine sind schließlich auch für Waren des Kapitels 73 vorzulegen, die in einem Briefwechsel Österreichs mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl über ein Basispreissystem genannt werden.

- 71 -

Novellen zum Antidumpinggesetz und zum Anti-Marktstörungsgesetz beinhalten die Rezeption der im Anti-dumping-Kodex des GATT vorgesehenen Möglichkeit, vorläufige Maßnahmen zu verhängen, wenn in einer Vorentscheidung festgestellt worden ist, daß ein Dumping vorliegt und wenn ausreichende Beweise für eine Schädigung erbracht sind. Damit im Zusammenhang fiel auch die Versandklausel, die zum Zeitpunkt der Festsetzung eines Antidumping- bzw. Ausgleichszolles auf dem Weg nach Österreich befindliche Ware von der jeweiligen Maßnahme ausnahm, weg.

Zum Schutz der österreichischen Textil- und Bekleidungsindustrie wurde wegen der in bedrohlichem Maße gestiegenen Billigimporte von Strumpfhosen mit Wirkung vom 6. November 1978 eine Richtpreisverordnung nach dem Anti-Marktstörungsgesetz erlassen. Durch diese Maßnahme wurde dem mehrfach vorgebrachten Wunsch hinsichtlich eines Schutzes für hochwertige Waren Rechnung getragen.

Dumpingimporten von Baustahlgittern mit Ursprung in Italien wurde schließlich durch die Festsetzung eines einheitlichen Basispreises aufgrund des Antidumpinggesetzes mit Wirkung vom 18. Dezember 1978 ein Riegel vorgeschoben.

Trotz der zunehmenden Multilateralisierung des österreichischen Außenhandels hat sich die Pflege der bilateralen Beziehungen für die Erschließung neuer Absatzmärkte für österreichische Produkte, etwa in Entwicklungsländern, als sehr nützlich erwiesen. Österreich hat seinerseits den Entwicklungsländern nach Verhandlungen Vorzugszölle für Waren aus diesen Staaten (erwähnt seien hier nur tropische Produkte und handwerkliche Erzeugnisse) im Rahmen des Präferenzzollgesetzes gewährt.

- 72 -

Im Hinblick auf das große Defizit in der Handels- und Leistungsbilanz gegenüber unserem größten Außenhandelspartner, den Europäischen Gemeinschaften, wurden mehrere Initiativen gesetzt. Konkret wurden dabei Maßnahmen der Gemeinschaft zur Beseitigung oder Verringerung bestehender Handelshemmnisse bei industriell-gewerblichen Produkten und am Agrarsektor verlangt. In diesem Zusammenhang dringt Österreich stets auf eine möglichst liberale Durchführung der Freihandelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften, insbesondere bei der Handhabung der nunmehr nach Realisierung der Zollfreiheit am 1. Juli 1977 noch bestehenden restriktiven Regelungen bei den sensiblen Produkten. So ist das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie mit Nachdruck bemüht, die Erhaltung und den Ausbau der österreichischen Exporte von Papier und Papierprodukten in die Gemeinschaft in Form ausreichender Richtplafonds der EG bzw. Zollfreikontingente seitens Großbritanniens und Dänemarks sowie einer liberalen Handhabung der Sonderbestimmungen des Freihandelsabkommens allgemein sicherzustellen. Auch am Agrarsektor konnte die Gemeinschaft zu einem gewissen Entgegenkommen bei Käse und Wein, insbesondere aber am Rindersektor, durch Aufhebung der Einfuhrsperre per 1. April 1977 bewogen werden.

Die österreichischen Bemühungen um Lösung der ab 1. Jänner 1978 durch Inkrafttreten der EG-Richtlinien für reinrassige Zuchtrinder zu befürchtenden Exportschwierigkeiten, insbesondere nach Italien, wurden intensiv fortgesetzt. Österreichische Lösungsvorschläge, wie die gegenseitige Anerkennung der Herdbucheintragungen und die Einräumung eines Kontingentes für österreichische Rinder, wurden in den EG-Mitgliedstaaten vorgebracht und diskutiert. Das Problem wurde auch anlässlich des Besuches des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Gundelach, in Wien am 28. und 29. September 1978 erörtert, wobei von Vizepräsident Gundelach eine diesbezügliche Verwendungszusage abgegeben wurde. In derselben An-

gelegenheit fanden kürzlich auch eingehende Gespräche des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft mit Kollegen aus mehreren EG-Mitgliedstaaten und Vertretern der EG in Brüssel statt. Abgesehen von diesen Bemühungen um die Sicherstellung des österreichischen Zuchtrinderexportes in die EG konnten durch eine Aufstockung des EG-Nutzrinderkontingentes für weibliche Nutzrinder der Höhenrassen von bisher 30.000 auf 38.000 Stück die Exportbedingungen für dieses wichtige Bergbauernprodukt bedeutend verbessert werden.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Schritte hat das System der Vorausfixierung von Erstattungen wesentliche Kürzungen erfahren.

Am Stahlsektor, auf dem die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl für die EG-Stahlindustrie Schutzmaßnahmen eingeführt hat, wurde in laufenden Kontakten mit den Kommissionsdienststellen auf die Abwendung von negativen Auswirkungen auf die österreichische Stahlindustrie hingewirkt.

Der Gemischte Ausschuß des Freihandelsabkommens Österreich - EWG faßte mehrere Beschlüsse zur Anpassung der Zoll- und Ursprungsregeln an die internationalen Gegebenheiten sowie zur leichteren Handhabung der geltenden Regelungen im Interesse von Wirtschaft und Verwaltung.

Auf meine Einladung fand am 13. Mai 1977 in Wien eine Konferenz der Regierungschefs sämtlicher EFTA-Länder statt. Dieses Treffen auf höchster Ebene basierte auf der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Interdependenz der einzelnen Staaten heute das hervorstechendste Faktum der weltwirtschaftlichen Beziehungen ist. Bei der Beurteilung der derzeitigen Lage bekräftigten die Regierungschefs

erneut ihr Bekenntnis zum Freihandel und ihre Überzeugung, daß die EFTA auch in Zukunft eine bedeutende Funktion als nützliches und flexibles Instrument für die teilnehmenden Regierungen in der Verfolgung ihrer Ziele hinsichtlich des europäischen Freihandels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu erfüllen haben wird.

Auf diplomatischem Wege bzw. im Rahmen des Antidumping-Komitees des GATT ist unter Berufung auf Art. VI des GATT bzw. auf den Antidumping-Kodex wiederholt, zumeist erfolgreich gegen bereits gesetzte bzw. geplante Antidumpingmaßnahmen anderer Staaten gegen die Einfuhr österreichischer Waren interveniert worden. Derartige Interventionen erfolgten im Berichtszeitraum beispielsweise zugunsten der österreichischen Ausfuhren von Skibindungen, Käse, Zellwollfasern und Bahnbaumaschinen nach den USA, von Käse und Unkrautvertilgungsmitteln nach Australien, von Maleinsäureanhydrid, Polyester- und Nylongarnen nach Kanada sowie von Schnellarbeits- und Werkzeugstählen nach Großbritannien.

Auf dem Textilsektor wurden in Anbetracht der Notwendigkeit eines Schutzes der österreichischen Textil- und Bekleidungsindustrie eine Reihe von Maßnahmen gesetzt.

Österreich hat am 23. Juni 1978 das Protokoll betreffend die Verlängerung des Abkommens über den internationalen Handel mit Textilien durch Hinterlegung der diesbezüglichen Urkunde angenommen. Durch das vorgenannte Protokoll wurde das Abkommen über den Internationalen Handel mit Textilien, das mit 31. Dezember 1977 abließ, für einen Zeitraum von 4 Jahren bis 31. Dezember 1981 verlängert.

Im Rahmen dieses Abkommens hat Österreich hinsichtlich der Bekleidungsimporte, vor allem aus dem Fernen Osten, eine Reihe von Abkommen mit Exportländern abgeschlossen. Die meisten dieser Abkommen enthalten Konsultationsklauseln, sodaß bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen - somit bei Gefahr einer Marktstörung - von Österreich jederzeit die Aufnahme von bilateralen Konsultationen mit den betreffenden Ländern verlangt werden kann.

- 75 -

Im einzelnen bestehen derzeit die nachstehenden Vereinbarungen:

- 1) Hongkong: Vereinbarung über ein Exportautorisationssystem bei der Einfuhr bestimmter Textilien, das sind insbesondere Hemden, bestimmte Hosen, Sakkos, Mäntel, Sport- und Badebekleidung, Anzüge, Schlafanzüge und Nachthemden, Blusen, Kleider, Röcke, Kostüme und Hosenanzüge, Jacken, bestimmte Unterhosen und Kleider.
- 2) Republik Korea: Hier bestehen die nachgenannten 4 Abkommen über:
  - a) Kontingentierung der Einfuhr von Baumwollgeweben sowie Bekleidung und anderer Fertigwaren aus Baumwolle
  - b) Kontingentierung der Einfuhr bestimmter Oberbekleidung sowie bestimmter Blusen und Hemdblusen für Frauen, Mädchen und Kleinkinder sowie Einfuhrbewilligungen gegen Vorlage von Exportempfehlungen bezüglich der Exporte von Mänteln, Skikleidung, Sakkos und Blazers, Pyjamas und anderer Unterkleidung.
  - c) Festlegung eines Kontingentes von 5.376.602 Paar für Socken
  - d) Festlegung eines Kontingentes von 951.360 Stück für Hemden
- 3) Macao: Vereinbarung von Kontingenten für Hemden für die Jahre 1978, 1979, 1980, 1981.
- 4) Pakistan: Exportautorisationssystem bezüglich der Einfuhr von diversen Baumwolltextilien.
- 5) Indien: Vereinbarung von Kontingenten für die Einfuhr von bestimmten Textilerzeugnissen aus Baumwolle für die Jahre 1978, 1979, 1980, 1981.  
Bezüglich der Exporte von Garnen, Rohgeweben, Frottierhandtüchern und Frottiergeweben aus Baumwolle wurde keine mengenmäßige Beschränkung mehr vereinbart, sondern werden gegen Vorlage von Exportzertifikaten Einfuhrbewilligungen erteilt.
- 6) Japan: Einfuhrbewilligungen für bestimmte Gewebe bzw. Hemden sind an die Vorlage von Ursprungszeugnissen gebunden.

- 76 -

- 7) Singapur: Vereinbarung eines Exportautorisationssystems für die Einführung von Hemden. Singapur wurde allerdings mitgeteilt, daß bei Importen dieser Hemden aus Singapur im Ausmaß von mehr als 25.000 Stück im Monatsschnitt Maßnahmen ergriffen werden müßten.
- 8) Ägypten: Vereinbarung einer Konsultationsklausel für den Fall, daß die Einfuhr von Baumwollgarnen aus Ägypten die Gefahr einer Marktstörung verursacht.
- 9) Malaysia: Anstelle der Kontingentierung der Hemdenausfuhr nach Österreich auf 300.000 Stück wurde vereinbart, daß Österreich ab 1. Oktober 1978 gegen Vorlage von Exportlizenzen Einfuhrbewilligungen für Hemden erteilen wird.
- 10) Brasilien: Für den Zeitraum bis 1. November 1981 wurden für Baumwollgarne und bedruckte Baumwollgewebe Exportkontingente vereinbart.  
Für Bettwäsche und Küchenwäsche aus Baumwolle ist die automatische Einfuhr Lizenzierung und eine Konsultationsklausel mit der Möglichkeit von unilateralen Einfuhrbeschränkungsmaßnahmen vorgesehen, wenn eine Einigung im Verhandlungswege nicht erzielt werden kann.
- 11) Indonesien: Für die Einfuhr von Hemden wurde ein Kontingent von 50.000 Stück pro Jahr festgesetzt.

Abschließend wird darauf hingewiesen, daß durch Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 1. Juli 1977 für bestimmte Warenpositionen des Textil- und Bekleidungssektors zum Zweck einer möglichst frühen statistischen Erfassung der Einfuhr dieser Produkte die Vorlage einer Einfuhrerklärung vorgesehen wurde.

Hinsichtlich des Rohstoffsektors wird folgendes bemerkt:  
Österreich gehört gegenwärtig folgenden Übereinkommen an:

1. Protokoll über die vierte Verlängerung des Übereinkommens betreffend Weizenhandel 1971  
Österreich hat das gegenständliche Protokoll am 11. Mai 1978 in Washington unterzeichnet. Das parlamentarische Verfahren für die Ratifikation des Protokolls wird in Kürze abgeschlossen sein.
2. Das fünfte Internationale Zinn-Übereinkommen wurde im BGBl. Nr. 557/1977 veröffentlicht.
3. Das Internationale Kakao-Übereinkommen 1975 sowie die Kontrollregeln für die Durchführung dieses Übereinkommens wurden in den BGBl. Nr. 311/1977 und Nr. 312/1977 veröffentlicht.
4. Das Internationale Kaffee-Übereinkommen 1976 sowie die Kontrollregeln zur Durchführung dieses Übereinkommens wurden in den BGBl. Nr. 325/1977 und Nr. 326/1977 kundgemacht.
5. Das Internationale Zuckerübereinkommen 1977  
Das parlamentarische Verfahren ist abgeschlossen, die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde demnächst zu erwarten.

Berufsausbildung

Die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten, war und ist das Ziel der Bundesregierung.

Auch das Problem der Jugendbeschäftigung konnte bei uns gut gelöst werden.

Da jugendliche Arbeitslose wirtschaftlich und sozial schwach sind, wird der Aufrechterhaltung der Jugendbeschäftigung in Österreich durch die Bundesregierung Vorrang eingeräumt. In den nächsten Jahren ist noch mit einem steigenden Angebot von Lehrstellensuchenden zu rechnen. Um der Vielzahl der jugendlichen Arbeitssuchenden in den verschiedenen Bereichen auch in der Zukunft Rechnung zu tragen, wurden und werden folgende Initiativen gesetzt:

Volle Ausnützung des Lehrstellenpotentials der öffentlichen Hand und ihrer Wirtschaftsbetriebe in Bund, Ländern und Gemeinden (Bahn, Post etc.),

Aufrechterhaltung und Ausbau des Lehrstellenangebotes im Bereich der verstaatlichen Unternehmungen,

Verstärkter Einsatz der Mittel der produktiven Arbeitsmarktförderung und der Beratungs- und Vermittlungstätigkeit der Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung zugunsten der Jugendbeschäftigung.

Zusammenarbeit mit den Arbeiterkammern und Handelskammern in allen Bundesländern zur Sichtung der bestehenden Lehrstellen und Ausarbeitung der Möglichkeit der Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen in der Privatwirtschaft.

Weiterführung der Gespräche mit den Verantwortlichen der Bankenkonzernbetriebe.

Stärkere Berücksichtigung eines Lehrstellenangebotes bei der Vergabe von öffentlichen Investitionsförderungen.

- 79 -

Außerdem werden die Möglichkeiten des Ausbaus von staatlichen Lehrwerkstätten, vor allem in strukturschwachen Gebieten, sowie die Errichtung von Lehrlingsheimen in Gebieten, in denen ein Überangebot an Lehrlingen besteht, geprüft. Damit wird ein Fangnetz für den Fall geschaffen, daß die Beschäftigung Jugendlicher unerwartet auf Probleme stoßen würde.

Die Erlassung von Ausbildungsvorschriften (Berufsbilder und Verhältniszahlenregelungen) sowie von Prüfungsordnungen für die Ablegung der Lehrabschlußprüfung wurde fast zur Gänze durchgeführt. Es sind nur mehr für wenige Lehrberufe mit sehr geringer Lehrlingszahl bzw. für Lehrberufe, in denen derzeit keine Lehrlinge ausgebildet werden, diese Vorschriften zu erlassen (und zwar bereits unter Bedachtnahme auf die diesbezüglich neue, durch die Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 geschaffene Rechtslage). Diese auf einläßlichen und zahlreichen Beratungen mit Vertretern der Sozialpartner beruhende Novelle (sowie die durch sie veranlaßte Gewerbeordnungs-Novelle 1978) ist im Bundesgesetzblatt unter der Nr. 232/1978 kundgemacht worden und hinsichtlich der meisten Bestimmungen am 1. 8. 1978 in Kraft getreten.

Als einige der Neuerungen seien genannt:

Die Einführung einer obligatorischen Ausbilderprüfung, die Schaffung neu und einheitlich organisierter Lehrlingsstellen sowie die von Landes-Berufsausbildungsbeiräten, der Ausbau der Mitwirkungsrechte der Kammern für Arbeiter und Angestellte, die Einführung der bescheidmäßigen Feststellung der Eignung des Betriebes für die Lehrlingsausbildung in den Fällen der erstmaligen Lehrlingsausbildung, die Ermöglichung der bescheidmäßigen Erhöhung oder Verringerung der Lehrlingshöchstzahl, die Ermöglichung der Durchführung von Ausbildungsversuchen u.a.

- 80 -

In Durchführung der Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 ist in der Folge die Ausbilderprüfungsordnung erlassen und unter BGBl. Nr. 433/1978 kundgemacht worden (die Erlassung einer Verordnung, mit der die Prüfungen, die die Ausbilderprüfung ersetzen, angeführt werden, ist in Vorbereitung).

Ebenso wurde in Realisierung des durch die Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 weiter ausgebauten Grundsatzes der Kostenfreiheit der Lehrabschlußprüfung für Lehrlinge die "Allgemeine Prüfungsordnung" für Lehrabschlußprüfungen, BGBl. Nr. 170/1974, entsprechend abgeändert (BGBl. Nr. 432/1978).

- 81 -

### Preispolitik

Für eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes ist auch eine Verminderung des Preisauftriebes wesentlich. Die Herabsetzung der Preissteigerungen war und ist eine der wichtigsten Zielsetzungen der Bundesregierung.

#### Preisentwicklung:

Österreich gehört zu den Ländern mit den geringsten Preissteigerungen. Als Ergebnis der Stabilitätspolitik können seit 1974 fallende Steigerungsraten verzeichnet werden.

Und zwar:

1974:	9,5 %
1975:	8,4 %
1976:	7,3 %
1977:	5,5 %
1978:	3,6 %

1977 wurde aufgrund der Konsumerhebung 1975 eine Revision des Verbraucherpreisindex durchgeführt. Die beiden letzten Konsumerhebungen (1954, 1955 und 1964) richteten sich ausschließlich an städtische Haushalte, meist in Gemeinden über 20.000 Einwohner. Die Konsumerhebung 1975 lieferte erstmals Ergebnisse, die auch für den ländlichen Raum und daher für die gesamte österreichische Bevölkerung repräsentativ sind. Außerdem wurde der Warenkorb des VPI erweitert und die Gewichtung den geänderten Lebensgewohnheiten angepaßt. Der VPI 1976 wird daher der tatsächlichen Preisentwicklung besser gerecht als der VPI 1966.

- 82 -

Das Preisregelungsgesetz 1957 und das Preistreibereigesetz 1959 wurden mit Wirkung vom 1. Juli 1976 durch das neue Preisgesetz abgelöst, sodaß das Preisrecht nunmehr in einem einzigen Gesetz zusammenfassend geregelt ist.

Das neue Gesetz sieht verstärkte Möglichkeiten des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie zur Preisregelung vor. Für bestimmte, nicht preisgeregelte Waren kann der Bundesminister bei betriebswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Erhöhungen, bzw. wenn Rohstoffpreissenkungen nicht weitergegeben werden, für die Dauern von sechs Monaten einen volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preis bestimmen. Dadurch ist es auch möglich, die Weitergabe von Zollsenkungen besser zu überwachen.

Eine bedeutsame Änderung brachte das neue Gesetz jedoch hinsichtlich der Preistreiberei, indem die früheren gerichtlichen Straftatbestände der allgemeinen Tendenz zur Entkriminalisierung des Strafrechtes folgend in Verwaltungsstraftatbestände umgewandelt wurden, sodaß die Preistreiberei nun ausschließlich von den Verwaltungsbehörden zu ahnden ist.

Mit 1. Juli 1978 trat das Bundesgesetz vom 23. Mai 1978, BGBl. Nr. 271, mit dem das Preisgesetz geändert wird, in Kraft. Es wurden hauptsächlich Vorschriften über die Ersichtlichmachung von Preisen abgeändert und ergänzt, außerdem die dritte Rechtsregel des § 14 Abs. 3 Preisgesetz durch eine Einfügung der herrschenden Spruchpraxis des VwGH angepaßt, und schließlich die Geltungsdauer des Preisgesetzes bis 30. Juni 1980 verlängert.

- 83 -

Die im Jahre 1972 aufgrund des Kartellgesetzes für bestimmte Warengruppen erlassene Nettopreisverordnung wurde bis 31. März 1979 verlängert (Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 15. März 1978, BGBI. Nr. 148).

**Preisüberwachung:**

Seitens der Landespreisbehörden erfolgte monatlich eine ausführliche, breitgestreute Information über festgestellte Preisveränderungen. Unternehmungen, welche Preiserhöhungen ohne Befassung des Preisunterausschusses der Paritätischen Kommission vorgenommen haben, wurden diesem gemeldet.

Das Schwerpunkteprogramm der zusätzlich durchgeführten Preis-erhebungen umfaßte:

Preiserhöhungen im Zusammenhang mit der Erhöhung des Umsatzsteuersatzes, bei Blumen und Grabschmuck im November und anlässlich der Bierpreiserhöhung. Im Dezember wurde die Preisauszeichnungspflicht im Einzelhandel in den Hauptverkehrsstraßen besonders überwacht.

Ab 1. Jänner 1977 wurde die bisherige monatliche Preisberichtserstattung durch gezielte Preiserhebungen ersetzt.

Jänner 1977	Röstkaffee im Lebensmitteleinzelhandel
Februar 1977	Kfz-Werkstätten, Gas-, Wasserleitungs- und Elektroinstallationsunternehmen. Verstärkte Beobachtung der Preisauszeichnung bei Schleppliftanlagen in Wintersportorten
März 1977	Käse, Österreichische Teebutter, Semmeln
April 1977	Fleischwaren
Juni 1977	Gaststätten
August 1977	Espressi, Kaffee-Konditoreien
September 1977	Parfümerie- und Drogeriewaren

- 84 -

Oktober 1977	Papier- und Schreibwaren
November 1977	Elektrogeräte
Dezember 1977	Für Dezember 1977 war anstelle einer gezielten Preiserhebung eine intensive Kontrolle der Preisauszeichnung vorgesehen, welche insbesondere die Hauptgeschäftsstraßen und jene Waren umfaßte, die als Geschenksartikel anzusehen sind.
Jänner 1978	Röstkaffee
Februar 1978	Fotcartikel
März 1978	Bier in Gaststätten
April 1978	Fleischwaren
Mai 1978	2. Bierpreiserhebung
Juni 1978	Wurstwaren (Lebensmitteleinzelhandel)
Juli 1978	Käse
August 1978	Preisauszeichnung in Fremdenverkehrsbetrieben
September 1978	Schreibwaren
Oktober 1978	Preisauszeichnung in Dienstleistungsbetrieben
November 1978	Elektrogeräte
Dezember 1978	Geschenkartikel in den Hauptgeschäftsstraßen Weiters wurden Erhebungen bezüglich der Zustellkosten bei Ofenheizöl in allen Landeshauptstädten durchgeführt.

### Konsumentenpolitik

Von den zahlreichen aufgrund der Gewerbeordnung 1973 erlassenen Durchführungsverordnungen - die Mehrzahl hatte die Festlegung des Befähigungsnachweises für bestimmte Gewerbe zum Gegenstand - soll besonders auf zwei Verordnungen, nämlich die Verordnung über Ausführungsregeln für das Gewerbe der Personalkreditvermittlung, BGBI. Nr. 304/1977 und die Verordnung über Ausführungsregeln für Immobilienmakler, BGBI. Nr. 323/1978 hingewiesen werden. In diesen beiden Verordnungen wird vor allem im Interesse des Konsumentenschutzes bestimmt, wie das Gewerbe der Personalkreditvermittlung bzw. das Gewerbe der Immobilienmakler auszuüben ist.

Dem Konsumentenschutz dient weiters die Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 8. Juni 1978 über die Zurückbehaltung von Waren durch die Zollämter, die ab 1. Juli 1978 in Kraft ist und die Zurückbehaltung von Waren ermöglicht, die aufgrund bestimmter Verordnungen kennzeichnungspflichtig sind, wenn diese Kennzeichnungen nicht oder nicht vollständig erfolgt sind.

Auch das Bundesgesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen, BGBI. Nr. 392, das mit 1. Oktober 1977 in Kraft trat, enthält eine Anzahl von Bestimmungen, die für den Verbraucher bedeutungsvoll sind, wie zum Beispiel Bestimmungen über die Versorgungspflicht und zur Sicherung der Nahversorgung. Ob und welche Maßnahmen zur Sicherung der Nahversorgung noch notwendig sein könnten, berät derzeit der vom Konsumentenpolitischen Beirat eingesetzte Ausschuß "Strukturwandel im Handel".

Am 15. November 1978 hat das 6. Konsumentenforum im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie stattgefunden, bei dem die bisherigen Erfolge der Konsumentenpolitik gewürdigt und Vorschläge für die weitere Politik auf diesem Gebiet erarbeitet wurden.

- 86 -

### Gewerbe und Fremdenverkehr

Mit 1. August 1974 ist die Gewerbeordnung 1973 in Kraft getreten. Sie hat die bis in das Jahr 1859 zurückreichende und durch zahlreiche Novellierungen unübersichtlich gewordene alte Gewerbeordnung abgelöst. Die Gewerbeordnung 1973 ist nach dem Grundsatz der Gewerbefreiheit ausgerichtet, die nur dort ihre Schranken findet, wo dies im öffentlichen Interesse geboten ist.

Seit dem Inkrafttreten der neuen Gewerbeordnung sind zahlreiche Durchführungsverordnungen entstanden. Weitere Durchführungsverordnungen zur Gewerbeordnung 1973 sind in Vorbereitung bzw. stehen vor ihrer Erlassung. Es handelt sich hiebei insbesondere um Verordnungen über den Befähigungsnachweis sowie über Ausübungsvorschriften für verschiedene Gewerbe. Diese Verordnungen sollen insbesondere zur Sicherung und zur Aufrechterhaltung eines entsprechenden Leistungsniveaus der betreffenden Gewerbe beitragen und dem Schutz der Kunden dienen (u.a. Verordnung über Ausübungsvorschriften für das Gewerbe der Personalkreditvermittlung, BGBl. Nr. 304/1977 und Verordnung über Ausübungsvorschriften für Immobilienmakler BGBl. Nr. 323/1978. In diesen Verordnungen wird vor allem im Interesse des Konsumentenschutzes bestimmt, wie das Gewerbe der Personalkreditvermittlung bzw. das Gewerbe der Immobilienmakler auszuüben ist).

Am 1. Jänner 1977 trat die Gewerberechtsnovelle 1976 in Kraft. Durch diese Novelle wurden die gewerberechtlichen Vorschriften an die durch die Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1974, BGBl. Nr. 444, bewirkte Abkürzung des administrativen Instanzenzuges in der mittelbaren Bundesverwaltung angepaßt. Ziel dieser Anpassung war, daß trotz der generellen Abkürzung des administrativen Instanzenzuges in der mittelbaren Bundesverwaltung in den Fällen, in denen dies aufgrund der Be-

deutung der Angelegenheit gerechtfertigt ist (vgl. Art. 103 Abs. 4 B-VG in der Fassung des Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1974), der administrative Instanzenzug insbesondere im Interesse einer bundeseinheitlichen Vollziehung in dritter Instanz bis zum Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie geht. In den Angelegenheiten, in denen in Hinkunft durch die Änderung der Verfassungsrechtslage der Instanzenzug beim Landeshauptmann enden wird, wird getrachtet werden, vor allem im Rahmen der jährlich stattfindenden Tagungen der Gewerbereferenten der Bundesländer, bei denen das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie den Vorsitz führt, die Verwaltungspraxis der Bundesländer abzustimmen.

Mit 1. Juli 1979 tritt die Gewerbeordnungs-Novelle 1978, BGBl. Nr. 233 in Kraft. Ausschließlicher Zweck dieser Novelle ist die Vornahme der notwendigen rechtlichen Anpassung mit Rücksicht auf die Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978, BGBl. Nr. 232. Im wesentlichen sind es Bestimmungen, die durch die Institutionalisierung der Ausbilderprüfung (vgl. die diesbezüglichen Ausführungen zu der Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 im Abschnitt Berufsausbildung) in der Gewerbeordnung 1973 erforderlich wurden und zwar insoweit, als die Ausbilderprüfung aus praktischen Erwägungen als eigener Prüfungsteil im Rahmen der Meisterprüfung und von Prüfungen im Sinne des § 22 Abs. 1 Z. 3 der GewO 1973 abgelegt werden soll.

Gewerbeförderung:

Für die beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie bestehende Gewerbeförderung konnten die Mittel seit 1974 wesentlich verstärkt werden.

Im Berichtszeitraum 1976 bis einschließlich 1978 wurden die bestehenden Aktionen um die Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen von bisher Unselbständigen erweitert. Die Förderungshöchstgrenze in dieser Aktion von derzeit S 500.000,-- im Einzelfall wird demnächst auf S 2,0 Mio. angehoben werden. Für den Fall des Zustandekommens von Vereinbarungen mit den dazu bereiten Bundesländern soll eine Förderung im Bereich über S 2,0 Mio. bis zu 4,0 Mio. ermöglicht werden.

Der einmalige Zuschuß zu einem aufgenommenen Bankkredit bis zu S 2,0 Mio. bzw. S 4,0 Mio. oder zu den nachgewiesenen Kosten der "Grundinvestition" bis zur selben Höhe soll von derzeit 12 % auf 15 % erhöht werden.

Weiters ist vorgesehen, daß der derzeitige Positivkatalog entfällt, sodaß mit Ausnahme von sogenannten "Bürobetrieben" und Betrieben, bei denen der Gewerbeantritt von einer Prüfung des Bedarfes oder der Konkurrenzverhältnisse abhängig ist, alle Betriebe antragsberechtigt sein werden.

Um Hinweise zu bieten, wo solche Betriebsgründungen besonders sinnvoll wären, wurde das Projekt des Instituts für Gewerbeforschung "Regionale Wirtschaftsbeobachtung" gefördert. Das Institut für Gewerbeforschung ist nunmehr in der Lage, den Bundesländern eine Reihe von Regionaldaten für das Gewerbe zur Verfügung zu stellen. Dem Amt der Niederösterreichischen Landesregierung wurde bereits eine Studie "Ausstattung mit nahversorgenden Gewerbezweigen und Tragfähigkeit der Niederösterreichischen Gemeinden nach ihrer zentralörtlichen Funktion" übergeben.

In der Förderungsaktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 ist ab 1978 eine Erhöhung der Förderungsobergrenze im Einzelfall von S 2,5 auf S 3,75 Mio. vorgenommen worden. Die notwendigen Mittel dazu werden ab 1. Jänner im Zuge der 2. Gewerbestrukturverbesserungsgesetznovelle durch Erhöhung der Zurverfügungstellung der Einnahmen aus der Bundesgewerbesteuer von 5 % auf 7,5 % abgesichert. Eine weitere Erhöhung der Förderungsobergrenze auf S 5 Mio. soll demnächst erfolgen. Für Rationalisierungs- und Betriebsberatung, Studien und Untersuchungen, Konsumentenschutz, Lehrlingsheime, Schulungsmaßnahmen, Staatspreise, Ehrenpreise und sonstige Subventionen wurden im Jahre 1976 S 21,8 Mio., 1977 S 26,4 Mio. und 1978 S 26,9 Mio. zur Verfügung gestellt (insgesamt für alle Bundesländer).

Die Betriebsberatung in der gewerblichen Wirtschaft (einschließlich Fremdenverkehr), die zusammen mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft durchgeführt wird, konnte wesentlich ausgebaut werden. Aufgrund der guten Erfahrungen, die dabei gewonnen wurden, ist eine weitere Forcierung wünschenswert, die Vorbereitungen für ein nächstes Zweijahresprogramm sind bereits angelaufen.

Die im Rahmen der bestehenden Förderungsaktionen - Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969, BÜRGES-Kleingewerbekreditaktion, Betriebsneugründungen und -übernahmen, Gemeinsame Kleingewerbekreditaktion - in der Zeit vom 1. Jänner 1976 bis 30. November 1978 geleisteten Förderungen für das Bundesland sind der folgenden Liste zu entnehmen.

## BÜRGES-Kleingewerbekreditaktion (Stammaktion)

Jahr	Anzahl der Förderungsfälle	Gefördertes Kreditvolumen	davon Fremdenverkehr:	
			Anzahl der Förderungsfälle	Gefördertes Kreditvolumen
1976	672	115,876.000,--	73	11,995.000,--
1977	687	126,540.000,--	72	12,291.000,--
1978 +)	692	190,252.000,--	82	19,743.000,--

## Zuschüsse nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969

Anzahl der Förderungsfälle	Gefördertes Kreditvolumen	Kreditkostenzuschuß einschl. Haftg. Kosten	Anzahl der Förderungsfälle	davon Fremdenverkehr:	
				Gefördertes Kreditvolumen	Kreditkostenzuschuß einschl. Haftg. Kosten
1976	296	329,822.000,--	34,958.000,--	9	8,600.000,--
1977	282	337,385.000,--	35,856.000,--	12	14,200.000,--
1978 +)	277	403,575.000,--	42,322.178,--	19	34,130.000,--

## Betriebsneugründungen und -übernahmen (einschl. FV)

Jahr	Anzahl der Förderungsfälle	Gefördertes Kreditvolumen
1977	29	10,379.000,--
1978 +)	37	12,427.000,--

## Gemeinsame Kleingewerbekreditaktion - Bundesquote

1976	2,034.000,--
1977	2,631.000,--
1978 +)	2,337.000,--

+) 1.1.1978 - 30.11.1978

## Sonstige Subventionen

Gesamtbetrag (für alle Bundesländer)

1976	21,8 Mio.
1977	26,4 Mio.
1978 +)	26,9 Mio.

### Fremdenverkehrsförderung

Die mit Beginn der sogenannten "Energiekrise" international aufgetretenen allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind auch in den für den österreichischen Fremdenverkehr wichtigen Herkunfts ländern nicht ohne Einfluß geblieben. Dies hatte auch Auswirkungen auf den österreichischen Fremdenverkehr.

Saisonal gesehen ergeben sich deutliche Unterschiede in der Entwicklung zwischen Sommer- und Winterfremdenverkehr. Während der Wintertourismus ohne Unterbrechung zunahm (relative Veränderungen jeweils gegenüber dem Vorjahreszeitraum: 1973/74 + 8,5 %; 1974/75 + 12,0 %; 1975/76 + 5,7 %; 1976/77 + 4,1 %; 1977/78 + 7,6 %) sind beim Sommerfremdenverkehr seit 1973 Tendenzen einer Stagnation bzw. eines mäßigen Rückganges festzustellen. Ausgenommen ist der Sommer 1975, welcher gegenüber dem Sommer 1974 mit einer Zunahme der Gästenächtigungen von 3,5 % abschloß. Die Ursachen für diese Entwicklung sind auf die allgemeine wirtschaftliche Situation vor allem in der BRD, die Verschiebungen der Währungsparitäten besonders gegenüber Großbritannien, USA und Italien, aber auch auf die Schlechtwetterperioden, besonders für das Sommerurlaubspublikum, zurückzuführen. Eine Unterbrechung, vielleicht eine Wende, hat diese Tendenz mit dem Sommer 1978 erfahren, der wieder eine, wenn auch geringe Zunahme (ca.+0,5 %) brachte.

Durch diese Entwicklung zwischen Winter- und Sommertourismus hat sich jedenfalls der Anteil des Winterfremdenverkehrs am Gesamtfremdenverkehr weiterhin erhöht und liegt nunmehr, gerechnet nach der Nächtigungsstatistik, bei 34 %. Die gute Wintersaison 1977/78, das positive Ergebnis der Sommersaison 1978 und die guten Aussichten für den laufenden Winter lassen für das Jahr 1978 insgesamt einen neuen absoluten Fremdenverkehrsrekord erwarten.

- 92 -

Entsprechend der Regierungserklärung 1975 wurde das "Fremdenverkehrs-Förderungsprogramm 1971 bis 1980" weiter durchgeführt. Unter Berücksichtigung der Entwicklungen im Tourismus wurde das "Arbeitsprogramm Fremdenverkehr 1975 bis 1980" erstellt, in welchem die Schwerpunkte der Fremdenverkehrspolitik des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie zusammengefaßt wurden. Beide Unterlagen wurden u.a. dem im November abgehaltenen Österreichischen Fremdenverkehrstag 1976 in Eisenstadt vorgelegt. Die Empfehlungen des Österreichischen Fremdenverkehrstages bilden jedenfalls die Leitlinien für die Fremdenverkehrspolitik der nächsten Jahre.

Im Berichtszeitraum ist die Prämienaktion "Jederzeit warme Küche" angelaufen, die über die Förderung von Investitionen im Küchengerätebereich die Abgabe von warmen Speisen während der gesamten Öffnungszeit des Betriebes erleichtern soll.

Die neuen Richtlinien für die Fremdenverkehrs-Kreditaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie (Hausaktion) sehen als Förderungsschwerpunkt Investitionsvorhaben vor, die der Schaffung von Einrichtungen für Spiel, Unterhaltung sowie Sport unter Dach (Tennis- und Reithallen, Hallenbäder, Kinderspielplätze, Planschbecken, Wander- und Aussichtswände u.a.m.) dienen. Durch diese Einrichtungen soll die vorhandene Unterkunftskapazität besser ausgenutzt werden. Die Schaffung neuen Bettenraumes hingegen soll nur mehr in Entwicklungsgebieten oder bei wesentlicher Strukturverbesserung gefördert werden.

Die Richtlinien für eine neue Aktion "Zuwendungen für Fremdenverkehrsbetriebe an Seen", die eine Förderung von Fremdenverkehrsbetrieben zum Ziel hat, wenn diese durch Gebühren für den Anschluß an Kanalisationssanlagen zur Reinhaltung österreichischer Seen wirtschaftlich erheblich belastet sind, stehen seit 1.3.1978 in Kraft.

- 93 -

Für Fremdenverkehrsstudien und Untersuchungen sowie sonstige Subventionen (Ausbau und Erhaltung von Schutzhütten und Jugendherbergen, Werbemaßnahmen für Fremdenverkehrsattraktionen) wurden im Jahre 1975 9,8 Mio. S, 1976 10,6 Mio. S, 1977 9,7 Mio. S und 1978 (bis incl. 30.11.) 6,6 Mio. S zur Verfügung gestellt (insgesamt für alle Bundesländer).

Die im Rahmen der bestehenden Förderaktionen in der Zeit vom 1.1.1975 bis 30.11.1978 geleisteten Förderungen für das Bundesland sind der folgenden Liste zu entnehmen.

## Sektor Fremdenverkehr

Bundesland: N I E D E R Ö S T E R R E I C H

(Beträge in Tausend S)

## I. Gefördertes Kreditvolumen

Jahr	Hausaktion	BÜRGES-Stammakt.	GSTVG <sup>1)</sup>	FVSoKA <sup>2)</sup>	FAG	ERP	ERP-Ersatz	Summe
1975	195 151,334	53 6,766	13 12,800	149 96,210	5 22,250	2 9,000	1 10,000	418 308,360
1976	11 18,800	73 11,995	9 8,600	154 49,854	- --	8 63,100	2 15,000	257 167,349
1977	5 8,400	72 12,291	12 14,200	178 58,604	- --	1 4,000	3 25,750	271 123,245
1978+)	107 78,000	82 19,743	19 34,130	195 87,659	- --	2 7,000	1 25,000	406 251,532
	318 256,534	280 50,795	53 69,730	676 292,327	5 22,250	13 83,100	7 75,750	1352 850,486

## II Sonstige Zuschüsse

Jahr	KoZIA <sup>3)</sup>	JWK <sup>4)</sup>	FAG	Zweckzuschüsse an Länder	Sicherungsfälle	Summe
1975	227 8,974	- -	8 3,723	211	1 1,000	236 13,908
1976	227 8,125	- --	13 5,688	190	3 729	243 14,732
1977	269 10,402	294 3,433	10 6,178	198	3 1,044	576 21,255
1978+)	237 10,099	283 2,642	17 6,618	--	3 511	540 19,870
	960 37,600	577 6,075	48 22,207	599	10 3,284	1595 69,765

= 94 =

+) 1.1.-30.11.

1) Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969

2) Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion

3) Komfortzimmeraktion

4) Aktion "Jederzeit warme Küche"

- 95 -

### Industriepolitik

Sowohl kurzfristige Konjunkturabschwächungen als auch langfristige Wandlungen der Wirtschaftsstruktur zeigen in entwicklungs- und strukturschwachen Gebieten verstärkte negative Auswirkungen. Um diesen geänderten wirtschaftlichen Voraussetzungen Rechnung zu tragen, wurde bereits 1972/73 eine Erhebung dringlicher Fälle der regionalen Industriepolitik durchgeführt. Im Jahre 1976 wurde in allen Bundesländern diese Umfrage wiederholt. Die Auswertung dieser Erhebungsergebnisse dient allen denjenigen Stellen, die sich mit der Finanzierung und Förderung der österreichischen Industrie in den einzelnen Bundesländern befassen, als Entscheidungshilfe.

Im Rahmen der im Jahre 1973 geschaffenen Aktion für die Unternehmungen der Zellstoff- und Papierindustrie zur Durchführung von Umweltschutz- und Strukturverbesserungsmaßnahmen, die auch für Niederösterreich von großer Bedeutung ist, wurde sowohl der Förderrahmen für Umweltschutzkredite (1,8 Mrd. S) als auch für Strukturverbesserungskredite (210 Mio. S) fast zur Gänze ausgeschöpft.

Mit Ministerratsbeschuß vom 4. Juli 1978 wurde eine weitere Förderungsaktion für die Zellstoff- und Papierindustrie zur Durchführung von Strukturverbesserungsmaßnahmen ins Leben gerufen. Das geförderte Kreditvolumen beträgt 3 Mrd. S. Die Aktion ist bereits angelaufen.

Auf besonderem Wunsch der Bundesländer Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark wurden für das Gebiet der "Eisenwurzen" Beratungstage abgehalten. Am 16. Mai 1977 fanden diese Informations- und Beratungstage in Waidhofen/Ybbs für den niederösterreichischen Teil der Eisenwurzen, am 17. Mai 1977 in Weyer für den oberösterreichischen und steirischen Teil der Eisenwurzen statt.

Diese Beratungsaktionen haben den Zweck, die Betriebe über begünstigte Finanzierungsmöglichkeiten durch die Finanzierungseinrichtungen zu informieren und im Falle konkreter Investitionsvorhaben auch individuell zu beraten. Bei einigen Firmen mit mehr als 100 Arbeitnehmern fanden auch unter Teilnahme von Vertretern lokaler Behörden und Stellen Betriebsbesuche statt, um die von den Firmen bekanntgegebenen Probleme an Ort und Stelle zu besprechen und Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Besonderes Augenmerk wurde seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie darauf gelegt, Klein- und Mittelbetriebe bei der Erlangung begünstigter Investiskredite zu unterstützen. Im Zuge dieser Bemühungen wurden die Betriebe nicht nur über die ihnen zur Verfügung stehenden bundesweiten Finanzierungsinstrumente beraten, sie wurden auch mit den für das jeweilige Investitionsprojekt in Frage kommenden Bundesinstitutionen in Kontakt gebracht.

In Zusammenarbeit mit den bundesweiten Finanzierungseinrichtungen organisierte das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie im November 1978 in Zwettl und Hollabrunn eine weitere Beratungsaktion, die vor allem für Klein- und Mittelbetriebe gedacht war.

Für die österreichische Sägeindustrie veranstaltete das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie gemeinsam mit den Wirtschaftsförderungsinstituten eine Beratungsaktion, welche auch den betreffenden niederösterreichischen Betrieben zugute kam.

Der Wiederverwertung von Alt- und Abfallstoffen werden seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie im Hinblick auf die gebotene Sparsamkeit bei der Nutzung der Rohstoffquellen, im Hinblick auf die Ausnutzung der gegebenen Möglichkeiten zur Entlastung der Zahlungsbilanz sowie im Hinblick auf die Erfordernisse des Umweltschutzes besondere Bemühungen gewidmet. So wird gegenwärtig mit Hilfe der Österreichischen Produktionsförderungsgesellschaft (ÖPG) bundesweit die Sammlung und der Abtransport wiederverwertbarer Alt- und Abfallstoffe (vorerst Papier und Glas) organisiert

Im Sinne der von der Bundesregierung angestrebten Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung war die im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingerichtete Informationsstelle für öffentliche Aufträge in Zusammenarbeit mit den Beschaffungsämtern des Bundes bemüht, eine möglichst gezielte Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand zu erreichen, um solchen Unternehmen zu helfen, die kurzfristig Auftragslücken zu verzeichnen hatten und für die ein Auftrag ein wichtiger Impuls zur Wirtschaftsbelebung darstellt. In diesem Sinne wurden Betriebe aus den verschiedensten Bundesländern in ihrem Bestreben, Aufträge der öffentlichen Hand zu erhalten, unterstützt.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie war und ist weiterhin darum bemüht, europäische Produzenten von Kraftfahrzeugen für einen verstärkten Bezug von Einzelteilen und Hilfsstoffen aus Österreich für ihre Erzeugung zu gewinnen.

- 98 -

Die seit Anfang 1977 gesetzten Aktivitäten hatten steigende Zulieferungen von heimischen Erzeugern an ausländische Automobilhersteller zur Folge.

Als Beispiel sei hier eine Auflistung über die Entwicklung von Einkäufen der VW-Audi-Gruppe in Niederösterreich für die Jahre 1976 bis 1978 mit einer Vorschau auf 1979 angeführt:

Firma	In Tausend DM				
	Umsatz 1976	1977	Planung 1978	Realisiert bis 30.9.78	Planung 1979
DEKALIN-Klebstoff Chemie	-	101	950	459	900
Stollack AG.	235	137	140	138	200
M.Schmid & Söhne	-	962	1.100	932	1.100
Semperit AG. (Direktlieferung) (Beistellung)	7.296 2.600	5.975 6.642	10.240 2.500	6.164 2.167	15.000 1.200

Als weiteres Ergebnis wäre hier auch das Engagement der Firmen Fichtel & Sachs, Wiener Metallwerke AG und Porsche/Salzburg beim VW-Werk Möllersdorf hervorzuheben.

Die Firma Semperit verhandelt über Reifenzulieferungen für die Erstausstattung von Kraftfahrzeugen mit den Firmen Ford/Deutschland und Opel sowie mit japanischen KFZ-Herstellern, wobei mit den Geschäftspartnern in Fernost gute Abschlüsse in Aussicht stehen.

- 99 -

Die Informationsstelle für Investoren dient schon seit Jahren der österreichischen Wirtschaft zur Erleichterung der Investitionsentscheidungen. Es wird versucht, durch Förderung von wertschöpfungsintensiven Produktionsinvestitionen die sektorale Industriesstruktur Österreichs praxisnahe zu verbessern. Ebenso werden regionale Aspekte beachtet. Im Vordergrund steht jedoch der Gedanke der Schaffung von Arbeitsplätzen in wachstumsorientierten Wirtschaftsbereichen.

Die Informationsstelle für Investoren arbeitet hiebei eng mit den in Frage kommenden Dienststellen des Bundes und der Länder, den in verschiedenen Bundesländern bestehenden Betriebsansiedlungsgesellschaften, den Interessensvertretungen, den in- und ausländischen Vertretungsbehörden, Bankinstituten und ähnlichen Stellen zusammen.

Ein wichtiger Tätigkeitsbereich der Informationsstelle ist auch die Vermittlung von Kontakten zwischen Standortbietern und potentiellen Investoren sowie zwischen Beteiligungs- bzw. Kooperationswerbern.

In der laufenden Legislaturperiode wurden für Niederösterreich 8 Standortangebote in Evidenz genommen. Dazu konnten 39 Kontakte hergestellt werden.

Für die im selben Zeitraum in Evidenz genommenen 18 potentiellen ausländischen Investoren bzw. Kooperationswerber wurden 42 Kontakte mit Interessenten bzw. Standortbietern in Niederösterreich hergestellt.

Als Erfolg dieser Bemühungen kann zumindest in einem Falle die Gründung eines Erzeugungsbetriebes durch einen ausländischen Investor in Niederösterreich nachgewiesen werden.

Für zwei weitere bedeutende niederösterreichische Unternehmen ist die Informationsstelle nunmehr seit Jahren laufend tätig, um im Sinne eines strukturverbessernden Effektes geeignete Kooperationspartner ausfindig zu machen.

- 100 -

Wesentlich für die Tätigkeit der Informationsstelle ist auch die Öffentlichkeitsarbeit. Die im In- und Ausland erscheinenden Publikationen über Investitionsvoraussetzungen in Österreich werden laufend erneuert. Es sind dies das "Handbuch für Investoreninformation", "Investitionen in Österreich rentieren sich" und "Förderung der Wirtschaftsentwicklung in Österreich".

Durch die Tätigkeit der Informationsstelle konnte auch der "MITTLER FÜR INDUSTRIEANSIEDLUNG - Jahresschrift für Industriekontakt und kommunale Planung", herausgegeben vom Deutschen Adressbuchverlag, Darmstadt, der Werbung Österreichs um ausländische Investoren dienstbar gemacht werden, wobei in der sechsten Ausgabe, 1975, und in der siebenten Ausgabe, 1976 - nach einem einleitenden informativen Artikel des Herrn Bundesministers über Investitionsmöglichkeiten, Investitionsvoraussetzungen und Investitionsförderungen in Österreich. Das Bundesland Niederösterreich kam in einem von der Landesregierung zur Verfügung gestellten Inserat ebenfalls zu Wort.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat eine Reihe von Studien und Untersuchungen in Auftrag gegeben bzw. finanziell gefördert, die der Industrie in den einzelnen Bundesländern Entscheidungsgrundlagen und Entscheidungshilfen bieten.

Im einzelnen sind folgende Projekte anzuführen:

\* Marktuntersuchung für die österreichische Besteckindustrie (1976).

Ziel dieser Studie ist es, eine Entscheidungsgrundlage für die heimischen Unternehmen bezüglich Ab-

- 101 -

satzchancen auf dem Inlandsmarkt sowie auf den Exportmärkten zu schaffen und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber ausländischen Erzeugungsbetrieben zu analysieren.

\* Marktuntersuchung für die Österreichische Email-industrie (1976).

Diese Untersuchung analysiert die Import-, Export-, Konkurrenz- und Kostensituation auf den Sektoren Emailgeschirr, Sanitär- und hygienische Artikel. Sie kommt besonders Firmen in Wien, Niederösterreich und Kärnten zugute.

\* Gemeinschaftsprojekt Emailindustrie.

Dieses Projekt stellt eine Fortführung der oben angeführten Marktuntersuchung dar und berücksichtigt die Ergebnisse dieser Untersuchung (Notwendigkeit enger Kooperation auf dem In- und Auslandsmarkt). Das in Rede stehende Gemeinschaftsprojekt ist eine Untersuchung der Aspekte der Kooperationsbasis und -möglichkeiten aus der Sicht der betroffenen Unternehmen.

\* Quantex-Studien einschließlich Trendstudien und kurzfristige Vorschauen über Produktionsveränderungen in der Textilindustrie.

Diese Studien stellen wichtige Orientierungsunterlagen für die Österreichische Textilwirtschaft dar.

\* Strukturanalyse der Österreichischen Lederwaren- und Kofferindustrie.

- 102 -

- \* Prospektivstudie für die Erzeuger flexibler Verpackungen.
- \* Marktuntersuchung für die Schraubenindustrie.
- \* Studie über Unternehmensplanung in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie, Nichteisen-Metallindustrie und Elektroindustrie.
- \* Marktuntersuchung für die Erzeugung von Aluminiumfenstern.
- \* Beratungsaktion "Unternehmensplanung betreffend Erzielung von Emissionsminderungen in der Eisen- und Metallwarenindustrie".
- \* Beratungsaktion für die Sägeindustrie.

Folgende Studien wurden in Auftrag gegeben, sind aber noch nicht fertiggestellt:

- \* Untersuchung über Organisationsformen im Baugewerbe.
- \* Produktionsentwicklung für künftige Marktbedürfnisse.
- \* Technologietransfer.
- \* Forschungsvorhaben über abfallholzgefeuerte Dampfkessel.
- \* Förderung eines Marketingprojektes der Schuhindustrie.

- 103 -

Messe-, Ausstellungs-, Werbe- und Verpackungswesen  
 In der laufenden Legislaturperiode gewährte Subventionen

	1975	1976	1977	1978
<u>Für alle Bundesländer ge- währte Förderungszuwendungen:</u>				
Arbeitsgem. österr. Messen "ARGE-Werbeprospekt"	40.000,-	(76) 160.000,-	(77) 164.724,-	170.000,-
WIFI d. Bundeskammer d.g.W. "Österreichwoche i. Inland"	50.000,-	70.000,-	-	-
Ö. Institut f. Verpackungswesen "Staatspreisaktion f. vor- bildliche Verpackung"	60.000,-	130.000,-	130.000,-	130.000,-
Ö. Werbewissenschaftl. Ges. "Staatspreisaktion f. Werbung"	70.000,-	70.000,-	70.000,-	80.000,-
"Werbewissenschaftl. Tagung"	50.000,-	50.000,-	60.000,-	60.000,-
Bundeskammer d.g.W. u. sonstige Förderungswerber (Unterstützung österr. Aus- stellungen im In- u. Ausld. sowie der Österreichwo- chen im Ausland)				
Sonderausstellung "Einzelraumbeheizung"	200.000,-	-	-	-
Verband der Köche Österr.	-	40.000,-	-	-
Österr. Filmarchiv	-	100.000,-	-	-
<u>Für einzelne Bundesländer ge- währte Förderungszuwendungen (Österr. Messen-Planungskosten)</u>				
Dornbirner Messe	1.000.000,-	1.000.000,-	-	-
Grazer Südost-Messe	400.000,-	600.000,-	1.000.000,-	1.000.000,-
Innsbrucker Messe	54.780,-	77.525,-	-	-
Klagenfurter Messe	800.000,-	228.344,-	210.280,-	-
Rieder Messe	150.890,-	12.992,-	32.500,-	-
Welser Messe	408.925,-	-	188.925,-	366.631,-
Wr. Internationale Messe	466.443,-	725.771,-	-	670.348,-
Wr. Neustädter Aus- stellungsverein	-	-	41.489,-	-

Stärkeförderung

Förderungen nach dem Stärkeförderungsgesetz 1969, BGBI. Nr. 154, werden im Wege der Stärkeindustrie flüssig gemacht. Lag das Förderungsziel in den Jahren 1970 bis 1972 in der Sicherung der Stärkeerzeugung und der Kartoffelverwertung und damit mittelbar auch in der Sicherung des Kartoffelanbaus, so kam ab dem Jahre 1973 als Förderungsziel die Sicherung des Absatzes von bestimmten Erzeugnissen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Papier- und der papierverarbeitenden Industrie dazu.

Wegen dieser verschiedenen Zielsetzungen und der ständigen vornehmlich durch Preisschwankungen auf dem Weltmarkt bedingten Änderungen der Rohstoffpreisdisparität bei Stärke ist die Zurechnung der Förderungen zu Unternehmen oder Betrieben der betroffenen Branchen schwierig. Eine solche Zurechnung ist aber die Voraussetzung für die Aufteilung der Gesamtförderung nach Bundesländern. Bei der Zurechnung wurde daher folgender Weg gewählt:

1. In Aufstellung I wurde die Förderung denförderungswertenden Unternehmen entsprechend dem Standort deren einzelnen Betriebe zugerechnet. Es wurden dabei nur die stärkeproduzierenden Betriebe berücksichtigt, wobei die den Stärkeverarbeitungsindustrien zukommenden Förderungen darin auch enthalten sind.
2. In Aufstellung II scheinen diejenigen Förderungsmittel auf, welche der Stärke zugewendet wurden, die in den Stärkeverarbeitungsindustrien weiterverarbeitet wurde. Es erfolgte diesbezüglich zusätzlich eine Aufteilung nach den Betriebsstandorten dieser Industrien.

- 105 -

An das Bundesland Niederösterreich wurden folgende Förderungen geleistet:

	In der Zeit vom	
	1.10.1975 - 30.6.1977	1.7.1977 - 30.9.1978
<u>Aufstellung I:</u>	S 122,489.343,--	S 83,948.319,--
<u>Aufstellung II:</u>	S 13,241.134,--	S 10,792.245,--

- 106 -

### Gewerblicher Rechtsschutz

Ein Hauptanliegen der österreichischen Wirtschaft ist die Verbesserung des Innovationsprozesses. Der Verwirklichung dieses Ziels dienen insbesondere die Aktivitäten des Österreichischen Patentamtes und der Arbeitsgemeinschaft für Patentförderung.

Das Österreichische Patentamt trägt durch seine umfangreiche Dokumentation zur technologischen Infrastruktur Österreichs erheblich bei. Die Bibliothek des Patentamtes verfügt derzeit über etwa 22 Millionen Patentdokumente (jährlicher Zuwachs etwa 1 Million Patentdokumente), 36 Patentblätter, 365 technische und juristische Fachzeitschriften sowie über 28.000 Bücher und Monographien.

Die Serviceleistungen des Österreichischen Patentamtes wurden weiter ausgebaut.

Neben der Möglichkeit, Gutachten über den Stand der Technik bezüglich eines konkreten technischen Problems (Recherchen) zu erhalten, können für die Wirtschaft aufgrund der am 1. August 1977 in Kraft getretenen Patentgesetz-Novelle auch Gutachten über die Frage erstellt werden, ob eine patentfähige Erfindung gegenüber dem vom Antragsteller bekanntgegebenen oder vom Patentamt zu recherchierenden Stand der Technik vorliegt. Keine der beiden Arten von Gutachten setzt die Tätigung einer Patentanmeldung voraus.

Durch die am 1. Mai 1978 in Kraft getretene Patent- und Markenverordnung wurde die Möglichkeit geschaffen, diejenigen Patentanmeldungen abzufragen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes bzw. innerhalb eines bestimmten Zeitraumes in einer bestimmten Klasse bzw. von einem bestimmten Anmelder eingereicht wurden.

- 107 -

Die Arbeitsgemeinschaft für Patentförderung, der als ordentliche Mitglieder die Republik Österreich, vertreten durch den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, und die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft angehören, erfüllt folgende Aufgaben:

1. unentgeltliche Beratung österreichischer Erfinder über sachliche und formale Voraussetzungen für Patentanmeldungen im In- und Ausland;
2. Aufklärung über Förderungsmöglichkeiten für Erfindungen und Entwicklungen;
3. finanzielle Förderung für Patentanmeldungen österreichischer Erfinder, insbesondere im Ausland, soweit diese nicht schon ausreichend öffentlich gefördert werden;
4. Hilfe bei der Patentverwertung, insbesondere durch Zusammenführung von Patentinhabern und an einer Lizenznahme Interessierten;
5. Herausgabe von Publikationen zwecks Information der Erfinder, Patentanmelder und Patentinhaber.

An die Arbeitsgemeinschaft für Patentförderung wurden seit ihrer Gründung bis 31.12.1978 insgesamt 1.893 Erfindungsfälle herangetragen.

Die Aufgliederung auf die einzelnen Jahre für Österreich bzw. das Bundesland Niederösterreich zeigt folgendes Bild:

	1974	1975	1976	1977	1978	Insgesamt
Nieder- österreich	8	39	55	56	41	199
Österreich- gesamt	105	377	595	397	419	1.893

Auch die ebenfalls am 1. August 1977 wirksam gewordene Markenschutzgesetz-Novelle dient der Förderung der heimischen Wirtschaft.

- 108 -

Durch die sogenannte "freie Übertragbarkeit" (Übertragung einer Marke ohne dazugehöriges Unternehmen) wird den Erfordernissen des modernen wirtschaftlichen Lebens besser Rechnung getragen.

Die schriftlichen Auskünfte darüber, ob ein bestimmtes Zeichen Marken, deren Waren und Dienstleistungen in die im Antrag bezeichneten Klassen fallen, möglicherweise gleich oder ähnlich ist, wurden auf eine neue Basis gestellt: Solche Auskünfte können nunmehr entweder einmalig oder laufend (für jedes halbe Jahr, für jedes Jahr oder für alle zwei Jahre) beantragt werden.

Energiepolitik und Bergbau

Das von Österreich am 18. November 1974 unterzeichnete "Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm (IEP)", das die Mitgliedschaft in der Internationalen Energieagentur (IEA) begründet, wurde am 30. Juni 1976 ratifiziert und ist damit für Österreich voll in Kraft getreten.

Das Übereinkommen sieht ein Notstandsprogramm zur kollektiven Sicherung der Energieversorgung der Teilnehmerstaaten in künftigen Krisenfällen und den Rahmen für eine langfristige internationale Zusammenarbeit auf dem Energiesektor, etwa bei der rationellen Energienutzung und der Erschließung neuer Energiequellen, vor. Weiters setzt sich das Übereinkommen zum Ziel, einen Dialog mit den Ölförderstaaten und mit anderen Verbraucherstaaten, insbesondere Entwicklungsländern, vorzubereiten, um eine weltweite Stabilisierung der Energieversorgung zu erreichen.

Durch das Erdöl-Bevorratungs- und Meldegesetz BGBl. Nr. 318/76 und das Energielenkungsgesetz BGBl. Nr. 319/76 sind die wesentlichen Voraussetzungen für die Erfüllung der aus der Mitgliedschaft am "Übereinkommen über ein internationales Energieprogramm" erwachsenden Pflichten geschaffen. Es konnte daher die Ratifizierungsurkunde über den Beitritt zu diesem Übereinkommen am 30. Juni 1976 hinterlegt werden. Auf Grund des Erdöl-Bevorratungs- und Meldegesetzes wurde in der Zwischenzeit mit dem systematischen Aufbau von Krisenlagern an Erdöl und Erdölprodukten begonnen. Damit wird in Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen auch ein wesentlicher Beitrag zur wirtschaftlichen Landesverteidigung gesetzt.

Die Bundesregierung ist nach wie vor bemüht, die Transportsysteme für Rohöl und Erdgas zu verbessern. Insbesondere wird dem Bau entsprechender Rohrleitungen große Aufmerksamkeit gewidmet.

- 110 -

So führen in zunehmendem Maße auch internationale Rohrleitungen über österreichisches Hoheitsgebiet.

Für die Sicherung der Auslandsbezüge an Energie wurden die Planungsarbeiten an der West-Austria-Gaspipeline eingeleitet und zügig vorangetrieben. Die Bauarbeiten an der Süd-Ost-Leitung (Marburg - Agram) werden bereits in Angriff genommen. Durch diese Maßnahmen erhält Österreich auch eine wichtige Verbindungsfunction zwischen den ost- und westeuropäischen Gasversorgungsnetzen.

Die Bemühungen um den Erdgasimport aus Persien sind vorerst soweit gediehen, daß das Projekt durch Unterzeichnung der Grundsatzverträge mit Persien und der UdSSR abgeschlossen ist und die Lieferungen im Jahre 1981 beginnen sollen.

Der österreichische Energieplan, der erstmals Anfang 1975 vom Ministerrat zur Kenntnis genommen wurde, wurde im Juli 1976 einer ersten Aktualisierung unterzogen. Eine weitere zeitgemäße Ergänzung ist derzeit in Vorbereitung.

Der Energieplan enthält als Schwerpunkte:

- Weitestgehende Nutzung der heimischen Energiequellen
- Sicherung der unerlässlichen Importe
- Aufbau einer ausreichenden Bevorratung

Die Untersuchung über die Versorgung Vorarlbergs, Tirols und Salzburgs mit Erdölprodukten und Erdgas ist im Einvernehmen mit den betreffenden Landesregierungen abgeschlossen und in Form einer Broschüre vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie herausgegeben worden. Derzeit ist eine solche Untersuchung für das Land Oberösterreich in Vorbereitung, der eine für den Raum Steiermark/Kärnten und Wien, Niederösterreich und Burgenland folgen. Diese Studien werden u.a. die Grundlage für die Dispositionen von Lagern für Pflichtnotstandsreserven für diese Länder liefern, wodurch deren Versorgungssicherheit erhöht wird.

In der laufenden Legislaturperiode wurde zur Frage der Kernenergie eine umfassende Informationskampagne durchgeführt. Als vorbereitende Information zu dieser Veranstaltungsreihe wurde vom Bundespressedienst die Broschüre "Kernenergie - Ein Problem unserer Zeit" herausgegeben. Auf der Grundlage des Ergebnisses der Informationskampagne wurde der Regierungsbericht erstellt.

In den Jahren 1976 bis 1978 wurden seitens des Bundes im Bereich des Kraftwerksbaues der Donaukraftwerke AG folgende Beiträge geleistet:

- Für das Donaukraftwerk Altenwörth 550 Mio. S (für den Bau von Mehrzweckanlagen wie z.B. Ausbau der Wasserrinne im Hinblick auf die Erfordernisse des "Europakahnes" oder Ufersanierung, die sinnvollerweise im Zuge des Kraftwerksbaues errichtet wurden, wurde vom Bundesministerium für Finanzen darüberhinaus 1 Mio. S refundiert).
- Für das Donaukraftwerk Melk, dessen Bau im Frühjahr 1978 beschlossen wurde, wird der Bund 400 Mio. S zur Verfügung stellen (die Refundierung für Mehrzweckanlagen wird 1,85 Mrd. S betragen).

Darüber hinaus hat die Verbundgesellschaft für eine 220/380 kV-Leitung von Dürnrohr nach Altenwörth, Ybbs und Wien-Süd 880 Mio. S aufgewendet, wovon auf den Berichtszeitraum 600 Mio. S entfallen. Für den Netzausbau im Raum Niederösterreich hat die Verbundgesellschaft im Berichtszeitraum 300 Mio. S investiert.

Für die Förderung von Kleinkraftwerken wurden im Berichtszeitraum 300.000,- S an begünstigten Bundesdarlehen (Zinssatz 3 % p.a., Laufzeit 12 Jahre) zur Verfügung gestellt.

- 112 -

Österreich ist bei der Versorgung mit mineralischen Roh- und Grundstoffen derzeit etwa zu einem Drittel auf Importe angewiesen.

In Anbetracht der internationalen Entwicklung auf den Rohstoffmärkten und der sich daraus ergebenden Probleme wurde ein Programm für eine intensive Durchforschung des Bundesgebietes nach mineralischen Rohstoffen entwickelt, das in den nächsten Jahren durchgeführt werden soll.

Hiezu wurden 1978 erstmals im Bundesfinanzgesetz für die Vollziehung des Lagerstättengesetzes 10 Mio. S bereitgestellt.

Um eine bestmögliche Auswahl der Untersuchungsprojekte sicherzustellen, wurden Koordinationskomitees mit den Bundesländern, so auch mit Niederösterreich gebildet. Diesem Komitee gehören je 5 Vertreter des Bundes (Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Bundeskanzleramt) und des Landes an.

1978 wurden im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sowie dem Amt der Niederösterreichischen Landesregierung 3 Projekte in Niederösterreich in Auftrag gegeben:

	Kosten in Mio. S
- Braunkohlenprospektion im Raume Langau-Riegersburg	0,91
- Untersuchungsarbeiten auf Kaolin im Raume Retz	0,34
- Aufnahme des Waldviertels im Zuge der systematischen geochemischen Untersuchung des Bundesgebietes	1,60

- 113 -

Über Initiative des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie wurde eine aeromagnetische Vermessung des gesamten Bundesgebietes in die Wege geleitet. An der Finanzierung des 12 Mio. S Projektes beteiligten sich der Bund, die Länder und die Industrie zu je einem Dritt. Diese Arbeiten werden einen Zeitraum von 4 Jahren beanspruchen. Die Aeromagnetik liefert nicht nur wertvolle Unterlagen für die Suche nach mineralischen Rohstoffen sowie für wissenschaftliche Fragen, sondern gibt darüber hinaus wichtige Entscheidungshilfen für die Probleme der Raumordnung.

Teile Niederösterreichs wurden bereits 1978 vermessen; die Arbeiten sollen 1979 fortgesetzt werden.

Seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie wurde beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung die Ausarbeitung einer Studie über die Rohstoffversorgung in Österreich unter Berücksichtigung des internationalen Hintergrundes sowie die Ausarbeitung von Marktanalysen und Trends für die Jahre 1978 bis 1982 in Auftrag gegeben. Diese Studie wird auch dem Bundesland Niederösterreich zugute kommen.

Die Arbeiten an der Erstellung des Konzeptes für die Versorgung Österreichs mit mineralischen Roh- und Grundstoffen sind weit fortgeschritten, ebenso die beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung aufgenommenen Arbeiten an einem komplementären Rohstoffforschungskonzept.

Am 7. Juni 1977 hat der Ministerrat den 1. Bericht über das erarbeitete Konzept zur Koordinierung und Intensivierung der Aufsuchungstätigkeit für fossile Energieträger in Österreich zur Kenntnis genommen. Damit wurde ein wichtiger Beitrag zur besseren Sicherung der österreichischen Energieversorgung geleistet. Dieses Konzept befindet sich bereits in Realisierung.

- 114 -

Die verschiedentlich vor dem Auslaufen gestandenen Aufsuchungsermächtigungen der ÖMV Aktiengesellschaft für Kohlenwasserstoffe wurden jeweils verlängert, zuletzt bis 31. März 1979.

In den Jahren 1976, 1977 und 1978 wurden insgesamt 22 von der ÖMV Aktiengesellschaft bekanntgegebene Gewinnungsfelder (Gesamtausmaß von rund 44 km<sup>2</sup>) vom Bund anerkannt, mit denen festgestellte abbauwürdige Kohlenwasserstoffvorkommen oder Teile solcher abgedeckt wurden.

Der Kohlenwasserstoffbergbau ist für das Bundesland Niederösterreich, insbesonders für die Erdölgemeinden von großer wirtschaftlicher Bedeutung.

- 115 -

Bundesministerium für Inneres

Das Bundesministerium für Inneres hat in den Jahren 1976 bis 1978 folgende Maßnahmen getroffen, die für das Bundesland Niederösterreich von Bedeutung waren bzw. sind:

A. BUNDESPOLIZEI

1. Personelles:

Bei der Bundespolizeidirektion Schwechat wurde im Zusammenhang mit der Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen auf dem Flughafen Wien-Schwechat der Personalstand der Sicherheitswache von 164 im Jahre 1976 auf 199 im Jahre 1978 und jener des Kriminaldienstes von 68 im Jahre 1976 auf 83 Bedienstete im Jahr 1978 erhöht.

2. Organisatorische Maßnahmen

Neuorganisation der Polizeidienststelle auf dem Flughafen Wien-Schwechat durch Schaffung der Polizeieinsatzstelle Flughafen anstelle der im Jahre 1974 eingerichteten Flughafeninspektion. Damit im Zusammenhang weitere Intensivierung der Überwachungsmaßnahmen, insbesondere auch Erhöhung des Standes an Polizeidiensthunden bei

-116 -

der Bundespolizeidirektion Schwechat. Mehrere Beamte des Sicherheitswachdienstes wurden als Flugbeobachter ausgebildet und im sicherheitspolizeilichen Einsatz mit Hubschraubern bzw. Flächenflugzeugen geschult.

Verstärkte Streifendienste, insbesondere auch zur Verkehrsüberwachung durch den vermehrten Einsatz von Zivilstreifen; Anordnung besonderer Überwachungsmaßnahmen für das Flüchtlingslager Traiskirchen.

Einführung von Kontaktbeamten bei den Bundespolizeidirektionen Schwechat, St. Pölten und Wr. Neustadt im Juli 1978.

Intensivierung des Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes durch Beteiligung an Ausstellungen, Ausgabe von Merkblättern, einschlägige Vorträge, Beratungen, usw. sowie Ausdehnung dieser Einrichtung auf die Bezirks Ebene.

Intensivierung der Bekämpfung der Suchtgiftkriminalität im Zusammenwirken mit den Zollbehörden durch entsprechende Einfuhrkontrollen auf dem Flughafen Wien-Schwechat.

Erstellung spezieller Richtlinien für das polizeiliche Einschreiten in Fällen von Geiselnahme im Bereich der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich.

Erstellung von Alarmplänen für den Fahndungseinsatz, im Rahmen des Personen- und Objektschutzes usw.; Durchführung von Alarm- und Einsatzübungen.

Vorsorgemaßnahmen gegen die Bankraubkriminalität durch entsprechende Kontakte mit den Geldinstituten.

Ausstattung der auf dem Flughafen Wien-Schwechat eingesetzten Beamten des Sicherheitswachdienstes mit einer Mehrzweckbekleidung für Sondereinheiten der Bundespolizei.

Vorbereitung der Änderung der Trageart der Dienstpistole bei der Sicherheitswache zwecks Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Beamten.

Verbesserung der Schießausbildung bei der Bundespolizei auf der Grundlage neu erstellter Richtlinien.

Einrichtung eines Terminalplatzes auf dem Flughafen Wien-Schwechat und damit Einbindung der dort befindlichen Polizedienststelle in das Elektronische Kriminalpolizeiliche Informationssystem (EKIS), wodurch sogenannte EKIS-Anfragen im FS-Wählverkehr an den Computer Wien über dort gespeicherte Daten im Bereich des Strafregisters, der Personenfahndung, der Kfz.- Fahndung und der Kfz.-Zulassung für Wien gestellt werden können. Bei der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich wurde schon vor 1976 eine Datenstation errichtet.

Erweiterung der schulischen Verkehrserziehung im Bereich der Bundespolizei auf der Basis eines vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst, dem Bundesministerium für Inneres und dem Kuratorium für Verkehrssicherheit ausgearbeiteten Standardprogrammes für die schulische Verkehrserziehung durch die Exekutive.

### 3. Technische Maßnahmen

#### a) Motorisierung

Bei erreichter Vollmotorisierung wurden der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich und den

Bundespolizeidirektionen Schwechat, St. Pölten und Wr. Neustadt im Rahmen des regelmäßigen Austauschprogrammes neue Kraftfahrzeuge für ausgeschiedene Fahrzeuge zugewiesen. Die Bundespolizeidirektion Schwechat erhielt 2 Personenkraftwagen und 2 Krafträder zusätzlich zugewiesen. Derzeit verfügen die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich über insgesamt 6, die Bundespolizeidirektion Schwechat über 29, die Bundespolizeidirektion St. Pölten über 32 und die Bundespolizeidirektion Wr. Neustadt über 25 Dienstkraftfahrzeuge einschließlich der Motorfahrräder.

Seit dem Jahre 1976 erfolgt eine Ausstattung der Einsatzfahrzeuge bei der Bundespolizei mit moderneren Warneinrichtungen (Leuchten mit Halogenlampen, elektronisch gesteuerte Tonfolgehörner) sowie der VUK-Wagen mit reflektierenden und fluoreszierenden Sicherheitsstreifen, wodurch eine bessere Wahrnehmbarkeit dieser Fahrzeuge gegeben ist.

b) Fernmeldewesen

Zuweisung von weiteren 25 tragbaren und 18 mobilen Funkgeräten. Derzeit verfügen die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich über insgesamt 16, die Bundespolizeidirektion Schwechat über 60, die Bundespolizeidirektion St. Pölten über 50 und die Bundespolizeidirektion Wr. Neustadt über 46 tragbare, mobile und ortsfeste Funkgeräte.

Zuweisung von insgesamt 5 Dokumentationsgeräten zur Gesprächsaufzeichnung.

Zuweisung von 4 Handsonden zur Gepäcks- und Personendurchsuchung an die Bundespolizeidirektion Schwechat zum Einsatz auf dem Flughafen Wien-Schwechat.

Errichtung einer Notrufanlage bei der Bundespolizeidirektion Schwechat.

- 119 -

Auf dem Flughafen Wien-Schwechat wurden zwei im Eigentum der Flughafen Wien Betriebsgesellschaft m.b.H. stehende Gepäcksdurchleuchtungsgeräte installiert, die von Organen der Bundespolizeidirektion Schwechat bedient werden.

c) Waffen und sonstige technische Geräte

Auf dem Waffen- und sonstigen Ausrüstungssektor wurde in letzter Zeit durch den Austausch der bisher verwendeten Karabiner 98 K gegen US-Karabiner M1, die Beschaffung beschußsicherer Westen für Sicherheitswachebeamte und Kriminalbeamte, von Tränengaseinsatzmitteln, fototechnischen Geräten für das VUK bzw. den Erkennungsdienst usw. eine Erhöhung und Modernisierung des technischen Ausrüstungsstandes erreicht.

d) Bauliche Maßnahmen

Umfangreiche Gebäudesicherungsmaßnahmen mit Sicherheitskojen aus beschußsicherem Glas im Direktionsgebäude der Bundespolizeidirektion St. Pölten.

Diverse Adaptierungsarbeiten in Direktions- und Wachzimmergebäuden.

4. Sonstige Maßnahmen

Eröffnung des neuen Grenzüberganges Laa an der Thaya gegenüber der CSSR durch Verordnung des Bundesministers für Inneres vom 28.11.1978. Tatsächlicher Eröffnungszeitpunkt 28.12.1978.

B. BUNDESGENDARMERIE

1. Personelles:

Der Ministerrat hat in den Jahren 1976, 1977 und 1978 über den Stellenplan hinaus die Aufnahme von VB/S zur Verwendung im

Exekutivdienst bewilligt. Aufgrund dieser Ermächtigung wurden beim Landesgendarmeriekommando für Niederösterreich in dieser Zeit 213 Bedienstete eingestellt, wodurch eine raschere Ergänzung der Beamtenabgänge (Ruhestandsversetzungen etc.) bewirkt wurde.

## 2. Organisatorische Maßnahmen:

Im Bereich des Landesgendarmeriekommandos für Niederösterreich wurden im Berichtszeitraum 21 Unterkünfte für Gendarmeriedienststellen, 56 Garagen, 16 Ledigenunterkünfte, 9 Naturalwohnungen sowie Unterbringungsmöglichkeiten für 3 UKW-Relaisstationen angemietet.

Für die Unterkünfte der Gendarmeriedienststellen in Weißenbach an der Triesting, Minchendorf, Groß Krut, Wr. Neudorf und Lilienfeld wurden Mietzinsvorauszahlungen im Gesamtbetrag von 7 Mill. S geleistet.

Weiters wurde die be. Unterkunft des Bezirksgendarmeriekommandos und des Gendarmeriepostens Waidhofen/Thaya generalsaniert und umgebaut, der Gendarmerieposten Maria Enzersdorf in einem neuen be. Dienstgebäude untergebracht, die Unterkünfte der Gendarmerieposten Wilhelmsburg und Göstling/Ybbs als Wohnungseigentum des Bundes erworben und die be. Unterkunft des Gendarmeriepostens Klosterneuburg umgebaut und 4 Naturalwohnungen errichtet.

Für Instandsetzungen in gemieteten Unterkünften wurden insgesamt 1,2 Mill. S aufgewendet.

Dem Landesgendarmeriekommando für Niederösterreich wurden seit dem Jahre 1976 zur Ausstattung von Gendarmeriedienststellen Einrichtungen, Geräte und Unterrichtsbehelfe im Gesamtwert von 4,5 Mill. S zugewiesen.

Im Bereich des Landesgendarmeriekommandos für Niederösterreich wurden im Berichtszeitraum Gendarmerieposten, die auf Grund ihres

- 121 -

sehr geringen Personalstandes hinsichtlich der Erreichbarkeit und der sicherheitsdienstlichen Betreuung der Bevölkerung als unbefriedigend zu bezeichnen waren, mit anderen Gendarmerieposten zu leistungsfähigen Dienststellen zusammengelegt. Es konnten dadurch 8 Gendarmerieposten aufgelassen werden.

### 3. Technische Maßnahmen

#### Fernmeldewesen

Dem Landesgendarmeriekommando für Niederösterreich wurden seit dem Jahre 1976 4 Fixstationen, 301 Mobilfunkgeräte, 323 Handfunkgeräte, 3 Relaisstationen für Annaberger und Sonnwendstein, 2 Relaisstationen für Hoher Lindkogel und Jochgrabenberg, 21 Fernschreibmaschinen und 26 Telefonanlagen zugewiesen und die Erweiterung der Fernschreibanlage im Landesgendarmeriekommandogebäude (Wien-Meidlinger Kaserne) veranlaßt. Für diese Anschaffungen wurde ein Betrag von insgesamt 28 Mill. S aufgewendet.

### 4. Verkehrspolizeiliche Maßnahmen

Dem Landesgendarmeriekommando für Niederösterreich wurden in den Jahren 1976 bis 1978 insgesamt 246 Kraftfahrzeuge zugewiesen; es wurde hiefür ein Betrag von 21 Mill. S aufgewendet.

Mit diesen Fahrzeugen wurde u.a. der allgemeine Sicherheitsdienst durch Funkpatrouillen intensiviert. Ferner konnte die Verkehrsüberwachung wirksamer gestaltet und besonders durch den reaktivierten Motorrad-Verkehrsdienst effizienter durchgeführt werden.

Der Motorrad-Verkehrsdienst, der bezirksintern eingerichtet ist, hat sich als disziplinanregend auf das Verkehrsgeschehen ausgewirkt und wird allgemein begrüßt und anerkannt.

Derzeit sind im Bundesland Niederösterreich 46 Motorrad-Verkehrsposten aktiviert.

Die Mitwirkung der Bundesgendarmerie in der Schulverkehrs-erziehung hat in allen Kreisen der Bevölkerung ein überaus positives Echo gefunden. Es wurden 550 Gendarmeriebeamte in Kurzseminaren für diese Aufgabe pädagogisch besonders geschult; die Ausbildung weiterer 220 Beamter ist im Gange.

##### 5. Kriminalpolizeiliche Maßnahmen

Im Berichtszeitraum wurde der kriminalpolizeiliche Beratungsdienst auf Bezirksebene ausgedehnt.

Außerdem wurde ein kriminalstatistischer Leitfaden im Lose-Blatt-System als Nachschlagebehelf für den Postenunterricht und zum Selbststudium für die Beamten mit folgenden Beiträgen: "Von der Tat bis zur Verhandlung", "Der Personalbeweis", "Auffindung hilfloser Personen", "Bombendrohung", "Leichenermittlung", "Objektdurchsuchung", "Überfälle auf Geldinstitute", "Geiselnahme", "Bekämpfung des Suchtgiftmisbrauches", "Sicherung von Haus und Wohnung" und "Überfälle auf Geldboten" eingeführt.

Der Kriminalabteilung wurde ein Expose über die Grundzüge der Observation zugewiesen. Weiters wurde die Kriminalabteilung mit einem Nachtsichtgerät NOCTRON IV ausgestattet.

Die Beamten der Kriminalabteilung wurden in Observationskursen, in einem Seminar für Wirtschaftsdelikte und deren kriminalpolizeiliche Behandlung und in Seminaren für Suchtgiftreferenten und Sachbearbeiter geschult. Die Fortbildung der Bezirks- und Postenkommandanten sowie der auf kriminapolizeilichem Gebiet tätigen Beamten der Gendarmerieposten wurde in 1-wöchigen Kursen durchgeführt.

Dem Landesgendarmeriekmando für Niederösterreich wurden im Jahre 1976 zehn Junghunde (davon einer für die Ausbildung zum Suchtgiftpüürhund), im Jahre 1977 drei Junghunde und im Jahre 1978 zwei Junghunde zugewiesen. Beim Gendarmerieposten Scheibbs

wurde im Jahre 1976 eine Diensthundestation errichtet. In den Jahren 1976 bis 1978 wurden insgesamt 33 Gendarmeriebeamte zu Hundeführern (Fährten-, Lawinensuchhunde- und Suchtgift-Spürhundekurse) ausgebildet.

### C. ZIVILE LANDESVERTEIDIGUNG

Im Rahmen der Förderung von Zivilschutzerfordernissen der Feuerwehren wurden aus den beim Bundesministerium für Inneres zentral veranschlagten Zivilschutzkrediten im Jahre 1976 S 199.000,-- , im Jahre 1977 S 209.000,-- und im Jahre 1978 S 180.000,-- für den Landesfeuerwehrverband Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

Weiters wurde im Bundesland Niederösterreich (Bezirk Neunkirchen) im Jahre 1977 eine Teilausbaustrasse zur Funkfernauslösung von Sirenen im Rahmen des Warn- und Alarmdienstes eingerichtet und hiefür - gleichfalls aus Zivilschutzkrediten des ho. Ressorts - ein Betrag von S 330.000,-- aufgewendet.

### D. ENTMINUNGSDIENST

Von den zuständigen Stellen des Bundeslandes Niederösterreich wurden vom 4.11.1975 bis 31.12.1978 dem Entminungsdienst

2.564 Funde bzw. Wahrnehmungen von sprengkräftigen Kriegsrelikten verschiedener Art und aller Gefährlichkeitsgrade mit dem Ersuchen um rasche Erledigung übermittelt.

Aufgrund dieser Meldungen wurde im angeführten Zeitraum im Gebiet des Bundeslandes Niederösterreich sprengkräftige Kriegsmunition im Gesamtgewicht von

277.414 kg

einzel geborgen, untersucht und zum Sprengplatz nach Großmittel transportiert. In der angegebenen Berichtszeit waren zahlreiche schwierige Munitionsbergungen von Baustellen der Industrie, der

- 124 -

öffentlichen und privaten Hand, von land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsflächen und aus Gewässern durchzuführen.

In der ausgewiesenen Gesamtmenge sind die unter besonders schwierigen bzw. gefahrvollen Verhältnissen freigelegten, entschärften und beseitigten

271 Stück Fliegerbombenblindgänger,  
1 " Wasserbombe,  
902 " Handgranaten,  
389 " Panzerfäuste,  
62 " T und S Minen

sowie die in der Berichtszeit in Großmittel in der Endphase der Isolierungsarbeiten geborgenen

3.988 Stück 10,5 cm Kampfstoffgranaten (Lost)  
4.322 " 7,5 cm Kampfstoffgranaten und  
1.108 " 15 cm DO Werfer Kampfstoffgranaten  
enthalten.

Als Vorarbeiten bzw. zur Ortung dieser angeführten Kriegsrelikte waren

457.820 m<sup>2</sup>

minen- und munitionsverseuchte Geländeteile mit Minen- oder Metallsuchgeräten systematisch abzusuchen.

Bei diesen Bergearbeiten mußte ein händischer Erdaushub von

262 m<sup>3</sup>

und ein mechanischer Erdaushub von

817 m<sup>3</sup>

geleistet werden.

Aus Gewässern von exponierten Stellen wurden von den Tauchern des Entminungsdienstes in 50 Tauchstunden 2.186 kg Kriegsrelikte geborgen.

- 125 -

Im Zusammenwirken mit den zuständigen Gemeinden wurden 7 Brunnen und 19 Teiche von Kriegsrelikten gesäubert.

#### E. FLUGPOLIZEI UND FLUGRETTUNG

Einsätze zu unerlässlichen Hilfeleistungen bei Unglücksfällen und Gemeingefahr. Die Bergungs- und Krankentransporte verunglückter Personen wurden zum größten Teil in hochalpinen Gebieten durchgeführt, wobei das Luftfahrzeug vielfach das einzige Mittel war, um Verunglückten rechtzeitig lebenserhaltende erste Hilfe zu bringen.

Zahl der Einsätze ..... 73

Flugzeit ..... 93 Stunden und  
10 Minuten.

Durch diese Einsätze konnten 41 Männer und  
31 Frauen  
geborgen werden.

Einsätze für verkehrspolizeiliche Aufgaben ..... 626.

Davon bei Großveranstaltungen ..... 6  
mit einer Gesamtflugzeit von 2026 Stunden und  
14 Minuten.

Einsätze zur Unterstützung sonstiger Landes- oder Gemeindebehörden sowie anderen Institutionen, um diesen die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen oder zu erleichtern. Anzuführen sind auch Flüge zur Erkundung von Hochwassergefahren.

Zahl der Einsätze ..... 14

Gesamtflugzeit ..... 23 Stunden und 13 Minuten.

Bundesministerium für Justiz

In den Jahren 1976 bis 1978 wurden im Bereich des Bundeslandes Niederösterreich vor allem Maßnahmen auf dem baulichen Sektor wirksam. So wurden im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik die Gerichtsgebäude Mistelbach und Stockerau einer Generalsanierung unterzogen, die Generalsanierung und Erweiterung des Kreisgerichtes Korneuburg einschließlich des Gefangenenhauses wurde in Angriff genommen. Die Arbeiten werden voraussichtlich 1980 fertiggestellt werden können. Darüber hinaus wurden vom Bundesministerium für Justiz umfangreiche Sanierungsmaßnahmen bei den Zukunfts der Bezirksgerichte Ybbs, Woltersdorf, Haag und Eggenburg durchgeführt.

In der Strafvollzugsanstalt Stein wurde der Neubau eines Werkstattentraktes und eines Verwaltungsgebäudes begonnen, in der Strafvollzugsanstalt Hirtenberg ist noch im Jahre 1979 mit der Fertigstellung des Neubaues einer Gefangenunterkunft und eines gesicherten Spazierhofes sowie mit dem Beginn des Neubaues einer Arbeitshalle zu rechnen. In den Sonderanstalten Gerasdorf, Göllersdorf und Sonnberg wurden verschiedene Um- und Ausbauten durchgeführt, der Neubau des kreisgerichtlichen Gefangenenhauses Korneuburg steht vor der Vollendung, die kreisgerichtlichen Gefangenenhäuser St. Pölten und Wr. Neustadt wurden Sanierungsmaßnahmen unterzogen. Neben diesen baulichen Maßnahmen wurden in der Strafvollzugsanstalt Hirtenberg Sicherheitsverbesserungen durchgeführt und eine Beamtenküche geschaffen. In der Strafvollzugsanstalt Stein wurde die Inneneinrichtung für den Werkstätten- und Verwaltungsgebäudenbau, die Sicherheits- und Haftraumverbesserungen sowie die Neueinrichtung der Schlosserei vorgenommen. Bei den kreisgerichtlichen Gefangenenhäusern wurden die Sicherheitsvorkehrungen weiter verbessert und die Haftraumbedingungen einer Sanierung unterzogen.

- 127 -

Das Unterhaltsvorschußgesetz, das mit 1. November 1976 in Kraft getreten ist, konnte in Niederösterreich trotz der nicht geringen zusätzlichen Belastung des Personals der Gerichte ohne Schwierigkeiten vollzogen werden. Die Anweisungen von bewilligten Vorschüssen erfolgen prompt. Forderungen werden laufend von der Einbringungsstelle eingetrieben. So gelangten in Niederösterreich in der Zeit vom 1. November 1976 bis 31. Dezember 1978 an Unterhaltsvorschüssen insgesamt rund 43,500.000,-- S zur Auszahlung, wovon ein Betrag von rund 10,200.000,-- S wieder eingebbracht werden konnte.

Mit dem Bundesgesetz vom 15. Juni 1978, BGBI. Nr. 280, über Änderungen des Ehegattenerbrechts, des Ehegüterrechts und des Ehescheidungsrechts sind besondere "familienrechtliche Abteilungen" bei bestimmten Bezirksgerichten geschaffen worden, bei denen seit 1. Juli 1978 die außerstreitigen Eheangelegenheiten (besonders die Angelegenheiten der "Scheidung im Einvernehmen" und die "Aufteilung des ehelichen Gebrauchsvermögens" sowie der "ehelichen Ersparnisse") konzentriert sind. Ab 1. Jänner 1980 werden die "familienrechtlichen Abteilungen" auch zur Erledigung der Unterhaltsstreitigkeiten und der Abstammungssachen zuständig sein.

Solche familienrechtlichen Abteilungen sind bei allen Bezirksgerichten errichtet worden, die ihren Sitz in einer Ortsgemeinde (Stadt mit eigenem Statut) haben, die Amtssitz einer Bezirksverwaltungsbehörde sind. In Niederösterreich sind außerdem noch die Bezirksgerichte Klosterneuburg, Purkersdorf und Schwechat in diesem Sinn "Schwerpunktsbezirksgerichte". Die Vollziehung der Familienrechtsreform hat bisher keine Schwierigkeiten bereitet, sodaß vor allem die Scheidungen im Einvernehmen sehr rasch einer Erledigung zugeführt werden können.

Auf dem Personalsektor konnte der Stand an Staatsanwälten bei der Staatsanwaltschaft Krems um eine Planstelle vermehrt werden.

- 128 -

**Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft**

Seitens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wurden in den Jahren 1976, 1977 und 1978 eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, die neben allen anderen Bundesländern auch für Niederösterreich von Bedeutung sind. Im besonderen darf folgendes hervorgehoben werden:

Landwirtschaftsgesetz 1976, BGBI. Nr. 299, in der Fassung der Novelle BGBI. Nr. 267/1978,

Marktordnungsgesetz-Novelle 1976, BGBI. Nr. 259,

Marktordnungsgesetz-Novelle 1978, BGBI. Nr. 269,

Viehwirtschaftsgesetz 1976, BGBI. Nr. 258, in der Fassung der Novelle BGBI. Nr. 270/1978,

Flurverfassungsnovelle 1977, BGBI. Nr. 390,

Bundesgesetz über den Wirtschaftskörper "Österreichische Bundesforste" BGBI. Nr. 610/1977.

Darüber hinaus wird auch auf die Forstrechtserneuerung hingewiesen, die im Berichtszeitraum durch die Erlassung zahlreicher Verordnungen auf der Grundlage des Forstrechtes 1975 fortgesetzt wurde und demnächst abgeschlossen werden wird.

Von besonderem Interesse für die Fragesteller erscheinen jedoch die Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft für Vorhaben und Projekte, die in Niederösterreich durchgeführt werden bzw. wurden.

Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß eine genaue regionale Zuordnung öffentlicher Mittel teilweise nicht möglich ist. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen aus dem Titel Preisausgleiche.

- 129 -

Zur Förderung der niederösterreichischen Land- und Forstwirtschaft wurden in dieser Legislaturperiode vom Bund 1.304,6 Millionen Schilling aufgewendet (einschließlich Bundesmineralölsteuerrückvergütung, aber ohne Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitions- und anderen verbilligten Krediten).

Aus Mitteln des "Grünen Planes" standen für Niederösterreich 533,866.000,-- Schilling zur Verfügung, wobei 187,258.000,-- Schilling auf das Bergbauernsonderprogramm entfallen.

Wie die Mittel des Agrarbudgets 1976 bis 1978 verwendet wurden, ist aus Tabelle 1 ersichtlich. In den in der Tabelle angeführten Summen sind auch jene Beträge enthalten, die im Rahmen des Bergbauernsonderprogrammes zur Verfügung gestellt wurden.

Zusätzlich zu den in Tabelle 1 aufgeführten Förderungen werden für die Land- und Forstwirtschaft Niederösterreichs noch folgende Bundesmittel zur Verfügung gestellt:

In den Wirtschaftsjahren 1975/76 bis 1978/79 (einschließlich) wurden bzw. werden 117 Kreditnehmern S 449,3 Millionen an ERP-Krediten gewährt.

Zu den in Anspruch genommenen Agrarinvestitionskrediten werden Zinsenzuschüsse aus den Mitteln des Grünen Planes gewährt. Rund 9.600 Darlehensnehmern stand ein Kreditvolumen von rund 2 Milliarden Schilling zur Verfügung.

Unter dem Titel 1/622 Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten wurden Bundesmittel zur Verfügung gestellt für:

	Stück	Bundesmittel
Kälbervermittlungsaktion 1976 bis 1978	14.950	2,963.450
Kälbermastprämienaktion Aug. 1977 u. 1. Halbj. 1978	3.480	1,392.000

- 130 -

Zucht- u. Nutzrinderexporte	9.468	17,174.400 davon
Einstellrinderexporte		10,109.000 Bergbauernzuschuß
1976 und 1977	151	100.000
Drittlandexporte		
1976 bis 1978	1.653	3,941.400
Transportkostenpauschale für Nutzrinder 1976	62	93.000
Fohlen, Stuten 1976 bis 1978	53	49.100
Rindermastförderungsaktion 1976 bis Sept. 1978	32.279	nicht bundesländerweise aufgliederbar

Für Schlachtrinder und Rindfleischexportförderung wurden im Berichtszeitraum 209,4 Millionen Schilling und an Einlagerungsvergütungen 70,0 Millionen Schilling ausbezahlt.

Für die Wildbach- und Lawinenverbauung wurden 93,614.000 Schilling seitens des Bundes aufgewendet. Die wichtigsten Bauvorhaben waren:

Jahr	Bauvorhaben	Gemeinde	Bezirk
1976:	Wagramer Lößgräben	Krems, Traismauer	St. Pölten
	Loichbach	Loich	St. Pölten
	Bodingbach	Lunz/See	Scheibbs
	Nondorferbach samt		
	Sprögnitzbach	Waldhausen	Zwettl
	Saubach	Ternitz	Neunkirchen
1977:	Erlenbach	Bad Schönau	Wr. Neustadt
	Wagramer Lößgräben	Traismauer	St. Pölten
	Schneidergraben	Kleinzell	Lilienfeld
	Georgenbach	Purkersdorf	Wien-Umgebung
	Opponitzer Ortsgraben	Opponitz	Amstetten

- 131 -

1978:	Hinterkellergraben	Prellenkirchen	Bruck/Leitha
	Haidberggraben	Retzbach	Hollabrunn
	Schliefaubach	Randeck	Scheibbs
	Weinzierlberg-Runse	Krems	Krems-Stadt
	Schneidergraben	Kleinzell	Lilienfeld

Für den Schutzwasserbau wurden für Bundesflüsse und Interessentengewässer 273,676.000,-- Schilling an Förderungsmitteln ausgegeben und folgende Leistungen erbracht.

Fluß- und Bachregulierung	98 km
Erhaltungsarbeiten an Bächen und Flüssen	133 km
Flächen neu vor Hochwasser geschützt	1.193 ha
Flächen, bei denen die Regulierung Vorbedingung für eine Entwässerung war	870 ha
Sohlstufen und Sohlrampen	36 Stk.
Wehre	1 Stk.
Brücken und Stege	64 Stk.

An bedeutenderen Maßnahmen wurden bzw. werden in Niederösterreich in der Zeit von 1976 - 1978 durchgeführt:

- Leitha, Regulierung Hollern
- Leitha, Regulierung Wasenbruck
- Leitha, Rückhaltebecken Lichtenwörth
- Leitha, HW-Damm Zillingsdorf- Lichtenwörth
- Traisen, Regulierung Lilienfeld
- Traisen, Regulierung und Hochwasserschutz für St. Pölten
- Ybbs, Stadtwehr in Waidhofen a.d.Ybbs (fertiggestellt)
- Mistel, Regulierung in Mistelbach
- Piesting, Regulierung in Piesting
- Url, Krenstetten (fertiggestellt)

- 132 -

Feuersbrunnergraben, Hochwasserschutz  
Frauenbach, HW-Entlastung Weikersdorf  
Herrnbaumgartnergraben, Regulierung Herrnbaumgarten  
Kemnitzbachregulierung, 3. BA.  
Melkregulierung Diesendorf  
Pöysbachregulierung Poysdorf (fertiggestellt)  
Pulkauregulierung Pernersdorf-Watzelsdorf  
Schwarzaregulierung Payerbach, 1. BA.  
Sierningbach St. Margarethen  
Waidenbachregulierung Hausbrunn (fertiggestellt)  
Traisen, Regulierung in Traisen (Werksbereich VÖEST-Alpine)  
Ybbs, Regulierung Neumarkt  
Gschirm- und Edlabach in Amstetten, 2. BA.  
Unrechttraisen, St. Aegyd, Regulierung im Werksbereich  
Ramsaubach, Regulierung Ramsau, 2. BA.

#### Schwerpunkte 1979

Im zweiten Bergbauernsonderprogramm werden die Förderungsmittel erheblich aufgestockt. Allein die niederösterreichischen Landwirte der Zone 3 werden 1979 mit 23,5 Millionen Schilling um 5,4 Millionen Schilling mehr an Bergbauernzuschüssen erhalten als im vergangenen Jahr. Noch nicht abschätzbar ist der Mehraufwand, der durch die Einbeziehung der Betriebe in der Zone 2 mit einem Einheitswert bis zu 300.000,-- Schilling entsteht.

Rinderhaltungsprämien sollen den Bergbauernzuschuß in der Zone 3 ergänzen, wobei sie an die Voraussetzung geknüpft sein werden, daß der Betrieb ab Einführung der neuen Milchmarktordnung die Milchlieferung an Molkereien einstellt.

Einen besonderen Schwerpunkt in der Förderung bilden nach wie vor die Verbesserung der Infrastruktur durch die Verkehrserschließung und nunmehr in verstärktem Maße die Förderung

- 133 -

von Thefonanschlüssen. Da die dafür vorgesehenen Budgetmittel beträchtlich erhöht werden ist gesichert, daß für Niederösterreich aus diesem Titel mehr Mittel zur Verfügung stehen werden.

Die Grenzlandförderung wurde 1974 in Niederösterreich begonnen und je zur Hälfte von Bund und Land finanziert; die Zinsenstützungen für die Agrarinvestitionskredite werden nur vom Bund getragen. Es geht darum, in besonders entwicklungsbedürftigen Regionen die Abwanderung zu vermindern und eine entsprechende Siedlungsdichte zu erhalten. Dem Land Niederösterreich standen 88,4 Millionen Schilling an Beihilfen und 240 Millionen Schilling an Agrarinvestitionskrediten von 1976 bis 1978 zur Verfügung.

Die angegebenen Summen enthalten für 1978 meist vorläufige oder geschätzte Werte. Eventuell vorhandene Zahlen für das Jahr 1979 sind geschätzt.

Tabelle 1:

Maßnahme	Förderungsmittel 1976 bis 1978	Leistungen
Bildungswesen, Beratungswesen Kammereigene Bildungsstätten	37,3	Personalaufwand
Pflanzliche Produktion	7,7	Feldversuche, Beratung, Information, Messen <sup>1)</sup> u.s.w.
Techn. Rationalisierung	5,0	Förderung von Maschinenringen landtechn. Kursen und Diesel- u. Heizölbevorratung
Viehwirtschaft	9,5	Schulung, Beratung, Hygieneprogramme, Kontrolle Messebeihilfen 2), Frachtbeihilfen u.s.w.
Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	5,0	Zinsenzuschüsse im Rahmen Sonderkreditaktion "Lagerraum- beschaffung", Förderungen für Messen 3), Broschüren und Erzeugerpreisberichterstattung
Sozialpolitische Maßnahmen	48,0	Bundesbeihilfen wurden gewährt für: 560 Eigenheime 202 Dienstwohnungen 426 Berufsausbildungskurse mit 8.735 Teilnehmern 890 Treueprämien
Landwirtschaftliche Gelände- korrekturen	23,1	In den Jahren 1976 und 1977 wurden bei 8.129 Interessenten 4.078 ha Flächen bereinigt
Forstliche Maßnahmen	37,6	Forstliches Beratungswesen 2.566 ha Neuaufforstung 1.152 ha Wiederaufforstung

= 134 -

- 2 -

Maßnahme	Förderungsmittel 1976 bis 1978	Leistungen
		2.031 ha Bestandesumwandlung 2.597 ha Melioration, Düngung 3.039 ha Jungwuchspflege 35,1 ha Schutzwaldsanierung 11 Projekte zu Förderung der Erholungswirkung des Waldes 452,9 km Forstliche Bringungsanlagen und Forstaufschließungs- wege
Verkehrserschl.ländl. Gebiete	137,0	980 Höfe wurden angeschlossen 503 km Wege gebaut
Elektrifizierung ldl. Gebiete	13,1	Beihilfen für den Anschluß von 985 Höfen 1.011 sonstigen Objekten für das Verlegen von 296 km Leitungen und die Installierung von 115 Trafos
Ldw. Regionalförderung	85,4	(Sparten: Besitzfestigung, Umstellung und Alm- und Weidewirt- schaft) Beihilfen wurden gewährt für: 7.799 Betriebe (Almen, Projekte) davon im Rahmen des Grenzlandsonderprogrammes 3.447 Betriebe bzw. Projekte
Ldw. Wasserbau	23,6	Rund 100 Be- und Entwässerungsanlagen wurden gefördert
Agrarische Operationen	58,3	Rund 23.900 ha Flächen konnten übergeben werden 1.008 km Wege wurden gebaut
Siedlungswesen	2,1	171 Baumaßnahmen wurden gefördert
Bergbauernzuschuß	47,5	siehe Tabelle 2

- 3 -

Maßnahme	Förderungsmittel 1976 bis 1978	Leistungen
Bundesmineralölsteuer- rückvergütung	764,4	die Bundesmineralölsteuerrückvergütung wurde an rund 76.000 niederösterreichische Landwirte jährlich ausbezahlt.

- 1) Kostenzuschüsse für die Gartenbaumessen in Tulln: insgesamt 1,4 Millionen Schilling
- 2) Kostenbeiträge für die Landwirtschaftsschau der NÖ-Landes-Landwirtschaftskammer auf den Wiener Messen und für die Stutenschau in Amstetten: ~~insgesamt~~ 3,9 Millionen Schilling
- 3) Förderungsmaßnahmen als Begünstigung für die Ausstellung von österreichischem Zuchtvieh auf internationalen Zuchtviehschauen und Messen, um die traditionellen Absatzgebiete zu sichern.

- 961 -

Tabelle 2

## BERGBAUERNZUSCHUSS 1976 - 1978

NIEDERÖSTERREICH

- 137 -

Jahr	ZONE 3		SUMME	
	fiktiver Einheitswert bis S 40.000.--		fiktive Einheitswert S 40.001.-- bis S 300.000.--	
	Betriebe	S	Betriebe	S
1976	1.204	3,612.000.--	3.438	8,595.000.--
1977	1.140	4,560.000.--	3.704	11,112.000.--
1978	969	4,360.500.--	3.939	13,786.500.--
1979				5.000
				23.500.000.--

Im Jahr 1979 werden auch die Bergbauern der Zone 2 einen Zuschuß erhalten. Der Aufwand dafür ist noch nicht absehbar.

- 13 8 -

Bundesministerium für Landesverteidigung

Seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung sind insbesondere Maßnahmen auf den Gebieten des Versorgungswesens des Bundesheeres (Beschaffungen, Reparaturen, Baumaßnahmen, Verpflegung usw.) sowie der Assistenz- und Hilfeleistung durch das Bundesheer und des Personalwesens insoweit berücksichtigt, als sie für das Bundesland Niederösterreich bzw. seiner Bewohner im weitestens Sinn von Bedeutung erscheinen.

Es ist somit hervorzuheben, daß im Zeitraum vom 4. November 1975 bis 5. Dezember 1978 seitens des Bundesheeres für das Bundesland Niederösterreich Aufwendungen in der Höhe von rund S 960.290.200,-- getätigt wurden.

Eine Übersicht der wichtigsten gesetzten Maßnahmen aus dem Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung ist der beiliegenden Anlage zu entnehmen.

Bundesland: NIEDERÖSTERREICH (4. November 1975 bis 5. Dezember 1978)

öS

Stunden Wohnungen Bedienstete

1. Versorgung des Bundesheeres:

a) Beschaffungen (Waffen, Munition, Sprengmittel, Kraftfahrzeuge, -Ersatzteile, Leder, Textilbekleidung, Brenn-, Kraft-, Schmierstoffe, Maschinen, Werkzeuge etc.) 348,594,372,90

b) Reparaturen (an Kraftfahrzeugen, Waffen, Fernmeldegerät etc.) 2,216.595,--

c) Baumaßnahmen (militärisches Bauwesen und Aufwendungen für den Wohnbau) 214,635.773,47

d) Verpflegung 312,309.494,52

e) Reinigung von Wäsche, Ausrüstung und Bettensorten sowie Ausgaben im Rahmen der Jahreskreditverläge und Ausgabebefugnisse 82,445.585,15

2. Assistenzleistungen (§ 2 Abs. 1 lit. c des Wehrgesetzes 1978); Hilfeleistungen des Bundesheeres im Rahmen der Ausbildung:

88.745

3. Zuweisung von Naturalwohnungen an Ressortbedienstete:

15

4. Personalaufnahmen:

1. 358

- 140 -

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Seitens des Bundesministeriums für soziale Verwaltung wurden in den Jahren 1976, 1977 und 1978 für das Bundesland Niederösterreich folgende Maßnahmen eingeleitet:

Im Bereich der

I. Arbeitsmarktpolitik

II. Allgemeinen und besonderen Sozialhilfe

Konkret kann ich dazu folgendes ausführen:

I. Arbeitsmarktpolitik

Grundlage der von der Arbeitsmarktverwaltung im gesamten Bundesgebiet gesetzten Aktivitäten war weiterhin das 1971 formulierte arbeitsmarktpolitische Konzept. Auf Grund dessen wird - basierend auf den Ergebnissen der Arbeitsmarktvorschau - alljährlich ein arbeitsmarktpolitisches Schwerpunktprogramm erstellt, das die Leitlinien für die jeweilige Arbeitsmarktpolitik, d.h. für den Einsatz der arbeitsmarktpolitischer Instrumente festlegt. Entsprechend den übergeordneten Zielen der Arbeitsmarktverwaltung, die Einkommensicherung für den einzelnen, die freie Wahl der Arbeit (des Berufes), die überlegte Wahl der Arbeit (des Berufes) und eine produktive Beschäftigung der einzelnen Arbeitskräfte zu verwirklichen, wurden die Aktivitäten der Arbeitsmarktverwaltung in den ersten beiden Jahren der Legislaturperiode auf folgende Schwerpunktbereiche des Arbeitsmarktgeschehens konzentriert:

- 141 -

- \* Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung durch Sicherung von Beschäftigungsmöglichkeiten für die zunehmende inländische Erwerbsbevölkerung bzw. die größere Zahl der unselbstständig Beschäftigten sowie die Unterbringung der größeren Zahl der neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Jugendlichen.
- \* Möglichst optimale Anpassung des Arbeitsangebotes an die Nachfrage im Bereich der Berufsqualifikation sowie im Bereich der regionalen Verteilung.
  - a) Verbesserung der Eingliederung sowie der beruflichen Situation von Frauen am Arbeitsmarkt.
  - b) Verbesserung der beruflichen Resozialisierung von Behinderten und die Verbesserung der ergonomischen Bedingungen.
  - c) Verbesserung der Situation älterer Arbeitsloser bzw. von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen.

Die Änderung des Konjunkturverlaufes veranlaßte die Arbeitsmarktverwaltung zu einer Modifizierung der Zielsetzung dahingehend, daß eine Erhöhung der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für ein zusätzliches inländisches Arbeitskräfteangebot erreicht werden sollte, wobei gleichzeitig der Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern war. Dafür schienen folgende Schwerpunkte geeignet:

- \* Eine bessere Erfassung und Information über offene Stellen.
  - Damit sollen insbesondere regionale Unterschiede im Beschäftigungsgrad ausgeglichen werden.
- \* Mittel zur Beschäftigungssicherung und zur Arbeitsplatzbeschaffung sollen die Schulung, die Strukturverbesserung innerhalb der Betriebe, sowie auch die vorzeitige Aufnahme von Arbeitskräften unterstützen.
- \* Für neu ins Berufsleben eintretende Jugendliche wird die Berufsaufklärung und -beratung verbessert sowie durch finanzielle Zuwendungen an Betriebe die Aufnahme von Lehrlingen erweitert.
- \* Die Ausländerbeschäftigungspolitik hat sich zum Ziel gesetzt, den Stand der in Österreich beschäftigten Ausländer durch Nichtersetzen des laufenden Abganges um etwa 15 % zu reduzieren. Diese Politik wird im wesentlichen auch 1979 fortgesetzt werden.

- 142 -

Unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten hat das Landesarbeitsamt Niederösterreich seine Aktivitäten nach diesen Schwerpunkten ausgerichtet. Für den Bereich des Arbeitsmarktser- vice bedeutet dies eine weitere Ausgestaltung der Informations-, Vermittlungs- und Beratungsfunktion.

Um den großen Kundenkreis der Arbeitsmarktverwaltung erreichen und ansprechen zu können, war die leicht zugängliche und leicht verständliche schriftliche Information über den Arbeitsmarkt, die einzelnen Teilarbeitsmärkte, die überschaubare Entwicklung sowie die Verhältnisse und Anforderungen in einzelnen Berufen erforderlich. Auf diese Weise konnte mit geringem Personaleinsatz eine möglichst große Breitenwirkung der Arbeitsmarktinformation erreicht werden. Das moderne Organisationsschema der Arbeits- marktverwaltung, das die weite Verbreitung der Information und den allgemeinen Zutritt zu ihr allen anderen Gesichtspunkten über- ordnet, ermöglicht eine flexible Organisation und die Integration der Dienste. Information kann heute überall gegeben werden, der gebotene Dienst kann nach dem individuellen Bedarf durch Inanspruchnahme des offenen oder geschlossenen Kundendienstes do- siert und dimensioniert werden.

In Verwirklichung dieser Grundsätze wurden auch bei den Dienst- stellen der Arbeitsmarktverwaltung im Bundesland Niederösterreich die Serviceeinrichtungen laufend ausgebaut. So wurde z.B. die Zahl der Leseräume bzw. Leseecken erhöht und die Einrichtung des offenen Kundenempfanges erweitert.

Für Leistungen im Bereich des Arbeitsmarktservice wurden im Jahre 1976 rund 91,9 Mill.S, im Jahr 1977 rund 97 Mill.S und im Jahr 1978 rund 103,8 Mill.S aufgewendet.

Entsprechend den Schwerpunkten erfolgte auch der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Die vom Arbeitsmarktförderungs- gesetz vorgesehenen Förderungsmöglichkeiten werden nachstehend beschrieben. Sie beziehen sich im wesentlichen auf folgende Bereiche

- 143 -Berufliche Mobilität

Die Förderung der beruflichen Mobilität wird als Arbeitsmarktausbildung bezeichnet. Darunter ist die Ein-, Um- und Nachschulung oder die nicht in einem Lehrberuf erfolgende berufliche Ausbildung, ferner eine Arbeitserprobung, eine Berufsvorbereitung oder ein Arbeitstraining sowie die Weiterentwicklung im Beruf zu verstehen. Im Rahmen der Arbeitsmarktausbildung werden den Schulungsteilnehmern Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt, die sie zum Erwerb einer bisher fehlenden Qualifikation zur Verbesserung der bereits erreichten beruflichen Qualifikation brauchen.

Die Arbeitsmarktausbildung ist das wichtigste arbeitsmarktpolitische Instrument, weil sie in Zeiten des konjunkturellen Aufschwunges für die Höherqualifizierung von Arbeitskräften, für die Gewinnung von zusätzlichen Arbeitskräften sowie für die Um- schichtung auf eine produktivere Beschäftigung herangezogen werden kann. In konjunkturellen Abschwungphasen kann diese Förderung als beschäftigungssicherndes Instrument verwendet werden, da sie in den Zeiten der Nichtauslastung von in Beschäftigung stehenden Arbeitskräften bzw. von Arbeitskräften während der Dauer ihrer Freisetzung für den Erwerb zusätzlicher Kenntnisse und Fertigkeiten genutzt werden kann.

Über die in den vergangenen Jahren durchgeföhrten Auffangschulungen gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluß:

Anzahl der Betriebe	Anzahl der geschulten Personen	aufgewandter Betrag in Mill. S
1976 15	985	4,2
1977 12	201	3
1978 25	501	8

Geographische Mobilität

Die Mitwirkung an der Lösung von Problemen, die sich aus strukturellen Mängeln oder regionalen Besonderheiten ergeben, gehört ebenfalls zu den Aufgaben der Arbeitsmarktverwaltung. Die Mobilitäts-

beihilfen erleichtern es dem Arbeitssuchenden, an einem anderen Ort als seinem Wohnort eine Beschäftigung oder Ausbildung anzu treten oder aufrecht zu erhalten. Dadurch kann eine volkswirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch wünschenswerte Besetzung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen begünstigt und eine unerwünschte Fluktuation hintangehalten werden.

Diese Beihilfen sind ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument, um einen Ausgleich in geographischer Hinsicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu bewirken bzw. um Anreize zum Antritt oder zur Aufrechterhaltung arbeitsmarktpolitisch interessanter Beschäftigungen und Ausbildungen zu bieten. Zur Mobilitäts- und Arbeitsantrittsförderung werden jene Beihilfen gezählt, die den Antritt eines Arbeits- oder Ausbildungsplatzes oder notwendige Anschaffungen im Zusammenhang mit dem Auffinden, dem Beginn oder der Aufrechterhaltung einer Beschäftigung bzw. Ausbildung aus beschäftigungspolitischen Gründen erleichtern.

#### Arbeitsbeschaffung

Das Instrumentarium des Arbeitsmarktförderungsgesetzes enthält Möglichkeiten für Maßnahmen zum Ausgleich sowohl kurzfristiger als auch längerfristiger Beschäftigungsschwierigkeiten.

Über die in Niederösterreich durchgeföhrten investiven Maßnahmen (gem. § 27 (1) lit.a bzw. 35 (1) lit.a AMFG) gibt nachstende Zusammenstellung Aufschluß:

Betriebe	gesicherte Arbeitsplätze	Aufwand in Mill.S
1976 18	3.183	21,6
1977 12	1.451	5,-
4	78 (neu geschaffen)	1,3
1978 22	3.373	21,-
3	122 (neu geschaffen)	4,2

Darüber hinaus kann neben den Möglichkeiten, die die Produktive Arbeitsplatzförderung gem. § 27 (1)b AMFG bietet, mit Hilfe des Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetzes insbesondere

auch ein Beitrag zur Verhinderung der Winterarbeitslosigkeit geleistet werden.

#### Ausbildung in einem Lehrberuf

In der Möglichkeit, Beihilfen zur Erleichterung der beruflichen Ausbildung in einem Lehrberuf zu gewähren, verfügt die Arbeitsmarktverwaltung über ein Instrument, das ergänzend zu den Beratungs- und Vermittlungsdiensten die Erlangung eines Ausbildungsplatzes oder die Sicherung einer beruflichen Ausbildung erleichtert. Für die Lehrstellensuchenden der Jahre 1976, 1977 und 1978 wurde im Einvernehmen mit dem geschäftsführenden Ausschuß des Beirates für Arbeitsmarktpolitik ein Sonderprogramm durchgeführt, das die Förderung zusätzlich geschaffener Lehrstellen vorsah.

#### Behinderte

Der Kreis der Behinderten umfaßt nach dem AMFG sowohl Personen mit körperlichen und psychischen Behinderungen als auch Personen, die es aus anderen Gründen besonders schwer haben, sich auf dem freien Arbeitsmarkt zu behaupten. Die Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung haben besondere Bemühungen für diese Personen zu unternehmen, wobei angestrebt wird, für diesen Personenkreis eine dauerhafte Lösung ihres Beschäftigungsproblems herbeizuführen.

Das im Herbst 1977 der Öffentlichkeit vorgestellte Konzept zur Eingliederung Behindter (Rehabilitationskonzept) sieht neben der Intensivierung der bisherigen Aktivitäten den verstärkten Ausbau der geschützten Werkstätten unter Wahrung des Prinzips, primär die Beschäftigung Behindter auf dem offenen Arbeitsmarkt anzustreben, vor. Aufgrund von Erhebungen der Arbeitsmarktverwaltung ist die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in geschützten Werkstätten in der nächsten Zeit erforderlich.

#### Ausstattung

Außer den investiven Förderungsmaßnahmen für Einrichtungen der Rehabilitation hat die Arbeitsmarktverwaltung die Möglichkeit,

weitere Förderungsmaßnahmen einzusetzen. Es handelt sich dabei um Förderungen der Ausstattung, Erweiterung und Errichtung von beruflichen Schulungsstätten. Diese Möglichkeiten, die vorerst nur für den Bereich der Erwachsenenbildung vorgesehen war, bestehen seit dem Inkrafttreten der 4. Novelle zum AMFG im Jahre 1976 auch für Jugendliche, die einen Lehrberuf erlernen.

Außer dem Aufwand für arbeitsmarktpolitische Förderungsmaßnahmen erbringt der Bund im Rahmen der Arbeitsmarktverwaltung noch Leistungen nach den Bestimmungen des Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetzes und des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Weiters wird noch darauf hingewiesen, daß am 1. Jänner 1978 das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz - IESG - in Kraft getreten ist. Durch IESG wird sichergestellt, daß in Konkurs- und Ausgleichsfällen sowie in den Fällen, in denen mangels hinreichenden Vermögens des Arbeitgebers nicht einmal ein Konkurs eröffnet wurde, die den Arbeitnehmern zustehenden, jedoch nicht erfüllten Forderungen (Entgeltansprüche, Abfertigungen usw.) durch die Gewährung des sogenannten Insolvenz-Ausfälligeldes sofort und in voller Höhe abgedeckt werden.

## II. Allgemeine und besondere Sozialhilfe

Die Leistungen der allgemeinen und besonderen Sozialhilfe für Personen bzw. Institutionen im Bundesland Niederösterreich ab dem Jahre 1976 betrugen:

### 1. Kriegsopferversorgung

#### 1.1. Anzahl versorgungsberechtigter Personen zum 1. Juli

Jahr	1976	1977	1978
Besch.	20696	19721	19360
Witwen	19061	18401	18389
Waisen	651	608	604
Eltern	5183	4320	4067
Summe	45591	43050 <sup>+) 42420</sup>	

<sup>a)</sup> Stand 1.1.78

1.2. Erbrachte Leistungen sind für das Bundesland Niederösterreich gesondert nicht feststellbar, da vom Landesinvalidenamt für Wien der Aufwand für Versorgungsleistungen für die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland gemeinsam verrechnet wird.

## 2. Heeresversorgung

Die Anzahl der versorgungsberechtigten Personen und die hiefür erbrachten Leistungen sind für das Bundesland Niederösterreich gesondert nicht feststellbar.

## 3. Opferfürsorge

### 3.1. Anzahl versorgungsberechtigter Personen zum 1. Juli

Jahr	1976	1977	1978
Opfer	168	173	239
Hinterbliebene	209	210	220
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	377	383 <sup>+) </sup>	459

<sup>+)</sup> Stand 1.1.78

3.2. Erbrachte Leistungen sind für das Bundesland Niederösterreich gesondert feststellbar, da in den Rechnungsabschlüssen der ZEDVA nur Erfolgsziffern für das gesamte Bundesgebiet aufscheinen.

## 4. Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen

Die Anzahl der Hilfeleistungen sind für das Bundesland Niederösterreich gesondert nicht feststellbar.

## 5. Kleinrentnerentschädigung

Die Anzahl der Bezugsberechtigten und die erbrachten Leistungen sind nur für das gesamte Bundesgebiet feststellbar.

- 148 -

6. Invalideneinstellungsgesetz - geleistete Zuschüsse aus dem Ausgleichstaxfonds

Jahr	1976	1977	1978
Subventionen für Behinderten-einrichtungen	0,379	0,228	1,348
Subventionen für KOV-Heime	0,950	0,490	0,890
Zuschüsse für Behinderte u. Arbeitsplatzausstattung	0,020	0,028	0,203
Erholungsfürsorgemaßnahmen für Kriegsopfer	1,400	1,400	1,700
Fürsorgemaßnahmer. f.Kriegsopfer	0,700	0,800	0,700
<u>Summe Niederösterreich</u>	<u>3,449</u>	<u>2,946</u>	<u>4,841</u>
Zuschüsse für Behinderte u.Arbeitsplatzausstattung im Bereich Wien, Niederösterreich u.Burgenland	<u>0,888</u> *)	<u>1,622</u> *)	<u>2,030</u> *)

\*) Diese Zuschüsse können länderweise nicht aufgegliedert werden.

Es darf jedoch der Vollständigkeit halber bemerkt werden, daß darüber hinaus noch beträchtliche finanzielle Mittel aus dem Ausgleichstaxfonds für andere Zwecke, wie z.B. für Studien- und Lehrlingsbeihilfen, aufgewendet wurden.

7. Beratungsdienst in sozialen Angelegenheiten (Amtstage)

7.1. Anzahl der Personen hinsichtlich der Inanspruchnahme

1976	1977	1978
650	903	**)

\*\*) Zahlen liegen noch www.parlamenteval.at nicht vor.

- 149 -

### S T A T I S T I K

der im Bundesland Niederösterreich vom Jahr 1976 bis 1978 erfolgten wesentlichen Förderungen. Die einzelnen Förderungsarten sind im Textteil beschrieben.

Zu den Tabellen ist zu bemerken, daß infolge einer Umstellung in der statistischen Erfassung zur Angleichung an das Programmudget, um künftig einen Konnex zwischen der Förderung von Personen und dem finanziellen Aufwand herstellen zu können, nicht alle Tabellen konkret vergleichbar sind.

## Entwicklung des Standes an vorgemerkten arbeitslosen Jugendlichen: (im Jahresdurchschnitt)

1976	1977	1978
361	313	312 *)

## Entwicklung des Standes der vorgemerkten Lehrstellensuchenden: (im Jahresdurchschnitt)

1976	1977	1978
1.166	1.118	863 *)

\*) vorläufige Berechnung, ohne Dezemberwert 1978

Für das Bundesland NO stellt sich der Erfolg der durchgeführten Arbeitsmarktpolitik statistisch bzw. geldmäßig wie folgt dar:

Entwicklung der Serviceeinrichtungen bei den Arbeitsämtern:

Zahl der AÄ	Leseraum bzw. Leseecke	Offener Kunden- empfang	Auftragszentrale	Stellenlisten
1976	24	24	18	23
1977	24	24	19	23
1978	23	23	20	23

Entwicklung der unselbständig Beschäftigten:

<u>im Jahresdurchschnitt</u>	1976	1977	1978
	403.594	422.607	428.653 *)

Entwicklung der Arbeitslosen:

<u>im Jahresdurchschnitt</u>	1976	1977	1978
	8.642	7.525	8.640 *)

\*) vorläufige Berechnung

Arbeitsmarktausbildung gemäß § 19 Abs.1 lit.b in Verbindung mit den §§ 20 Abs.2 lit.a-d, Abs.1-3 und 26 Abs.1 AMFG

Geförderte Personen davon erhielten eine Förderung gemäß § 19 Abs.1 lit.b in Verbindung mit

Insgesamt	§ 20 Abs.2 lit. a - d	§ 21 Abs.1	§ 21 Abs.2	§ 21 Abs.3	§ 26 Abs.
-----------	--------------------------	------------	------------	------------	--------------

1976	-	-	-	-	-
1977	7.793	2.173	1.278	361	1.700
1978					2.281
I-VI	4.735	1.335	610	380	1.051

Gewährung von Kinderbetreuungsbeihilfe gemäß § 19 Abs.1 lit.l und § 20 Abs.12 AMFG

In der Berichtszeit gewährte Begehren

1976	-
1977	23
1978 I-VI	17

Förderung von Personen gemäß § 19 Abs.1 lit.a und § 20 Abs.1 AMFG

Zahl der in der Berichtszeit geförderten Lehrlinge

Insgesamt	einmalige	laufende	einmalige und laufende
-----------	-----------	----------	------------------------

1976	-	-	-
1977	3.120	764	2.321
1978 I-VI	1.454	163	1.290

Förderung von Personen gemäß § 19 Abs. 1 lit.b in Verbindung mit § 20 Abs. 2 lit. a, b und d AMFG

Geförderte Personen insgesamt	Arbeitserprobung, Berufsvorbereitung, Arbeitstraining	Schulung durch			Umschulung
		Einschulung	Nachschrung		
1976 2.173 *)	-	184	1.691	273	
1977 -	-	-	-	-	
I-VI/78 1.335 *)	-	28	1.218	87	

Förderung von Personen gemäß § 19 Abs.1 lit.b in Verbindung mit § 20 Abs. 2 lit..c AMFG

Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes

Geförderte Personen insgesamt	Arbeitserprobung, Berufsvorbereitung, Arbeitstraining	Schulung durch			Umschulung
		Einschulung	Nachschrung		
1976 -	-	137	1.253	242	
1977 1.635	3	18	769	65	
I-VI/78 852	-				

Förderung von Schulungen in Betrieben gemäß § 19 Abs. 1 lit.b in Verbindung mit § 21 Abs.1 AMFG

Zahl der geförderten Betriebe	insgesamt	Zahl der in diesen Betrieben geschulten Personen		weibl.
		männl.		
1976 -	-			
1977 334	1.278	478	800	
I-VI/78 186	610	327	283	

\*) Behinderte nicht aufzugliedern

Förderung der geographischen Mobilität und des Arbeitsantrittes gemäß § 19 Abs.1 lit.c bis k AMFG

Zahl der in der Berichtszeit gewährten Beihilfebegehren nach Beihilfearten

Vorstellungs- und Bewerbungs-beihilfe	Reise-bei-hilfe	Über-sied-lungs-beih.	Trennungs-beihilfe	Pendel-beihilfe	Arbeits-aus-stattungs-beihilfe	Arbeits-platz-aus-rüstung	Über-brückungs-beih.	Nieder-lassungs-beihilfe	Wohn-platz-bei-hilfe	Start-beihilfe
1976	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1977	600	225	6	65	90	1	37	73	-	-
I-VI/78	565	139	-	11	56	1	19	47	-	1

Förderung der geographischen Mobilität und des Arbeitsantrittes  
gemäß § 19 Abs. 1 lit. c bis h AMFG

Im Berichtszeitraum gewährte Beihilfen

Vorstel- lungs u. Bewer- bungs- beihilfe	Reise- bei- hilfe	Übersied- lungsbei- hilfe	Trennungs- bei- hilfe	Pendel- bei- hilfe	Arbeits- ausstatt- ungsbei- hilfe	Über- brück- ungs- beihil- fe
			1976			
			-	-	-	-
			1977			
600	225	6	65	90	1	73
			I-VI/78			
565	139	-	11	56	-	47

Kurzarbeitsbeihilfe gemäß § 27 Abs. 1 lit. d in  
Verbindung mit § 29 AMFG

Bewilligte Begehren	Von Kursarbeit betroffene Personen	Geförderte Ausfall- stunden
1976	-	-
1977	-	-
I-VI/78	-	-

Umstellungs- und Sanierungsmaßnahmen gemäß § 27 Abs. 1 lit. a  
in Verbindung mit § 28 Abs. 4 lit. b AMFG

Bewilligte Begehren	Zahl der gesicherten Arbeits- plätze
1976	-
1977	-
I-VI/78	120

Personen, an die Beihilfen gem. § 19 Abs.1 lit.b, § 20 Abs.2 und § 21 Abs.1 und 2 AMFG bewilligt wurden:

insgesamt	von den insg. Genannten nahmen an einer kurs-od. lehr-gangsmäßigen Schulung teil	von den insg. Gen.nahmen an einer betrieb.-Schulung teil	die Schulung der insgesamt genannten Personen erfolgte durch	Arbeits-erprobung, Berufsvorbereitung bzw. Arbeits-training	Ein-schulung	Nach-schulung	Um-schulung
1976	7.234	3.609	3.625	28	862	4.588	1.756
1977	2.148	-	-	-	184	1.691	273
1978/ I-VI	1.333	--	-	-	28	1.218	87

Arbeits-, Ausbildungsplatzantritts- und Mobilitätsförderungsbegehren gem. § 19 Abs.1 lit.c - 1 und § 27 Abs.1 lit.c AMFG:

Zahl d. im dav. be-Berichts-zeitraum eingeb. Begehren	die bewilligten Beihilfebegehren wurden gestellt von Personen, die aus der Land-u. Forstw. Forstwirt- besch. schaft waren od. abwandern sind u. gem. § 27 (1)c AMFG gef. werden	aus der i.d. Land- u. Forstw. Bauwirt- besch. schaft waren od. abwandern sind u. gem. § 27 (1)c AMFG gef. werden	aus der i.d. Bau- wirtsch. besch. waren od. abwandern sind u. gem. § 27 (1)c AMFG gef. werden	aus d. Arbeitskräfte- reserve kommen u. beim Arbeitsamt waren od. arbeits-los vor- gemerkt waren	behindert Lehrling sind nicht vor- gemerkt waren	behindert Lehrling sind
1976	3.220	2.532	11	1.322	17	4

1976	3.220	2.532	11	1.322	17	4	759	119	147	15
1977 *)	-	1.097	-	-	-	-	-	-	-	-
1978 *)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

\*) 1977 geänderte Zählgrundlage

## Förderung von Betrieben gem. § 21 Abs.1 und 2 AMFG:

Förderung gem. § 21 Abs.1 AMFG			Förderung gem. § 21 Abs.2 AMFG			Zahl der insges. ge-schulter Personen			
Zahl der geförd. Betriebe	Zahl d.in diesen Betrieben ge-schulten Personen		Zahl der geförd. Betriebe	Zahl der in diesen Betrieben geschulten Personen					
	insges.	männl.		insges.	männl.	weibl.			
1976	416	1.763	655	1.108	113	1.859	1.428	431	3.622
1977	334	1.278	478	800	34	321	162	159	1.599
1978/I-VI	186	610	327	283	42	380	199	181	990

## Förderung von Einrichtungen gem. § 21 Abs. 3 AMFG (ab 1977 Übersicht über die Förderung von Schulungen in Einrichtungen gem. § 19 Abs. 1 lit.b in Verbindung mit § 21 Abs. 3 AMFG)

Zahl der Kurse	Zahl der förderbaren Kursteilnehmer			
	insg.	männlich	weiblich	
1976	170	1.893	1.202	691
1977	128	1.700	1.261	439
1978 I-VI	89	1.051	692	359

Behinderte:

	im Berichtsjahr gemeldete Behinderte	Anzahl der Fälle, für die im Berichtsjahr eine vorläufige oder endgültige Erledigung erfolgte.
1976 männlich	470	262
1976 weiblich	121	101
1976 insgesamt	591	363
1977 männlich	490	298
1977 weiblich	170	131
1977 insgesamt	660	429

Erfassung 1978 auf EDV umgestellt, Ergebnisse liegen derzeit noch nicht vor.

Wirksame Beschäftigungsgenehmigungen für ausländische Staatsangehörige:

	1976	1977	1978
im Jahresdurchschnitt	21.193	21.899	19.939

Ausbildungsbeihilfen für Lehrlinge (gem. §19(1)a in Verb. mit §20(1)AMFG):

	insgesamt	einmalige	laufende	einmalige u. laufende
1976				
männlich	1.281	603	678	-
weiblich	502	231	268	3
zusammen	1.783	834	946	3
1977				
männlich	1.493	551	936	6
weiblich	612	239	373	-
zusammen	2.105	790	1.309	6
1978				
männlich	197	111	85	1
weiblich	94	52	42	0
zusammen	291	163	127	1

Förderung von Schulungen in Betrieben gemäß § 19 Abs. 1 lit b  
in Verbindung mit § 21 Abs. 2 AMFG

Zahl der geförderte n Betriebe		Zahl der in diesen Betrieben geschulten Personen		
		insgesamt	männl.	weibl.
1976	-			
1977	34	361	162	159
I-VI/78	42	380	199	181

Förderung von Schulungen in Einrichtungen gemäß § 19 Abs.1  
lit.b in Verbindung mit § 21 Abs. 3 AMFG

Zahl der Kurse		Zahl der förderbaren Kursteilnehmer		
		insgesamt	männl.	weibl.
1976	-			
1977	128	1.700	1.261	439
I-VI/78	89	1.051	692	359

Förderung von Schulungen in Einrichtungen gemäß § 19  
Abs. 1 lit.b in Verbindung mit § 26 Abs. 1 AMFG

Zahl der Kurse		Zahl der geförderten Kursteilnehmer		
		insgesamt	männl.	weibl.
1976	-			
1977	151	2.281	1.644	637
I-VI/78	91	1.359	1.115	244

Förderung von Schulungen in Betrieben gemäß § 19 Abs. 1  
lit. b in Verbindung mit § 26 Abs. 1 AMFG

Zahl der Schulungen		Zahl der geförd. Schulungsteilnehmer		
		insgesamt	männl.	weibl.
1976	-			
1977	-			
I-VI/78	-			

Bekämpfung von kurzfristigen Beschäftigungsschwierigkeiten  
gemäß § 27 Abs.1 lit.a in Verbindung mit § 28 Abs. 2 u.3 AMFG

Bewilligte Begehren	Gesicherte und neu geschaffene Arbeitsplätze		
	insgesamt	männlich	weiblich
1976 -			
1977 9	1.687	522	1465
I-VI/78 5	971	627	344

Beihilfen gemäß § 27 Abs.1 lit.b in Verbindung mit § 28a AMFG (Wintermehrkostenbeihilfe) an Unternehmen der Bau-, Land- und Forstwirtschaft

Zahl d. bewilligten Begehren	Zahl der in den bewilligten Begehren erfaßten Personen (Förderzahl)		
Insgesamt	Bau- Land- Forst- wirtschaft	Insgesamt	Bau- Land- Forst- wirtschaft
1976 -			
1977 368	223	67	78
I-VI/78 183	44	67	72
		4.768	3.599
		2.130	1.098
		605	537
		564	495

Maßnahmen für Arbeitnehmer gemäß § 27 Abs.1 lit.c in Verbindung mit § 28 b AMFG

Bewilligte Begehren	Insgesamt	Fahrt	Trennung	Winter- arbeits- kleidung	davon für Personen i. der Land- u. Forst- Bauwirtschaft wirtschaft
1976 -					
1977 1.656	-	17	1.639	1.656	-
I-VI/78 1.597	-	17	1.580	1.597	-

## Kurzarbeit gemäß § 27 Abs.1 lit.d AMFG:

Bewilligte Begehren	von Kurzarbeit betroffene Personen			geförderte Ausfallstunden
	insgesamt	männlich	weiblich	
1976	2	198	159	79
1977	-	-	-	-
1978	-	-	-	-

## Schaffung, Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen gemäß § 35 Abs.1 lit.a in Verbindung mit § 36 AMFG:

Bewilligte Begehren	gesicherte und neugeschaffene Arbeitsplätze		
	insgesamt	männlich	weiblich
1976	6	721	307
1977	4	557	413
1978/I-VI	7	468	93

## Umstellungsbeihilfen gemäß § 35 Abs.1 lit.b in Verbindung mit § 37 Abs.1 AMFG:

Bewilligte Begehren	geförderte Umstellungskräfte		
	insgesamt	männlich	weiblich
1976	-	-	-
1977	-	-	-
1978	-	-	-

Übersicht

über die Gewährung von Beihilfen gem. § 27 Abs.1 lit.b und § 28a AMFG  
(Wintermehrkostenbeihilfe) an Unternehmen der Bau-, Land-  
und Forstwirtschaft

	Zahl der bewilligten Begehren				Zahl der in den bewilligten Begehren erfassten Personen			
	insgesamt	Bauwirt- schaft	Land- wirtsch.	Forst- wirtsch.	insgesamt	Bau- wirtschaft	Land- wirtsch.	Forst- wirtsch.
1976	358	219	65	74	4.009	2.951	528	530
1977	368	223	67	78	4.768	3.599	605	564
I-VI/78	183	44	6.7	72	2.130	1.098	537	495

Schlechtwetterentschädigung

eingebrachte Rück- erstattungsanträge	anerkannte Ausfall- stunden	eingebrachte Rück- erstattungsanträge	zuerkannte Ausfallstunden	eingebrachte zuerkannte Rückerstattungs- Aus- fallstunde
1976		1977		1978
14.497	1,432.631	12.678	1,197.172	11.849
				1,339.554

Schaffung, Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen gemäß § 35 Abs.1 lit.a (in Verbindung mit § 36) AMFG

Bewilligte Begehren	Gesicherte und neugeschaffene Arbeitsplätze		
	Insgesamt	männlich	weiblich
1976	-	-	-
1977	4	557	413
I-VI/78	7	468	93
			375

Beihilfebegehren zur Erleichterung der beruflichen Ausbildung in einem Lehrberuf gemäß § 19 Abs.1 lit.a in Verbindung mit § 20 Abs.1 AMFG

	Zahl der in der Berichtszeit gewährten Begehren			
	Insgesamt	einmalige	laufende	einmalige und laufende
1976	-	-	-	-
1977	2.105	790	1.309	6
I-VI/78	291	163	127	1

Geförderte Lehrlinge gemäß § 19 Abs.1 lit.a in Verbindung mit § 20 Abs.1 AMFG

	Zahl der in der Berichtszeit geförderten Lehrlinge			
	Insgesamt	einmalige	laufende	einmalige und laufende
1976	-	-	-	-
1977	3.120	764	2.321	35
I-VI/78	1.454	163	1.290	1

Förderung der Lehrausbildung in betrieblichen Einrichtungen gemäß § 19 Abs.1 lit.a (in Verbindung mit § 21 Abs.3) AMFG

Insgesamt	Zahl d. geförderten Lehrlinge		davon gefördert		Lehrwerkstätten der ÖBB	
	männlich	weiblich	durch Landesarb.	Insgesamt		
1976	-	-	-	-	-	
1977	303	265	38	231	193	
I-VI/78	66	64	2	12	10	
				2	2	
				54	54	
				-	-	

	Bezeichnung der Leistung	Niederösterreich in Mio.S		
		1976	1977	1978
1	Arbeitsmarktservice	91,979	97,012	103,869
2	Förderung der berufl. u. geograph. Mobilität u. des Arbeitsantritts	82,996	57,061	73,335
3	Arbeitsbeschaffung	29,278	32,724	46,275
darunter:				
311	Darlehen, Zinsenzusch. (bei kurzfristigen Beschäftigungsschwankungen)	4,361	5,407	12,318
312	Kurzarbeitsbeihilfen	0,105	0,500	0
313	Zuschüsse	0	0	2,000
32	Beihilfen zur Förderung von Winterarbeiten in der Bau-, Land- und Forstwirtschaft	18,359	24,718	24,352
331	Darlehen, Zinsenzusch. (zur Schaffung von Arbeitsplätzen u. Bekämpfung längerfristiger Beschäftigungsschwierigkeiten)	6,451	1,312	6,769
4	Förderung der Lehrausbildung u. Berufsvorschulung	7,777	10,765	16,266
5	Förderung für Behinderte im Sinne des § 16 AMFG	2,571	3,688	6,825
6	Aufwendungen für Ausländer	0,116	0,171	0,092
7	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe	50,269	44,244	52,709
8	Finanzielle Unterstützung von Trägern berufl. Schulungseinrichtungen für Ausstattungs-, Erweiterungs- oder Errichtungsinvestitionen	2,415	0	0,160
9	Barleistungen bei Arbeitslosigkeit u. Mutterschaft	451,987	456,217	550,066
darunter:				
91	Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sonderunterstützung, Überbrückungshilfe)	262,902	258,419	335,151
92	Leistungen bei Mutterschaft (= Karenzurlaubsgeld)	183,642	192,692	209,318
93	Wohnungsbeihilfe	5,442	5,104	5,597
	Summe 1 bis 9	719,389	701,882	852,518

- 150 -

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Während der laufenden Gesetzgebungsperiode sind seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst bedeutende Maßnahmen insbesondere im Bereich des Schulbaues, durch das Hallenbäderzuschußprogramm, durch das Sporthallenzuschußprogramm, durch Verbundlichungen von Privatschulen, durch Bundesschulneugründungen sowie auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung, der Sportförderung und der Kunstförderung u. a. a. gesetzt worden. Zu den einzelnen Bereichen möchte ich konkret folgendes festhalten.

1. Fertiggestellte Bundesschulneubauten

Projekt	Ausbildungsplätze	Baukosten in Mill.S
PÄDAK Baden	300	185
BHAK und BHAS Baden	570	65
BG und BRG Krems	600	25
BHAK und BHAS Neunkirchen	570	48
HBLA f.w.Frb.Hollabrunn	120	12
BHAK und BHAS Horn	420	56
BSZ Mistelbach	810	73
HTBLuVA Mödling (Laborgebäude)	630	41
BG und Wk. BRG Mödling	960	110
BBA f. KG u. AL St. Pölten	360	82
BHAK und BHAS, BFS f.w.Frb.Gmünd	360	40
BG, BRG, Stockerau	420	66
BRG Perchtoldsdorf	660	77

- 151 -

2. Teilbezugsfertiggestellt wurden:

BG, BRG, BHAK und BHAS Bruck/Leitha	750	65
HTBLA Hollabrunn	840	183

3. In Bau befindliche Bundesschulneubauten:

BG, BRG, Waidhofen/Ybbs (Zubau)	180	45
BORG Scheibbs	390	50
BRG, LAFFS Tulln	1110	160
BSZ Krems	1080	135
BHAK und BHAS Zwettl	330	34

Im Rahmen des Schülerheimzuschußprogrammes des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst finanzierte Heimneubauten in den Jahren 1976 bis 1978:

x)	PÄDAK Baden, Studentenheim	1,25 Mill.
	städt. Zentralschülerheim Hollabrunn	33,7 Mill.
	städt. Schülerheim Wr. Neustadt	2,0 Mill.
x)	Schülerheim III d. HTBLVA Mödling	10,0 Mill.
x)	Kolpingheimneubau Mistelbach	4 Mill.

Davon sind die mit x) bezeichneten Schülerheimneubauten bereits fertiggestellt.

4. Projekte aus dem Hallenbäderzuschußprogramm mit den Mitteln, die in den Jahren 1976 bis 1978 aufgewendet wurden:

Gmünd	1,6 Mill.
Perchtoldsdorf	1,0 Mill.
Krems	1,0 Mill.
Gänserndorf	1,0 Mill.
Neunkirchen	0,7 Mill.

5. Projekte des Sporthallenzuschußprogrammes mit den vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst in den Jahren 1976 bis 1978 aufgewendeten Mitteln:

Sporthalle Hollabrunn	11,0 Mill.
-----------------------	------------

- 152

Sporthalle Gänserndorf	1,0 Mill.
Sporthalle Waidhofen/Ybbs	16,5 Mill.
Sporthalle Krems	2,75 Mill.
Turnhalle Korneuburg	5,23 Mill.

Diese Hallen sind alle fertiggestellt.

6. Verbundlichungen von Privatschulen im Zeitraum 1976 - 1978:

HLA f.w.Frb. Hollabrunn  
 HAK und HAS Laa/Thaya  
 HAK und HAS Waidhofen/Thaya  
 HAS Gmünd  
 HAK und HAS Amstetten

7. Bundesschulneugründungen im Zeitraum 1976 - 1978:

HTBLA Hollabrunn  
 BHAK und BHAS Mistelbach  
 BFS f.w.Frb. Mistelbach  
 BRG Perchtoldsdorf  
 BFS f.w.Frb.Gmünd

8. Allgemeinbildende höhere Schulen:

Für die allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundeslandes Niederösterreich wurden im Zeitraum 1. Jänner 1976 bis 22. Dezember 1978 nachfolgend angeführte Kredite für die Anschaffung von Lehrmitteln, Geräten und Einrichtungsgegenständen zu Lasten des finanzgesetzlichen Ansatzes 1/12703 "Anlagen" bereitgestellt:

1976 .....	S	7,106.253
1977 .....	"	10,465.349
1978 .....	"	<u>20,742.530</u>
Summe: .....	S	38,314,132

- 153

**9. AHS-Bundeskvikte:**

Im Bereich der 8 AHS-Bundeskvikte in Niederösterreich wurden aus Anlagekrediten (1/12763) in den Jahren 1976 - 1978 folgende Anschaffungen getätigt:

**1976:**

Neben der allgemeinen laufenden Ergänzung und Erneuerung der Internatsräume, der Geräte in den Anstaltsküchen usw. wurden insbesondere im Bundeskonvikt für Mädchen in Krems neu adaptierte Räume für die Erweiterung des Konviktes eingerichtet. Größere Anschaffungen waren auch im Zuge der Erneuerung der Einrichtung der Aufenthalts- und Schlafräume im Bundeskonvikt Wiener Neustadt erforderlich. Durch die Übernahme einer Dependance für das Bundeskonvikt St. Pölten waren verschiedene zusätzliche Investitionen notwendig.

Gesamtbetrag: S 1,310.997,--

**1977:**

Schülerbüchereien wurden erweitert und Instrumente für Übungszwecke den Internatsschülern des Oberstufenrealgymnasiums mit Instrumentalmusik zur Verfügung gestellt. Schwerpunkt war die erste Etappe der Erneuerung der über 25 Jahre alten Küche des Bundeskonviktes für Knaben Waidhofen/Ybbs.

Gesamtbetrag: S 526.871,--

**1978:**

Die Neueinrichtung der Küche des Bundeskonviktes für Knaben Waidhofen/Ybbs wurde abgeschlossen und in anderen Bundeskonvikten Verbesserungen der Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung geschaffen.

Gesamtbetrag S 397.052,--

154

Somit wurde insgesamt für den angeführten Zeitraum ein Betrag von S 2,234.920,-- für die 8 AHS-Bundeskvikte in Niederösterreich aufgewendet.

10. Private Einrichtungen:

Nachfolgend angeführte private Einrichtungen im Bundesland Niederösterreich sind in den Jahren 1976 bis 1978 subventioniert worden:

1976:

Elternverein des BORG Scheibbs .....	S 90.000
Konvikt Melk .....	" 40.000
Studienheim Unterwaltersdorf .....	" 50.000
<b>Summe: .....</b>	<b>S 180.000</b>

1977:

Erzbischöfliches Seminar Hollabrunn ....	S 200.000
Gymnasium der Redemptoristen Katzelsdorf .....	" 400.000
Öffentliches Stiftsgymnasium Seitenstetten .....	" 700.000
Gymnasium Sacre-Coeur/Preßbaum .....	" 100.000
<b>Summe: .....</b>	<b>S 1,400.000</b>

1978:

Wk RG f. Mädchen - Institut BMV der Englischen Fräulein St. Pölten .....	S 130.000
Gymnasium Sacre-Coeur Preßbaum .....	" 1,200.000
Gymn. d. Redemptoristen/Katzelsdorf .....	" 30.000
<b>Summe: .....</b>	<b>S 1,360.000</b>

Es wurden somit für den genannten Zeitraum Subventionen in Gesamthöhe von ..... S 2,940.000 für private Einrichtungen im Bundesland Niederösterreich bereitgestellt.

-155 -

**11. Anlagen und Aufwendungen für mittlere und höhere berufsbildende Lehranstalten:**

siehe beiliegende Tabelle 1.

**12. Planstellen:**

In den Jahren 1976 bis 1978 wurden vom Bund für das Bundesland Niederösterreich im Rahmen der wichtigsten bedeutenden Maßnahmen (Verbundlichungen von Schulen und Schulneugründungen bzw. Schulneubauten) folgende Nichtlehrer-Planstellen zugewiesen:

Planstellenbereich:	Schule:	Planstellen:	I/c	I/d	II/p4	II/p5	Summe:
Allgemeinb.höhere Schulen:	BRG.Lilienfeld	1		2			
	BORG.Mistelbach			1			
	BRG Perchtoldsdorf	1	1				
	BG Schwechat	1	1			2	10
Pädagog.Akademien:	PA Niederösterr.			2			2
Bild.Anst.f.Al.,Kg. und Erzieher:	BA.f.Kg. Mistelbach				2		
	BA.f.Kg. St.Pölten				2		4
Techn.u.gew.LA.:	HTBLA.Hollabrunn	1	1	1			3
Sozialakad.-LA.f.FV.,LA f.geh.SB. Frauen- und Sozial- berufe:	St.Pölten	1/2					
	HBLA.f.w.FB.						
	Amstetten	1/2					
	HBLA.f.FVB.Krems	1/2					
	HBLA.f.w.FB. St.Pölten	1		1		1	
	HBLA.f.w.FB. Hollabrunn	1	1	1	4		11 1/2

**-156-**

Handelsakademien und Handelsschulen:	Amstetten	1	1	2
	Baden	1	1	6
	Laa/Th.	1	1	1
	Mistelbach	1/2		
	Neunkirchen	1	1	1
	Bruck/L.	1	1	2
	Gmünd	1	1	1
	Waidhofen/Th.	1	1	1
	Zwettl	1/2	1	1/2
	Stockerau	1/2	1	33

Konvикte, Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufsb.):	LH. Hollabrunn	1	2	3
--	----------------	---	---	---

Summe: 66 1/

**13. Schul- und Heimbeihilfen für Schüler an Schulen in Niederösterreich**

<u>Schuljahre</u>	<u>Beihilfenbezieher</u>	<u>Beihilfen</u>
1975/76	10.012	S 79,421.510,-
1976/77	9.785	" 78,946.459,-
1977/78	11.056	" 109,134.782,-
1978/79 1)	11.300	" 112,000.000,-

- 1) Erwartete Werte aufgrund mehrjähriger statistischer Auswertungen und des mitgeföhrten Arbeitsfortschrittsprotokolles

-157-

14. Schulbuchaktion:

Gutschein- und Fachbuchbestellungen von Niederösterreichischen Schulen

<u>Schuljahre</u>	<u>Gutscheinaktion</u>	<u>Fachbuchaktion</u>
1975/76	S 154,969,532,-	S 5,026.462,-
1976/77	" 159,828.829,-	" 5,861.233,-
1977/78	" 172,188.792,-	" 5,787.718,-
1978/79	" 182,513.276,-	" 6,142.421,-

15. Förderungen im Bereich der Erwachsenenbildung

siehe Tabelle 2

16. Sportstätten-Investitionsförderung

siehe Tabelle 3

17. Außerschulische Jugenderziehung

siehe Tabelle 4

18. Bildende Künste und Ausstellungen

	1976	1977	1978
Kunstankäufe	419.520,--	402.612,--	440.860,--
Landesverband der NÖ-Kunstvereine	120.000,--	80.000,--	290.000,--
Klosterneuburger Künstlerbund	5.000,--	5.000,--	---
Verein Dokumentation O.Kokoschka	50.000,--	40.000,--	30.000,--
Symposium Lindabrunn	100.000,--	70.000,--	70.000,--
Impuls Maria Schutz	25.000,--	25.000,--	25.000,--

19. Musik und darstellende Kunst

Stadttheater Baden	---	180.500,--	190.000,--
NÖ.Tonkünstlerorchester	3,720.000,--	3,534.000,--	3,734.000,--
St.Pöltner Festwochen	40.000,--	40.000,--	40.000,--

- 158 -

Festspiele Krems	150.000,--	150.000,--	150.000,--
Melker Sommerspiele	300.000,--	200.000,--	200.000,--
Stockerauer Festspiele	120.000,--	150.000,--	150.000,--
Nestroy Spiele Schwechat	30.000,--	30.000,--	30.000,--
NÖ.Kammerschauspiel			
Reichenau	50.000,--	150.000,--	50.000,--
Carnuntum Spiele	170.000,--	100.000,--	100.000,--
Grafenegger Schloßkonzerte	90.000,--	90.000,--	90.000,--
Internationale Kirchenmusiktage NÖ	50.000,--	50.000,--	---
NÖ.Musikschulen	280.000,--	535.000,--	506.000,--
Impuls Maria Schutz	40.000,--	60.000,--	46.000,--

#### 20. Literatur

Grasl Verlag	---	36.000,--	---
Internationales Nestroy Symposium	20.000,--	20.000,--	20.000,--
Impuls Maria Schutz	10.000,--	10.000,--	10.000,--
Symposium Lindabrunn	8.000,--	10.000,--	18.000,--

Mittlere und höhere Berufsbildenden Lehranstalten	Zuweisung 1975		Zuweisung 1976		Zuweisung 1977		Ausgabenhöchst- betrag 1978	
	Anlagen	Auf- wendungen	Anlagen	Auf- wendungen	Anlagen	Auf- wendungen	Anlagen	Auf- wendungen
In Tausend Schilling								
Technische und gewerbl. Lehranstalten	31 965	18 122	31 864	24 770	38 800	26 678	48 200	31 065
Sozialakademien, LA f. Frauen-, Fremdenverkehrs- u. Sozialberufe	1 110	2 426	1 230	3 296	1 147	3 729	1 340	5 352
Handelsakademien und Handelsschulen	7 170	5 288	12 926	6 670	7 918	8 750	13 015	13 242
Konvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufs- bildende)	1 360	9 832	852	8 519	1 193	9 370	690	9 682

**TABELLE 1**

## TABELLE 2

Förderungen für das Bundesland Niederösterreich  
im Rahmen der Erwachsenenbildung

	1975	1976	1977	1978
Bildungswerke	733.000.--	699.000.--	624.000.--	873.000.--
Volkshochschulen	630.242.--	678.067.--	658.439.--	610.303.--
Heime	300.000.--	300.000.--	300.000.--	300.000.--
Büchereien	870.000.--	1.003.000.--	1.107.000.--	998.500.--
Volkskulturelle Verbände	80.000.--	80.000.--	80.000.--	80.000.--
<b>insgesamt</b>	<b>2.613.242.--</b>	<b>2.760.067.--</b>	<b>2.769.439.--</b>	<b>2.861.803.--</b>

Außerdem erhielten Büchereien im Rahmen der Gesamtsubvention an das Österr. Borromäuswerk sowie durch den Österr. Büchereiverband und einzelne Institutionen der Erwachsenenbildung über die Subventionen an die gesamtösterreichischen Verbände weitere Förderungsbeträge.

# TABELLE 3

## Sportstättenbau-Investitionsförderung

### NIEDERÖSTERREICH

1976

Gem.Raabs/Thaya, Hallenbad	S 100.000.--
Gem.Gmünd, Hallenbad	S 100.000.--
Gem.Korneuburg/Bisamberg, Hallenbad	S 200.000.--
Gem.Weißenkirchen, Sporthalle	S 80.000.--
Gem.Krems, Mehrzweckhalle	S 200.000.--
Gem.Hollabrunn, Sporthalle	S 200.000.--
Gem.Gänserndorf, Sporthalle	S 400.000.--
Gem.Waidhofen/Ybbs, Sporthalle	S 200.000.--
Gem.Neunkirchen, Sporthalle	S 100.000.--
Union Mauer-Öhling, Sporthalle	S 100.000.--
NÖ.Fußballverband, Sportschule Lindabrunn	S 4,200.000.--
ASVÖ, Landessportschule Prein	S 50.000.--
Gem.Schönberg, Sportanlage	S 50.000.--
Gem.Schottwien, "	S 50.000.--
Gem.Ottenschlag, "	S 90.000.--
Gem.Furth/Göttwrig, "	S 50.000.--
Gem.Göstling/Ybbs, "	S 100.000.--
Gem.Mistelbach, "	S 200.000.--
Gem.Drosendorf, "	S 50.000.--
Gem.Markt Piesting, "	S 100.000.--
Gem.Ternitz, "	S 400.000.--
Gem.Kirchberg/Wagram, "	S 80.000.--
Gem.Scheibbs, "	S 100.000.--
TK Eggenburg, Tennisanlage	S 50.000.--
SV Hitzig-Pöchlarn, Umkleidekabinen	S 50.000.--
Vbd.d.Jagd-u.Wurftaubensch., Haringsee	S 50.000.--
NÖ.Landesjagdverband, Schießstand Wr.Neust.	S 50.000.--
Union RC Laxenburg, Richterturm	S 100.000.--
TV Höflein, Bootshaus	S 50.000.--
Gem.Rossatz, Sporthim	S 50.000.--
Gem.Wr.Neustadt, Stadiontribüne	S 100.000.--
	<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>
	S 7,700.000.--

1977

Gem.Raabs/Thaya, Hallenbad	S 70.000.--
Gem.Gmünd, Hallenbad	S 100.000.--
Gem.Korneuburg/Bisamberg, Hallenbad	S 200.000.--
Gem.Krems, Hallenbad	S 200.000.--
Gem.Krems, Sporthalle	S 300.000.--
Gem.Waidhofen/Ybbs, Sporthalle	S 200.000.--
Gem.Gänserndorf, Sporthalle	S 400.000.--
Gem.Schottwien, Turnsaal	S 50.000.--
Gem.Metzen, Kunsteishahn	S 500.000.--
Gem.Perchtoldsdorf, Kunsteishahn	S 500.000.--
Übertrag	
	<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>
	S 2,520.000.--

|- 2 -

Übertrag	S	2,520.000.--
NÖ.Fußballverband, Sportschule Lindabrunn	S	4,500.000.--
FC Admira-Wacker, Rasenstadion	S	250.000.--
Golfclub Hainburg, Anlage	S	150.000.--
Golfclub Wr. Neustadt, Anlage	S	45.000.--
Gem.Mistelbach, Sportanlage	S	200.000.--
Gem.Hollabrunn, "	S	200.000.--
Gem.Martt Piesting, "	S	100.000.--
Gem.Ternitz, "	S	400.000.--
Gem.Kirchberg/Wagram, "	S	80.000.--
Gem.Gresten, "	S	50.000.--
Gem.Ottenschlag, "	S	50.000.--
Wbd.d.Jagd-u.Wurftaubensch., Haringssee	S	522.000.--
	S	9,067.000.--
	=====	=====

1978

Gem.Korneuburg/Bisamberg, Hallenbad	S.	200.000.--
Gem.Krems, Sporthalle	S	200.000.--
Gem.Gänserndorf, Sporthalle	S	400.000.--
Gem.Waidhofen/Ybbs, Sporthalle	S	200.000.--
Gem.Wolkersdorf, Sporthalle	S	200.000.--
Gem.Wilhelmsburg, Sporthalle	S	150.000.--
Gem.Matzten, Kunsteisbahn	S	500.000.--
Gem.Perchtoldsdorf, Kunsteisbahn	S	400.000.--
Gem.Mistelbach, Sportanlage	S	200.000.--
Gem.Hollabrunn, "	S	200.000.--
Gem.Kirchberg/Wagram, "	S	80.000.--
Gem.Gresten, "	S	50.000.--
Gem.Weinburg, "	S	60.000.--
Gem.Senftenberg, "	S	60.000.--
Gem.Schönberg/Kämp, "	S	50.000.--
Gem.Sallingberg, "	S	80.000.--
Gem.Puchenstuben, "	S	80.000.--
Gem.Wr.Neustadt, Umkleidekabine	S	80.000.--
Gem.Traismauer, Tennisanlage	S	50.000.--
Gem.Sammerring, Tennishalle	S	200.000.--
ASVÖ, Sportschule Frein	S	100.000.--
Wbd.d.Jagd-u.Wurftaubensch., Haringssee	S	160.000.--
NÖ.Lds.Jagdverband, Schirranlage Wr.Neustadt	S	50.000.--
Steiner Ruderklub, Bootshaus	S	50.000.--
Union NÖ., Tenniszentrum Stockerau	S	100.000.--
NÖ.Fußballverband, Sportschule Lindabrunn	S	1,500.000.--
Golfclub Wr.Neustadt, Anlage	S	150.000.--
Golfclub Hainburg, Anlage	S	150.000.--
Gem.Schwechat, Großsportanlage	S	250.000.--
	S	5,950.000.--
	=====	=====

Name der Organisation	1976 S	1977 S	1978 S	GESAMTSUMME S
Pfarrzentrum St.Marien/Amstetten Errichtung eines Jugendzentrums	--	50.000,--	--	50.000,--
Musikkappe Aschbach/Markt Musikinstrumente für Jugendkapelle	--	20.000,--	--	20.000,--
Kinder- und Jugendzentrum Ebreichsdorf - Einrichtung und Adaptierung	30.000,--	--	--	30.000,--
Jugendklub Fischamend - Einrichtung eines Jugendheimes	--	--	50.000,--	50.000,--
Pfarramt Golling Einrichtung eines Jugendzentrums	--	50.000,--	--	50.000,--
Pfarramt Großkrut - Schaffung von Heimräumen für die Kinder- und Jugendarbeit	--	--	20.000,--	20.000,--
Gumpoldskirchner Spatzen Tourneen und Jugendmusik- pflege	20.000,--	75.000,--	20.000,--	115.000,--
Bund zur Errichtung und Erhaltung einer österr. Jugendburg - Ausbau der Burgruine Streitwiese als Jugendzentrum	10.000,--	--	30.000,--	40.000,--
Verein "Kulturförderung für den Bezirk Kirchschlag" Ausbau eines Jugendheimes	--	--	20.000,--	20.000,--

TABELLE 4

- 2 -

Name der Organisation	1976	1977	1978	GESAMTSUMME
	S	S	S	S
Jugendgruppe Kirchschlag/Buckl.W.				
Jugendkontakte mit Belgien	10.000,--	--	--	10.000,--
Blasmusik Königstetten				
Musikinstrumente für Jugendkapelle	10.000,--	10.000,--	20.000,--	40.000,--
Jugendsingkreis Krems				
Teilnahme an einem internat.				
Jugendtreffen in Dänemark	--	10.000,--	--	10.000,--
Marktgemeinde Neuhofen/Ybbs				
Errichtung der Ostarriche- Gedenkstätte	--	--	100.000,--	100.000,--
Niederösterr. Jugendinstitut				
Intern. Schi- Camp Lackenhof	10.000,--	Seminar "Impulse f.d. Gruppenarb. 25.000,--		
Pfadfinder und Pfadfinde- rinnen Österreichs				
Ausbau des Schulungsheimes "Wassergspreng" Mödling	50.000,--	--	--	50.000,--
Pfadfindergruppe Aschbach/Markt				
Heimadaptierung	--	--	31.500,--	31.500,--
Pfadfindergruppe Waidhofen/Ybbs				
Bastandsjubiläum - Veranstaltungen	--	10.000,--	--	10.000,--
Österr.Pfadfinderbund - Heimaus- bauten INSBESENDE Höflein und Königswald	--	100.000,--	66.300,--	166.300,--

- 3 -

Name der Organisation	1976	1977	1978	GESAMTSUMME
	S	S	S	S
Musikverein Ravelsbach	15.000,--	--	20.000,--	35.000,--
Musikinstrumente für Jugendkapelle				
Trachtenkapelle Rührsdorf-Roßatz für Jugendkapelle - Musikinstrumente und Reisekostenzuschuß	10.000,--	--	10.250,--	20.250,--
Jugendblasorchester Stadt Haag Reisekostenzuschuß	10.000,--	10.000,--	10.000,--	30.000,--
insgesamt .....				933.050,--
	=====	=====	=====	=====

- 159 -

## BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR

### Schwerpunkte

#### 1. Österreichische Bundesbahnen

##### 1.1. Investitionsschwerpunkte

- Von 1976 bis 1978 wurden im Bundesland Niederösterreich nachstehende Investitionsmittel für die ÖBB bereitgestellt:

Baudienst	S 1.750 Mio
Sicherungsdienst	S 418 Mio
Fernmeldedienst	S 104 Mio
Beschaffung von Bussen	<u>S 61 Mio</u>
	S 2.333 Mio

Bei allen Investitionen wurde darauf geachtet, einen möglichst hohen Anteil der Aufträge an die heimische Wirtschaft zu vergeben. Dementsprechend wurden mit Bauaufträgen nahezu ausnahmslos einheimische Firmen betraut; ebenso wurden nur Autobusse österreichischer Erzeugung angeschafft. Nur im Rahmen der Investitionen für den Fernmelde- und Sicherungsdienst mußte ein Teil der Aufträge an ausländische Lieferfirmen vergeben werden.

Im Rahmen der Beschaffung von Fahrbetriebsmitteln (Lokomotiven und Waggons) läßt sich eine Zuordnung der aufgewendeten Investitionsmittel für ein bestimmtes Bundesland nicht ohne weiteres vornehmen.

- 160 -

In den Jahren 1976 bis 1978 wurden für den Bundesbereich bestellt:

74 E-Loks	im Bestellwert von	S 1,474 Mrd
12 Elektrotriebwagen	" "	S 658 Mio
22 Dieselloks	" "	S 168 Mio
294 Reisezugwagen	" "	S 1,603 Mrd
2115 Güterwagen	" "	S 873 Mio

## 1.2. Reisezugverkehr

### 1.2.1. Personenfernverkehr

Die Österreichischen Bundesbahnen bemühten sich, im Berichtszeitraum ihr Verkehrsangebot ständig zu verbessern und den allgemeinen Bedürfnissen anzupassen.

Auf dem Gebiete des Personenfernverkehrs ist demnach insbesondere hervorzuheben:

- Einführung eines 2-Stunden-Takt-Verkehrs zwischen Wien und Graz bzw. Villach. Für den niederösterreichischen Raum wurde damit eine wesentliche Verbesserung der Verkehrsbedienung insbesondere in den Relationen nach Kärnten bzw. in die Steiermark geschaffen.
- Angesichts der stetig sowohl für die Wirtschaft als auch den Fremdenverkehr zunehmenden Bedeutung des Zentralraumes St. Pölten - Krems wurde die verkehrsmäßige Bedienung dieses Gebietes durch Anhalten aller Schnellzüge in St. Pölten (ausgenommen Transalpin und Orientexpress in der Ost-Westrichtung) sowie durch die Neueinrichtung zweier Eilzüge zwischen Wien und St. Pölten entscheidend verbessert. Ein neues Eilzugpaar zwischen Krems und Wien

- 161 -

Nord ermöglicht einen Anschluß an das Wiener Schnellbahnnetz und somit ein schnelles Erreichen der Wiener Innenbereiche sowie der südlich von Wien gelegenen niederösterreichischen Bezirke.

- Führung einer neuen Eilzugsverbindung "Schneeberg" zwischen Wien und Puchberg am Schneeberg an Sonn- und Feiertagen im Sommer. Damit wird dem Ausflugsverkehr, insbesondere an Wochenenden eine echte Alternative zum Privat-PKW geboten.

### **1.2.2. Personennahverkehr**

Im Zuge der Bemühungen um die Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Nahverkehrs wurden neue Anschlußverbindungen hergestellt sowie einzelne Verkehrslücken durch die Führung neuer Züge geschlossen.

Von besonderer Bedeutung sind hiebei die nachstehend angeführten Taktverkehre, die den vielfach geäußerten Wünschen des Berufs- und Schülerverkehrs entsprechen:

- Wien-Westbahnhof - Rekawinkel (1-Stunden-Takt)
- Wien Südbahnhof - Erzherzog Karl-Straße (1-Stunden-Takt)
- Wien Nord - Wolfsthal (2-Stunden-Takt)
- Wien Südbahnhof - Bruck an der Leitha (2-Stunden-Takt)
- Wien FJB - Tulln Stadt (1-Stunden-Takt)
- Wien Nord - Flughafen Wien Schwechat (1-Stunden-Takt)

### **1.3. Güterverkehr**

#### **1.3.1. Güterzugsverkehr**

Die Österreichischen Bundesbahnen waren im Berichtszeitraum bemüht, durch Einrichtung neuer Güterzugsverbindungen und Ausbau und Verbesserung der Verladeeinrichtungen in den Bahnhöfen die Umschlag- und Beförderungszeiten zu ver-

- 162 -

kürzen. Dadurch sollen der verladenden Wirtschaft neue und attraktivere Beförderungsmöglichkeiten geboten werden. Besonders ist zu erwähnen:

- Bildung von Direktzügen in der Relation Wiener Neustadt - Tarvis, was eine Kürzung der Beförderungsdauer bis zu 8 Stunden ermöglicht.
- Herstellung neuer Anschlußverbindungen vom Industriezentrum Niederösterreich Süd an die Nachtsprungverbindungen mit Verkürzungen der Beförderungsdauer bis zu 11 Stunden.
- Einrichtung einer in Krems die Frühbeistellung erreichenden Güterzugsverbindung Wien - Krems, wodurch Wagen für das Kamptal bzw. die Bahnhöfe an der Strecke Krems an der Donau - Grein - Bad Kreuzen um 24 Stunden beschleunigt werden.

Durch die Einrichtung einer Gütereilzugverbindung Krems an der Donau - Wien wird eine Beförderungsverkürzung von 6 Stunden erzielt.

- Herstellung einer Anschlußverbindung für Sendungen aus dem Raum St. Pölten und Amstetten an die Nachtsprungverbindung "Hellbrunn" Wien - Salzburg und an einen Gütereilzug Linz - Hall in Tirol.
- Bildung einer Frachtgruppe "Wörgl" bei den in Stadlau und Klein Schwechat ausgehenden Zügen. Durch die letztgenannten Maßnahmen konnten Beförderungsdauerverkürzungen bis zu 14 Stunden erzielt werden.

- In den Jahren 1976 bis 1978 wurde das Netz der ausschließlich im Wege des Fahrverschubes bedienten Verkehrsstellen wesentlich verdichtet. Bei dieser Verschubart handelt es sich um ein wagenumlaufbeschleunigendes Waggonbeistellverfahren. Im genannten Zeitraum wurden ca. 120 Verkehrsstellen in diese Bedienungsart einbezogen und somit eine wirtschaftlichere Abwicklung des Güterverkehrs und eine marktgerechte Bedienung der Kunden erreicht.

#### 1.3.2. Kraftwagengüterverkehr

Das Schwergewicht des Straßengüterverkehrs der Österreichischen Bundesbahnen liegt auf dem Straßenrollersektor. Zur Einsparung zeit- und personalintensiver Umschlagvorgänge wurden zwei zusätzliche Stützpunktbahnhöfe in Spratzern und Klein Wolkersdorf mit je einer Straßenrollerabsetzanlage eingerichtet. Eine solche Straßenrollerabsetzanlage ermöglicht die Haus-Haus-Beförderung von zweiachsigen Eisenbahnwagen mittels Straßenroller und damit die Gewinnung weiterer Bahnkunden.

#### 1.4. Anschlußbahnen

Im Berichtszeitraum wurden im Bundesland Niederösterreich 23 Anschlußbahnen neu errichtet und bei 47 Anschlußbahnen bauliche Veränderungen zur Kapazitätserhöhung vorgenommen. Die Errichtung bzw. bauliche Veränderung von 39 Anschlußbahnen wurde von den Österreichischen Bundesbahnen gefördert. Durch diese Förderungsmaßnahmen wird die Herstellung zweckentsprechender Gleisanschlüsse bis zum Lagerplatz oder der Produktionshalle der betreffenden Firmen ermöglicht.

### 1.5. Investitionen auf dem Bausektor

In den Jahren 1976 bis 1978 wurden in Niederösterreich umfangreiche Investitionen auf dem Hoch- und Tiefbausektor sowie für Streckenarbeiten vorgenommen, wobei durch die gezielte Auftragsvergabe an einheimische Firmen zur Stabilisierung der Beschäftigtenlage auf dem Bausektor beigetragen wurde. Folgende Schwerpunkte seien genannt:

- Mit den Arbeiten für den Zentralverschiebebahnhof Wien-Kledering, der zum Teil auf niederösterreichischem Gebiet liegt, wurde begonnen. Dieser Bahnhof ist eines der bedeutendsten Vorhaben der Österreichischen Bundesbahnen überhaupt, das in seinem Endausbau eine ganz wesentliche Verbesserung und Beschleunigung des Güterumschlages im ostösterreichischen Raum bringen wird.  
Der Umfang des Bauvorhabens und seine Konzeption nach dem letzten Stand der Technik wird für die geplante Bauzeit von 8 Jahren 950 Arbeitsplätze sichern und damit überaus positive Auswirkungen auf die Auftrags- und Beschäftigungslage der einschlägigen Betriebe nach sich ziehen.
- Durch die Errichtung von Über- bzw. Unterführungen oder Ersatzwegen konnten 157 Eisenbahnkreuzungen aufgelassen werden. Durch diese Investitionen wird sowohl die Sicherheit des die Bahn kreuzenden allgemeinen Verkehrs erhöht, als auch eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit der Bahn erreicht.
- Die Flughafenbahn Wien wurde unter teilweiser Neuverlegung der Trasse ausgebaut und ein moderner unterirdischer Bahnhof am Flughafen Wien-Schwechat errichtet. Damit wird eine rasche Verbindung zwischen der Wiener Innenstadt und dem Flughafen eingerichtet und die sehr frequentierten Straßen zum Flughafen werden entlastet.

- 165 -

- Der Ausbau der Nahverkehrsstrecken Wien-Südbahnhof - Neusiedl am See, Stockerau - Hollabrunn, Leopoldau - Mistelbach, Wien FJB - Tulln - Stockerau, Wien Westbahnhof
- Neulengbach wurde in Angriff genommen und damit die Realisierung attraktiver Nahverkehrsverbindungen weitgehend vorbereitet.
- In den Bahnhöfen Korneuburg, Stockerau, Wolkersdorf und Hollabrunn wurden im Interesse der Sicherheit der Reisenden Bahnsteigunterführungen errichtet.
- In den Bahnhöfen Retz und Stockerau wurden die Aufnahmgebäude renoviert; überdies wurden im Zuge der Einrichtung eines Nahverkehrs auf den Strecken Stockerau - Hollabrunn und Kitzendorf - Tulln sämtliche Verkehrsstellen adaptiert.
- Im Zuge der Bemühungen der ÖBB um die Betreuung der die Bahn benützenden Schüler wurde in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft "Rettet das Kind" in Krems ein Fahrschülerhort errichtet.

#### 1.6. Investitionen auf dem sicherungstechnischen Sektor

- Im Bahnhof Flughafen Wien-Schwechat wurde eine moderne Gleisbild-Mittelstellwerksanlage errichtet.
- Für die Semmering-Nordrampe wurde eine Fernsteuerung für die Sicherungsanlagen der Bahnhöfe Eichberg, Klamm-Schottwien und Breitenstein eingerichtet.
- In den Streckenabschnitten Meidling - Semmering, Floridsdorf - Stockerau, Floridsdorf - Gänserndorf, Wien Ostbahnhof - Gramatneusiedl - Wampersdorf und Gänserndorf - Bernhardsthal wurde die induktive Zugsicherung eingeführt.

- 166 -

- 65 Elektroschrankenanlagen wurden neu errichtet. Durch diese Maßnahmen wurde auch im Bundesland Niederösterreich ein dem Stand der Technik und den Erfordernissen entsprechender Sicherheitsstandard erreicht.

#### 1.7. Investitionen auf dem fernmeldetechnischen Sektor

- In neun Bahnhöfen wurden moderne Bahnfernprechanlagen eingerichtet und damit beste Voraussetzungen für eine gute betriebsinterne Kommunikation geschaffen.
- Zur Rationalisierung des Verschubdienstes und zur Erhöhung der Arbeitssicherheit des Personals wurde im Bahnhof Pöchlarn eine Verschubfunkanlage errichtet.

#### 1.8. Investitionen auf dem Gebiete der Elektrifizierung

In den Jahren 1976 bis 1978 wurden nachstehende Vorhaben fertiggestellt:

- Elektrifizierung der Strecken Gramatneusiedl - Bruck an der Leitha - Hegyeshalom, Gänserndorf - Bernhardsthal sowie von der Landesgrenze Wien/Niederösterreich (km 7,150) bis Tulln Stadt. Die Elektrifizierung dieser Strecken bedeutet gegenüber dem Dieselbetrieb eine erhebliche Fahrzeitverkürzung, die für den Berufsfahrerverkehr eine echte Alternative zum PKW und einen Anreiz zur Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel darstellt.
- Erneuerung und Erweiterung der Fahrleitungs-, Licht- und Kraftanlagen auf der Wiener Flughafenbahn.

- 167 -

- Errichtung einer 110 kV-Übertragungsleitung vom Unterwerk Angern zum Unterwerk Götzendorf sowie von der Abzweigung Starzing zum Unterwerk Tulln.

Alle Investitionen auf dem Gebiete der Elektrifizierung bedeuten neben betrieblichen Verbesserungen wie Fahrzeitgewinnen auch erhöhte Umweltfreundlichkeit des Bahnbetriebes.

### 1.9. Fahrpark

#### 1.9.1. Triebfahrzeuge

In den Jahren 1976 bis 1978 wurden bundesweit 86 Elektrotriebfahrzeuge (Lokomotiven und Triebwagen) sowie 22 Diesellokomotiven, deren Auslieferung 1977 abgeschlossen war, geliefert. Eine länderweise Aufgliederung ist, wie schon eingangs erwähnt, nicht ohne weiteres möglich.

Mit Ende 1976 wurde der Dampfbetrieb auf dem Normalspurnetz der Österreichischen Bundesbahnen, der zuletzt nur mehr in Straßhof konzentriert war, eingestellt.

Fernzüge auf Süd- und Westbahn werden in immer größerem Ausmaße mit den Hochleistungs-Thyristorlokomotiven der Reihe 1044 geführt, die eine erhöhte Zugkraft und Beschleunigung aufweisen. Auf der Semmeringstrecke können dadurch vornehmlich im Reiseverkehr Vorspannleistungen erspart werden. Die mit dem Endausbau der Elektrifizierung und der Verwendung modernster Fahrbetriebsmittel verbundenen Fahrplanverbesserungen ermöglichen den Reisenden, die etwa in St. Pölten, Amstetten und Wiener Neustadt zusteigen, die Benützung der Komfortzüge der ÖBB ohne zeitraubendes Umsteigen oder Umwege. Insbesondere die Neuindienststellung der Städtetriebzuggarnituren 4010 bildet hierfür eine Grundlage.

### 1.9.2. Reisezugwagen

Von 1976 bis 1978 wurden insgesamt 294 moderne Reisezugwagen an die Österreichischen Bundesbahnen ausgeliefert, von denen insbesondere die bequemen Inlandsreisezugwagen der Bauart "Schlieren" für den Verkehr innerhalb des Bundeslandes Verwendung finden. Über 80 dieser Wagen wurden im Berichtszeitraum in Dienst gestellt. Auch eine große Anzahl älterer Wagen wurden zeitgemäß modernisiert; die alten zweiachsigen Wagen können dadurch rascher ausgemustert werden. Diese Maßnahmen, die bewußt auf das Bedürfnis nach höherem Komfort im Personenreiseverkehr abgestellt sind, haben bereits beim Reisepublikum volle Anerkennung gefunden.

### 1.9.3. Güterwagen

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 2.115 Güterwagen ausgeliefert und in Betrieb genommen. Der Einsatz dieser nach den Erfordernissen der verladenden Wirtschaft entwickelten Wagen wird auch für die Unternehmen des Bundeslandes Niederösterreich von großem Nutzen sein.

- 169 -

## 2. Post- und Telegraphenverwaltung

### 2.1. Investitionsschwerpunkte

Von Beginn des Jahres 1976 bis 1978 wurden für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung im Bundesland Niederösterreich nachstehende Investitionsmittel bereitgestellt:

Postdienst	4,8 Mio S
Postautodienst (Busse und sonstige Fahrzeuge)	123,8 Mio S
Fernmeldedienst	
a) Leitungsbau	786,0 Mio S
b) Übertragungstechnik	189,0 Mio S
c) Vermittlungstechnik	1.311,0 Mio S
Hochbau	499,0 Mio S
	<hr/>
	2.913,6 Mio S

Auch bei der Post- und Telegraphenverwaltung wurde darauf geachtet, einen möglichst hohen Anteil an Aufträgen an die heimische Wirtschaft zu vergeben. Die Aufträge im Hochbau wurden zur Gänze von inländischen Firmen besorgt. Auch die neu in Dienst gestellten Busse wurden zur Gänze in Österreich hergestellt.

### 2.2. Postdienst

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Postversorgung im Bundesland Niederösterreich zielten verstärkt auf die Beschleunigung der Postbeförderung, auf die Verbesserung des Landzustelldienstes, auf die Schaffung weiterer kundendienstfreundlicher Postamtsräume sowie die innerbetriebliche Mechanisierung ab. Hierbei wären insbesondere zu erwähnen:

- 170 -

- Im Rahmen der Motorisierung des Landzustelldienstes wurden in den Jahren 1976 bis 1978 insgesamt 100 zweispurige Kraftfahrzeuge beschafft. Damit ist eine wesentlich schnellere Postbeförderung gewährleistet.
- Ein weiterer Schwerpunkt lag in der verstärkten Motorisierung zur Verbesserung der Paketzustellung, der Eil- und Telegrammzustellung sowie der Postbeförderung allgemein. Für diesen Zweck wurden weitere 31 Kraftfahrzeuge neu zugewiesen. Durch diese Maßnahme wird insbesondere den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung getragen.
- Zur Beschleunigung der Postbeförderung wurde ein Postschnellzugspaar auf der Strecke Wien - Villach - Wien eingerichtet, das eine schnellstmögliche Postzuführung aus und nach Kärnten und Steiermark gewährleistet.

### 2.3. Fernmeldedienst

- Die Zahl der Fernsprechhauptanschlüsse in Niederösterreich stieg im Zeitraum von Ende 1975/Anfang 1976 bis Ende November 1978 von 199.044 auf 283.680, somit also um 84.636 (das sind rund 42,5 %).
- Die Zahl der Fernschreibteilnehmer, die jeweils halbjährlich festgehalten wird, erhöhte sich von Ende 1975/Anfang 1976 bis Mitte 1978 von 1.157 auf 1.419, also um 262 (das sind rund 22,6 %).
- Die Verlegung von Weitverkehrskabeln und der verstärkte Ortsnetzausbau haben zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen. Beim Bau der Kabelverbindungen wurde besonders darauf geachtet, durch Einsatz modernster Systeme allen Kommunikationserfordernissen zu entsprechen. So wurden etwa die bestehenden Koaxialkabel durch neue Übertragungssysteme

- 171 -

mit einer Kapazität von 960 gleichzeitig möglichen Gesprächen auf den Strecken St. Pölten - Wien, Wien - Hollabrunn, Amstetten - Waidhofen an der Ybbs und Amstetten - Ybbs sowie von 300 Gesprächen auf den Strecken St. Pölten - Melk und St. Pölten - Lilienfeld erweitert.

- Die Aufnahmefähigkeit der Wählämter in Niederösterreich hat in den Jahren 1976 und 1977 durch die Inbetriebnahme von 45 Wählämtern, 44 Container-Wählämtern sowie durch die Erweiterung bestehender Wählämter um insgesamt 86.589 Fernsprechhauptanschlüsse zugenommen. Für die Jahre 1978 und 1979 wird die Zunahme voraussichtlich rund 95.000 betragen.
- Die Fernwählämter in Niederösterreich werden, dem steigenden Bedarf entsprechend, weiter ausgebaut. Nach dem ersten Netzgruppenbauamt mit Einrichtungen eines neuen modernen teilelektronischen Wählsystems in Bruck an der Leitha wurde im Jahre 1977 das neue Netzgruppenamt Amstetten mit solchen Einrichtungen ausgestattet. In Korneuburg und Krems an der Donau sind solche moderne Einrichtungen im Aufbau bzw. für 1979 geplant. Nach 1979 werden auch die Netzgruppenämter Wr. Neustadt, St. Pölten und Hollabrunn sowie das Verbundamt Baden mit teilelektronischen Einrichtungen ausgestattet werden.

Durch das neue Hauptbereichsamt Wien-Arsenal wird auch für Niederösterreich die weitere nationale und internationale Verkehrsabwicklung trotz des starken Verkehrsanstieges bestens gewährleistet.

- Die Kurzwahlverbindungen - derzeit 33 - wurden und werden weiter ausgebaut.

- 172 -

## 2.4. Hochbau

Neu errichtet bzw. erweitert wurden

- 2 Postämter
- 1 Post- und Wählamt
- 1 Netzgruppenamt
- 2 Verbundämter
- 36 Wählämter
- 5 Richtfunkstationen
- 1 Bautruppunterkunft
- 1 Postgarage

Besonders erwähnenswert ist der in Angriff genommene Neubau des Postamtes 3100 St. Pölten, für den insgesamt ca. 200 Mio S aufgewendet werden. Es handelt sich dabei um das größte Umleiteamt Niederösterreichs für die Brief- und Paketumleitung, welche durch die Errichtung eines unterirdischen Verbindungstunnels zu den Gleisen der Westbahnstrecke, einer überdeckten Gleishalle und automatischer Förderbänder vereinfacht und beschleunigt wird.

Umgebaut, instandgesetzt oder in neu erworbene bzw. neu angemietete Räume verlegt wurden 77 Postämter. Diese Maßnahmen bringen einerseits ein verbessertes Serviceangebot für die Postkunden, andererseits stellt sich dadurch die Post als dynamischer und leistungsorientierter Bundesbetrieb dar.

## 3. Postautodienst und Kraftwagendienst der ÖBB

- Der Postautodienst und der Kraftwagendienst der ÖBB wurden insbesondere unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse des Berufsverkehrs und des Fremdenverkehrs systematisch weiter ausgebaut.
- Um ein verbessertes Verkehrsangebot zu bieten, wurde neben der Errichtung von neuen Linien und der Verbesserung des Fahrplanes der Linien beider Betriebe auch besonderes Augenmerk auf die Erneuerung des Fuhrparks gerichtet. Insgesamt wurden in den Jahren 1976 bis 1978 in Niederösterreich

- 173 -

für den Postautodienst 83 Großraumomnibusse und für den Kraftwagendienst der ÖBB 50 Omnibusse angeschafft.

#### 4. Bundesministerium für Verkehr

##### 4.1. Zivilluftfahrt

###### 4.1.1 Flughafen Wien

Die Bauarbeiten zur Errichtung der neuen Instrumentenpiste 16/34 und die damit im Zusammenhang stehende Verlegung der Bundesstraße B 9 sowie die Untertunnelung der ÖBB-Strecke Zentralfriedhof - Berg wurden mit der Übergabe der Piste am 6. Oktober 1977 planmäßig abgeschlossen.

Der Kontrollturm des Flughafens Wien-Schwechat wurde umgebaut und eine neue Kanzel aufgesetzt.

Ein neu eingerichtetes Abfertigungsgebäude für die allgemeine Luftfahrt wurde der Benützung übergeben.

Der Bau der zweiten Piste, die verbesserten Sicherheitseinrichtungen und die neuen Flugverkehrsregelungen im Bereich des Flughafens Schwechat dienen vor allem der Sicherheit der Luftfahrt. Mit der Inbetriebnahme der neuen Piste ist es nun möglich, auch bei einer Wolkenuntergrenze bis zu 100 Fuß noch zu landen bzw. den Flugverkehr aufrecht zu erhalten. Im Sinne einer mit den Verkehrsmaßnahmen des ho. Ressorts koordinierten Raumplanung, wurde bei der Ausarbeitung der durch die zweite Piste erforderlichen neuen Flugbewegungslenkung im Raum Wien-Niederösterreich auch auf die Erfordernisse der Siedlungsplanung und des Umweltschutzes Bedacht genommen. So wurden lärmindernde Flugverfahren vorgeschrieben, die Abflugstrecken unter weitgehender Vermeidung der besiedelten Gebiete neu festgelegt und durch Funknavigationshilfen entsprechend markiert.

- 174 -

#### 4.1.2. Förderung der Luftfahrt

Von 1976 bis 1978 wurden in Niederösterreich für den allgemeinen Luftverkehr S 1.993.000 an Förderungsmitteln bereitgestellt. Diese dienten vor allem dazu, den Austausch von überalterten Luftfahrzeugen und die Anschaffung von modernen Funkgeräten zu erleichtern und damit die Sicherheit der allgemeinen Luftfahrt zu erhöhen.

#### 4.2. Binnenschifffahrt

Im Berichtszeitraum wurden für den Hafen Krems gemäß dem Hafen-einrichtungen-Förderungsgesetz Bundesbeiträge in Höhe von S 1,630.000 gewährt.

#### 4.3. Allgemeiner Verkehr

##### 4.3.1

Von 1976 bis 1978 wurden in Niederösterreich für Zwecke der allgemeinen Verkehrsförderung S 250.000 bereitgestellt, wovon S 150.000 einer für die lokale Fremdenverkehrswirtschaft bedeutenden Schiliftgesellschaft als Überbrückungshilfe zur Verfügung gestellt wurden.

##### 4.3.2.

Im Rahmen der Seilbahnförderung (ERP-Kredite) wurden einem für den Ausflugs- und Fremdenverkehr wichtigen Seilbahnunternehmen S 2.000.000 für einen notwendigen Umbau zur Verfügung gestellt.

##### 4.3.3.

Um den Betrieb der wichtigen Transportaufgaben erfüllenden Privatbahnen - das sind in Niederösterreich die Wiener Lokalbahn und die Raab-Ödenburg-Ebenfurter Eisenbahn - aufrecht erhalten zu können, hat der Bund im Berichtszeitraum auf Grund des Privatbahnunterstützungsgesetzes Subventionen von über S 62.000.000 gewährt. Für die Förderung von Investitionsmaßnahmen dieser Bahnen sowie zur Abgeltung des Verlustes der Wiener Lokalbahn wurden vom Bund darüber hinaus fast 83.000.000 Schilling geleistet.

Bundesministerium für VerkehrGesamtdarstellung**ÖSTERREICHISCHE BUNDESBAHNEN**"J. ReisezugverkehrPersonenfernverkehr

Das Verkehrsangebot wurde unter Berücksichtigung der Wünsche der Interessensvertretungen erstellt und den allgemeinen Bedürfnissen laufend angepaßt.

Im einzelnen wären dabei nachstehende Verbesserungen hervorzuheben:

- Einführung eines 2-Stunden-Taktverkehrs zwischen Wien und Graz bzw. Villach
- Anhalten aller Schnellzüge - ausgenommen "Transalpin" und "Orient Express" in der Ost-West-Richtung in St. Pölten, wodurch eine ausgezeichnete verkehrsmäßige Bedienung des gesamten Raumes St. Pölten - Krems erreicht werden konnte.
- Weitere Verbesserung der verkehrsmäßigen Bedienung des Raumes St. Pölten durch die Einrichtung von 2 neuen Zügen zwischen Wien und St. Pölten sowie des Raumes Krems an der Donau durch die Führung eines

Eilzugpaars zwischen Krems und Wien bis und ab Wien Nord, wodurch ein Anschluß an das Netz der Wiener Schnellbahn geboten wird.

- Zur Verbesserung der Verkehrsbeziehungen zwischen Österreich und Italien Schaffung einer qualifizierten Nachtverbindung Wien - Rom - Wien mit dem Zugpaar "Remus" mit Kurzwagen nach Venedig, Turin und Triest.
- Zur Verbesserung des Ausflugverkehrs Führung einer neuen Eilzugverbindung "Schneeberg" zwischen Wien und Puchberg am Schneeberg an Sonn- und Feiertagen im Sommer.
- Aufnahme von zusätzlichen Halten bei verschiedenen Schnell- und Eilzügen im Interesse einer besseren verkehrsmäßigen Bedienung einzelner Gebiete (z.B.: TS 260, Ex 1162 und TS 147 in Amstetten, Ex 230, Ex 231 in Wiener Neustadt).
- Führung des TEE-Zugpaars 26-27 "Prinz Eugen" als Expresszug auch mit Wagen 2. Klasse zwischen Wien und Frankfurt, wodurch ein größerer Benutzerkreis angesprochen wird.

#### Personennahverkehr

Im Zuge der Bemühungen um die Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Nahverkehrs wurden neue Anschlußverbindungen hergestellt sowie einzelne Verkehrslücken durch die Führung neuer Züge geschlossen.

Im besonderen wäre hiebei zu erwähnen:

- Einführung von Taktfahrplänen im Personenzugverkehr im Nahbereich von Wien auf nachstehenden Strecken:

Wien Westbahnhof - Rekawinkel (1-Stundentakt)

Wien Südbahnhof - Erzherzog Karl-Straße (1-Stundentakt)

Wien Nord - Wolfsthal (2-Stundentakt)

Wien Südbahnhof - Bruck an der Leitha (2-Stundentakt)

Wien FJB - Tulln Stadt (1-Stundentakt)

Wien Nord - Flughafen Wien-Schwechat (1-Stundentakt)

- Verbesserungen im Schüler- und Berufsfahrerverkehr durch Führung zusätzlicher Züge (z.B. neue Eilzüge E 654 Wiener Neustadt - Wien - Südbahnhof und E 677 Sigmundsherberg - Wien FJB)

- 177 -

- Einzelne Verbesserungen im Schnellbahnverkehr durch Führung zusätzlicher Züge bzw. Verlängerung der Verkehrsstrecken.

## II. Kraftwagenpersonenverkehr

Das Bundesland Niederösterreich wird sowohl im Kraftwagenpersonen- als auch im Kraftwagengüterverkehr von den Kraftwagenbetriebsleitungen Wien, Mödling, Hüttdorf und Neusiedl betreut.

Im Zeitraum 1976 - 1978 wurden zur Verbesserung des Fahrkomforts und zur Verdichtung des Verkehrsangebotes fünfzig Großraumbusse, die aufgrund des Designes, der technischen Konzeption und der Ausstattung den Anforderungen an einen modernen Linienbus entsprechen, beschafft. Die Gesamtkosten dieser Omnibusse betrugen rund 61 Mio. S.

Angesichts der besonderen verkehrspolitischen Bedeutung des Nahverkehrs, wird der Nahverkehr in Ballungsräumen vorrangig behandelt. Insbesondere wurden die Verkehrsbeziehungen auf den Zentralraum Wien - Niederösterreich - Burgenland ausgerichtet.

In dem in der Anfrage genannten Zeitraum wurden folgende Kraftfahrlinien neu eingerichtet:

- 1019 Korneuburg - Ernstbrunn
- 1099 Liesing - Perchtoldsdorf
- 1111 Wr. Neudorf - Mödling
- 1115 Mödling - Shopping City Süd
- 1085 Preßbaum - Sieghartskirchen
- 1403 Krems an der Donau - Hadersdorf - Straß - Mühlbach am Manhartsberg
- 1211 Poysdorf - Kautendorf
- 1325 Waldkirchen an der Thaya - Fratres
- 1131 Ortslinienverkehr Maria Enzersdorf am Gebirge
- 1539 St. Pölten - Laubenbachmühle

- 178 -

Außerdem wurde zur Attraktivierung des Verkehrs die Führung von Schnellkursen auf den Kraftfahrlinien

1155/7941 Wien - Steinberg  
Klostermarienberg

1173 Wien - Neusiedl - Andau

1077 Wien - Sieghartskirchen - Kronstein und

1545 St.Pölten - Lilienfeld - St.Ägyd am Neuwalde

aufgenommen und die Umstellung auf Taktverkehre auf den Kraftfahrlinien

1077 Rundlinienverkehr Schwechat

1075 Wien - Gablitz - Riederberghöhe (zwischen Wien und Gablitz) und

1411 Stadtverkehr Krems

eingeleitet.

Seit Mai 1976 wird mit der Firma Blaguss Reisen der Gemeinschaftsverkehr "Mittleres Burgenland" (Kfl 1155/7941) geführt.

Für die Firmen Eumig, NEWAG und Wiener Verlag wurden "Werkverkehre" eingerichtet, sodaß den Firmenangehörigen ein rasches Erreichen ihrer Arbeitsstätten ohne zeitraubendes Umsteigen ermöglicht wird.

### III. Güterzugsverkehr

Zur Beschleunigung und Verbesserung des Güterverkehrs im Interesse der verladenden Wirtschaft und der Konsumenten wurden insbesondere folgende Maßnahmen gesetzt:

- Bildung von Direktzügen in der Relation Wiener Neustadt - Tarvis mit einer Kürzung der Beförderungsdauer bis zu 8 Stunden
- Herstellung neuer Anschlußverbindungen vom Industriezentrum NÖ-Süd an die Nachtsprungverbindungen mit Beförderungsdauerkürzungen bis zu 11 Stunden

- Einrichtung einer Güterzugverbindung Wien - Krems an der Donau, durch die in Krems die Frühbeistellung erreicht wird und Wagen für das Kamptal bzw. die Bahnhöfe der Strecke Krems an der Donau - Grein - Bad Kreuzen um 24 Stunden beschleunigt werden.

Durch die Einrichtung einer Gütereilzugverbindung Krems an der Donau - Wien konnte eine Beförderungsdauerverkürzung von 6 Stunden erzielt werden.

- Herstellung einer Anschlußverbindung für Sendungen aus dem Raum St. Pölten und Amstetten an die Nachtsprungverbindung "Hellbrunn" Wien - Salzburg und an einen Gütereilzug Linz - Hall in Tirol.
- Bildung einer Frachtgruppe "Wörgl" bei den in Stadlau und Klein Schwechat ausgehenden Zielen.

Durch diese Maßnahmen konnten Beförderungsdauerverkürzungen bis zu 14 Stunden erzielt werden.

- In den Jahren 1976-1978 wurde das Netz der ausschließlich im Wege des Fahrverschubes bedienten Verkehrssteller wesentlich verdichtet. In diesem Zeitraum wurden ca. 120 Verkehrssteller in diese Bedienungsart einbezogen und somit eine wirtschaftlichere Abwicklung des Güterverkehrs und eine marktgerechte Bedienung der Kunden erreicht.

Auf dem Gebiet der Anschlußbahnhöfderung wurden seit dem Jahre 1976 von den ÖBB 39 Förderungsanträge mit einem Gesamt-Förderungsbetrag von 18,8 Millionen Schilling behandelt. Von diesen 39 Vorhaben konnten bisher 16 mit einem Förderungsbezug von insgesamt 10,4 Millionen Schilling realisiert werden. Zweck dieser Förderung ist die Herstellung funktionsgerechter Gleisanschlüsse (bis zum Lagerplatz oder zur Produktionshalle) sowohl für Absender als auch Empfänger.

- 180 -

#### IV. Kraftwagengüterverkehr

Das Schwergewicht des Güterverkehrs liegt auf dem Straßenrollersektor. Zur Einsparung zeit- und personalintensiver Umschlagvorgänge wurden zwei zusätzliche Stützpunktbahnhöfe in Spratzern und Klein Wolkersdorf mit je einer Straßenrollerabsetzanlage eingerichtet. Eine solche Straßenrollerabsetzanlage ermöglicht die Haus-Haus-Beförderung von zwei-achsigen Eisenbahnwagen mittels Straßenroller.

#### V. Leistungen baulicher und technischer Art

In den Jahren 1976 - 1978 wurden in Niederösterreich für Bauvorhaben und für technische Einrichtungen rund 2.272 Millionen Schilling aufgewendet, die vorwiegend der heimischen Wirtschaft zugute kommen. Folgende Investitionsvorhaben größeren Umfanges wären zu erwähnen.

##### 1. Investitionen auf dem Bausektor

- Auflassung von 157 Eisenbahnkreuzungen durch die Errichtung von Über- bzw. Unterführungen oder Ersatzwegen.
- Teilerneuerung des Großen Hartbergtunnels auf der Strecke Aspang - Friedberg von km 9,7 bis km 12,1.
- Erweiterung der Zentralschule Würth (2. Bauabschnitt)
- Errichtung einer Viehbeschaurampe im Bahnhof Hohenau
- Beginn der Arbeiten für den Zentralverschiebebahnhof Wien, der zum Teil auf Niederösterreichischem Gebiet zu liegen kommt.
- Ausbau der Flughafenbahn Wien mit teilweiser Neuverlegung <sup>Trasse</sup> der/zwischen den Bahnhöfen Groß Schwechat und Markt Fischamend sowie die Errichtung des neuen unterirdischen Bahnhofes Flughafen Wien-Schwechat.
- Beginn des Ausbaus der Nahverkehrsstrecken Wien Südbahnhof - Neusiedl am See Stockerau - Hollabrunn Leopoldau - Mistelbach Wien FJB - Tulln - Stockerau

Wien Westbahnhof - Neulengbach

- Renovierung der Aufnahmsgebäude in den Bahnhöfen Retz und Stockerau sowie Adaptierung sämtlicher Verkehrsstellen im Zuge der Einrichtung eines Nahverkehrs auf der Strecke Stockerau - Hollabrunn und Kitzendorf - Tulln aufgrund der Elektrifizierung der Strecke Wien-FJB - Tulln
- Errichtung von Bahnsteigunterführungen in den Bahnhöfen Korneuburg, Stockerau, Wolkersdorf und Hollabrunn
- Ausbau der Kraftwagendienstnebenstelle Krems an der Donau
- Bau eines Lokschuppens und einer Tankanlage im Bahnhof Schwarzenau
- Ausbau des Bahnhofes St. Valentin sowie Umbau des Aufnahmsgebäudes im Bahnhof Krems an der Donau.
- Neubau des Sozialgebäudes in der Zugförderungsstelle Amstetten sowie Errichtung von Sozialräumen im Bahnhof St. Pölten Altenbahnhof
- Erneuerung der Ladestraßen und Verladerampen in den Bahnhöfen Göpfritz, Hainfeld, Herzogenburg, Inzersdorf-Ort, Mödling, Vitis, Waldhausen, Ybbs an der Donau, Aschbach, Ebenfurth, Gmünd NÖ, Kaumberg, Pöchlarn, Prinzersdorf, Retz, Sigmundsherberg, Sierndorf, Scheiblingkirchen-Warth, Allentsteig, Schwarzenau, Grafenschlag, Amstetten und Tulln
- Errichtung eines Fahrschülerhortes im Bahnhof Krems an der Donau in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft "Reitet das Kind".

2. Investitionen auf dem sicherungstechnischen Sektor

- Bau einer modernen Gleisbild-Mittelstellwerksanlage im Bahnhof Flughafen-Wien Schwechat sowie in der Betriebsausweiche Hutten einschließlich der Fernsteuerung vom Bahnhof Rekawinkel aus.
- Fernsteuerung der Semmering Nordrampe (Bahnhöfe Eichberg, Klamm-Schottwien, Breitenstein) vom Bahnhof Semmering aus.
- Errichtung von automatischen Blockstellen in den Bahnhöfen Klosterneuburg, Krummnußbau, Breitenstein, Klamm-Schottwien und Rekawinkel
- Einrichtung der induktiven Zugsicherung in den Streckenabschnitten Mödling-Semmering, Floridsdorf - Stockerau, Floridsdorf - Gänserndorf, Wien Südbahnhof Teil Ost -

- 182 -

- Gramatneusiedl - Wampersdorf und Gänserndorf - Bernhardsthal.
- Errichtung von 65 Elektroschrankenanlagen
- Einbau je einer Gleisbrückenwaage in den Bahnhöfen Wiener Neustadt und Laa an der Thaya.

Im Bau befinden sich derzeit:

- elektrische Mittelstellwerksanlagen in den Bahnhöfen Korneuburg, Wolkersdorf und Unter Purkersdorf
- 63 Elektroschrankenanlagen
- die induktive Zugsicherung im Streckenabschnitt Amstetten - Weyer

### 3. Investitionen auf dem fernmeldetechnischen Sektor

- Verkabelung der Fernmeldeleitungen auf den Strecken Gramatneusiedl - Bruck an der Leitha, Gänserndorf - Bernhardsthal sowie von der Landesgrenze Wien/Niederösterreich (km 7,150) bis Tulln Stadt
- Errichtung von modernen Fernsprechanlagen (Basaanlagen) in den Bahnhöfen Himberg, Götzendorf, Hohenau, Müllendorf, Kekawinkel, Korneuburg, Baden, Grein - Bad Kreuzen und Marchegg
- Errichtung einer Verschubfunkanlage im Bahnhof Füchsenarn
- Installierung einer Heißläufermeldeanlage im Bf. St. Pölten

Begonnene Vorhaben:

- Verkabelung der Fernmeldeleitungen auf der Strecke Wolkersdorf - Mistelbach

#### VII. Elektrifizierung und Elektrobetrieb

In den Jahren 1976 - 1978 wurden nachstehende Investitionsvorhaben fertiggestellt:

- Elektrifizierung der Strecken Gramatneusiedl - Bruck an der Leitha, Gänserndorf - Bernhardsthal sowie von der Landesgrenze Wien/Niederösterreich (km 7,150) bis Tulln Stadt
- Erneuerung und Erweiterung der Fahrleitungs-, Licht- und Kraftanlagen auf der Wiener Flughafenbahn
- Errichtung einer 110 kV-Übertragungsleitung vom Unterwerk Angern zum Unterwerk Götzendorf sowie von der Abzweigung Starzing zum Unterwerk Tulln
- Errichtung der Unterwerke Tulln, Götzendorf und Angern
- Errichtung von Fahrleitungsmeistereien in Gänserndorf und Tulln.

Im Bau befinden sich derzeit:

- die Elektrifizierung der Strecken Tulln - Absdorf/Hippersdorf - Stockerau sowie Stockerau - Hollabrunn
- die Fahrleitungsmeisterei und Fahrleitungskuppelstelle Stockerau und das Umformerwerk Bergern.

Die Gesamtkosten betrugen rund 520 Mio S.

#### VII. Fahrpark

##### 1. Triebfahrzeuge

In den Jahren 1976 bis 1978 wurden 86 Elektrotriebfahrzeuge (Lokomotiven und Triebwagen) sowie 22 Diesellokomotiven, deren Auslieferung 1977 abgeschlossen war, geliefert.

Im Bundesland Niederösterreich befinden sich als Zugförderungsdienststellen die beiden Leitungen in St. Pölten und Wiener Neustadt sowie Nebenstellen in Amstetten, Krems an der Donau, Gmünd, Waidhofen an der Ybbs und Puchberg am Schneeberg. Die

Fahrzeugstellung erfolgt jedoch zum größten Teil aus den im Wiener Raum befindlichen Dienststellen, die jedoch die Betriebsabwicklung in Niederösterreich anteilmäßig in erheblichem Ausmaße zugute kommt. Bedingt durch die Infrastruktur werden von den niederösterreichischen Zugförderungsdienststellen überwiegend Verkehrsleistungen lokaler Bedeutung erbracht.

Mit Ende 1976 wurde der Dampfbetrieb auf dem Normalspurnetz der Österreichischen Bundesbahnen, der zuletzt in Straßhof konzentriert war, beendet und die dort befindliche Dienststelle aufgelassen.

Die Elektrifizierung der Strecken Gramatneusiedl - Hegyeshalom, Gänserndorf - Bernhardsthal und Wien FJB - Tulln Stadt im angefragten Zeitraum, erbrachte Fahrzeitverkürzungen gegenüber dem Dieselbetrieb, was für den auf die Bundeshauptstadt vornehmlich orientierten Berufsfahrerverkehr von Bedeutung ist.

Fernzüge auf Süd- und Westbahn werden in immer größerem Ausmaße mit den Hochleistungs-Thyristorlokomotiven der Reihe 1044 geführt, womit eine Erhöhung des Pünktlichkeitsgrades und der Beschleunigung erreicht wird. Auf der Semmeringstrecke können, vornehmlich im Reiseverkehr, Vorspannleistungen erspart werden. Die Fahrplanverbesserung allgemein bedeutet für die Reisenden, die etwa von St. Pölten, Amstetten und Wiener Neustadt aus die Hauptstrecken benützen, daß auch sie in stärkerem Ausmaß als bisher der Komfortverbesserungen im Zugsverkehr damit teilhaftig werden. Die Vermehrung der Städtetriebzuggarnituren 4010 ist besonders in diesem Zusammenhang zu nennen.

Auf den verdieselten Strecken wurde durch Ausscheidung alter Triebwagen, und deren Ersatz durch neuere Typen oder mittels lokbespannter Züge allgemein eine Leistungsverbesserung bei gleichzeitigem Fahrzeitgewinn erbracht. Auch schwächere

Diesellokomotiven wurden mit gleichem Effekt durch stärkere im Zugsverkehr ersetzt.

Die Zugförderungsdienststelle Krems wurde aus strukturbedingten Gründen mit der Beheimatung und zugehörigem Unterhalt von 18 Diesellokomotiven in ihrer Bedeutung wesentlich erhöht.

Die Hilfszüge, die in Wiener Neustadt und Amstetten beheimatet sind, erhielten modernste Ölhydraulische Aufgleisgeräte für den Katastropheneinsatz.

## 2. Reisezugwagen

Von 1976 bis 1978 wurden 294 moderne Reisezugwagen an die Österreichischen Bundesbahnen ausgeliefert. Kommen die Schnellzugwagen der gehobenen Komfortklasse für den internationalen Verkehr vor allem den Fernreisenden zugute, so muß auf die bequemen Inlandsreisezugwagen der Bauart Schlieren für den Verkehr innerhalb des Bundeslandes verwiesen werden. Über 80 Wagen wurden im Zeitraum 1976 bis 1978 in Dienst gestellt, eine große Anzahl älterer Wagen wurde durch eine gefülligere Neubepolsterung und Anbringen von Kopfschutz sowie eines Zweifarbenanstriches zeitgemäß modernisiert. Auf vielen Strecken in Niederösterreich sind diese Wagen, deren Einsatz vom Reisepublikum sehr begrüßt wird, in Verwendung. Die alten zweiachsigen Wagen werden dabei in verstärktem Ausmaß ausgemustert.

## 3. Güterwagen

Am Güterwagensektor wurden in dem in Frage stehenden Zeitraum 2115 Wagen von der Industrie ausgeliefert und in Betrieb genommen. Es sind dies nach modernsten Erfordernissen für die verladende Wirtschaft entwickelte Fahrzeuge, wo auf rasche Be- und Entladungsmöglichkeit besonders Rücksicht genommen ist. Der Einsatz dieser Güterwagen wird auch der Transportwirtschaft des Bundeslandes Niederösterreich von Nutzen sein.

## I. POSTDIENST

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Postversorgung zielten verstärkt auf die Schaffung weiterer kundendienstfreundlicher Postamtstraßen, auf die Verbesserung des Landzustelldienstes (Vermehrung der Zustellhäufigkeit auch bei extrem gelegenen Abgabestellen wie z.B. Bergbauern, Einbeziehung bisher unversorgter Empfänger, Zustellung von Paketen bis 20 kg u.dgl.), auf eine Beschleunigung der Postbeförderung (auf Schiene und Straße) und auf die innerbetriebliche Mechanisierung (Beschleunigung des Umleite- und des Schalterdienstes) ab. Folgende Maßnahmen wären zu erwähnen (die Sanierung von Postämtern ist im Abschnitt IV detailliert dargestellt):

- Für die weitere Motorisierung der Landzustellung wurden in den Jahren 1976 bis 1978 insgesamt 100 zweispurige Kraftfahrzeuge beschafft. Dieses Programm wird auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.
- Weitere 31 Kraftfahrzeuge wurden zur Verbesserung der Paket-, Eil- und Telegrammzustellung sowie der Postbeförderung neu eingesetzt.
- Die Postzuführung aus Kärnten wurde in großen Bereichen durch die Einrichtung des Postschnellzuges Villach - Wien (mit Beginn des Sommerfahrplanes 1976) verbessert. Mit Beginn des Winterfahrplanes 1976/77 wurde dieser Postschnellzug auf ein in der gesamten Strecke Wien - Villach - Wien verkehrendes Postschnellzugpaar ausgeweitet. Seither bestehen zwischen Wien, Graz, Klagenfurt und Villach optimale Postverbindungen.
- Die Postbeförderung auf der Straße wurde durch die Einrichtung der Kraftgüterposten Baden bei Wien - Klausen-Leopoldsdorf, Waidhofen an der Thaya - Wien und Aspang - Trattenbach, NÖ ausgebaut.
- Im ggstl. Zeitraum wurde in Niederösterreich ein Interessentenpostamt errichtet (Postamt 2573 St. Corona am Schöpfl).

- 187 -

- In nächster Zeit soll in Wiener Neustadt eine für die Postkunden rund um die Uhr zugängliche, personell nicht besetzte Postservicestelle (sog. "Minipostamt") aufgestellt werden. Diese Servicestelle besteht aus einem Fernwahl-Münzfernspreecher, Brief- und Postkartenautomaten sowie einem Briefkasten.

## II. POSTAUTODIENST

Das Postautolinienennetz von Niederösterreich wurde in den letzten Jahren im Hinblick auf die Schüler- und Arbeiterbeförderung und zur Verbesserung der Infrastruktur grenznahe Gebiete durch Erweiterungen sowie durch Neueinrichtung von Postautolinien sehr wesentlich verbessert und erweitert.

Ab 1976 wurden im Raum St. Pölten bedeutende Verkehrsverbesserungen vorgenommen. Als Ersatz für die St. Pöltner Straßenbahn wurde eine neue Postautolinie ("PAL") 1512 St. Pölten Hbf - Stattersdorf - Harland - Ochsenburg eingerichtet. Erstmals im Postautodienst kam es auch zum Einsatz eines City-Busses bei der Einrichtung eines innerstädtischen Cityverkehrs in St. Pölten (PAL 1514). Eine weitere innerstädtische Ost-Westverbindung im Norden der Stadt St. Pölten wurde 1978 mit der neuen Linie 1516 eingerichtet. Weitere neue Verkehrsverbindungen entstanden mit den Linien 1456 Melk - Schallaburg, 1314 Horn - Sigmundsherberg - Pulkau - Weitersfeld - Sallapulkau und 1148 Wien - Stubenberg - Anger.

Zur Erhöhung der Attraktivität des Postautodienstes wurden auf Hauptverkehrsliinen wie zwischen Wien und Mistelbach sowie Wien u. Eisenstadt Taktverkehre eingerichtet. Mit Beginn der Winterfahrplanperiode 1978 wurde auf der Strecke Mistelbach - Laa an der Thaya der Gemeinschaftsverkehr mit der Fa. Bayer aufgenommen.

Die Postautolinien 1048 Tulln - Stockerau und 1260 Hollabrunn - Ziersdorf - Großweikersdorf - Hollabrunn (Rundverkehr) wurden neu eingerichtet und der Betrieb auf beiden Linien am 4. September 1978 aufgenommen.

Die Modernisierung des in Niederösterreich eingesetzten Fuhrparks wurde fortgesetzt. In den Jahren 1976 bis 1978 wurden u.a. 83 Großraumomnibusse, 24 Lastkraftwagen, 133 Paketkraftwagen, 35 Leicht-LKW und 33 PKW neu zugeteilt. Diese Beschaffungen werden planmäßig fortgeführt.

Die hochbaulichen Maßnahmen für den Postautodienst sind im Abschnitt IV einbezogen.

### III. FERNMELDEDIENST

#### 1. Leitungsbau

Die Zahl der Fernsprechhauptanschlüsse in Niederösterreich stieg im Zeitraum Ende 1975 bis Ende 1977 von 199.044 auf 254.728, somit also um 55.684 (das sind rd. 28 %). Die Zahl der Fernschreibteilnehmer erhöhte sich in der selben Zeit von 1.157 auf 1.358, also um 201 (ca. 17,4 %).

Folgende Weltverkehrskabel wurden verlegt, bzw. sollen bis Ende 1978 noch verlegt werden:

1976: Amstetten - Waidhofen an der Ybbs  
 Amstetten - Ybbs an der Donau  
 Krems - Spitz (Fertigstellung)  
 Ottenschlag - Spielberg  
 Pulkau - Theras  
 Langau - Riegersburg

1977: Wien - Orth  
 Wien - Gänserndorf (Fertigstellung)  
 Wien - Mistelbach (Teilstrecke)  
 Probstdorf - Leopoldsdorf (Kabelstich zu Wien - Orth)  
 Weikendorf - Marchegg  
 Böheimkirchen - Kasten  
 Melk - Pöchlarn  
 Aspang - Mönichkirchen  
 Deutsch Wagram - Markgrafneusiedl  
 Langschlag - Karlistift  
 Krems - Tiefenfucha  
 Lillienfeld - Kleinzell (Teilstrecke)

1978: Aspang - Hütten  
 Tulln - Kirchberg am Wagram  
 Kierling - St. Andrä vor dem Hagenthale  
 St. Pölten - Hofstetten  
 Gerasdorf - Mistelbach  
 Amstetten - St. Valentin

In folgenden Orten wurde das Kabelnetz ausgebaut, bzw. wird der Netzausbau bis Ende 1978 noch erfolgen:

1976: Altenmarkt an der Triesting, Amstetten, Aschbach, Aspang, Atzenbrugg, Baden, Bad Vöslau, Berndorf, Blindenmarkt, Böheimkirchen, Bruck an der Leitha, Deutsch Wagram, Droß, Ebenfurth, Eggern, Eichgraben, Els, Ernstbrunn, Gars am Kamp, Gänserndorf, Gerasdorf, Gföl, Gloggnitz, Göllersdorf, Göpfritz an der Wild, Grimenstein, Großrußbach, Großweikersdorf, Hadersdorf am Kamp, Hainburg, Hausleiten, Heidenreichstein,

- 189 -

Herzogenburg, Hochneukirchen, Kautzen, Kematen, Kirchberg am Wagram, Kirchberg am Wechsel, Kirchberg an der Pielach, Klosterneuburg, Krems, Ladendorf, Langenlois, Leobersdorf im Marchfeld, Loosdorf, Marbach an der Donau, Marchegg, Maria Lanzendorf, Melk, Mödling, Münchendorf, Nagelberg, Nappersdorf, Neulengbach, Neunkirchen, Neusiedl an der Zaya, Oberndorf an der Melk, Oberwaltersdorf, Ottenschlag, Paudorf, Piesting, Pitten, Pöchlarn, Pöggstall, Preßbaum, Pulkau, Purkersdorf, Rabenstein an der Pielach, Rastenfeld, Reidling, St. Andrä vor dem Hagenthale, St. Leonhard am Forst, St. Peter in der Au, St. Pölten, St. Veit an der Gölsen, Scheibbs, Schönberg am Kamp, Sieghartskirchen, Sierndorf, Steinakirchen am Forst, Spitz an der Donau, Straßhof, Strengberg, Ternitz, Theras, Traisen, Traiskirchen, Tulln, Waidhofen an der Thaya, Weinsperdorf, Weißenbach an der Triesting, Wien (NÖ-Teil des Ortsnetzes), Wiener Neustadt, Wieselburg, Winzendorf, Wolkersdorf, Ybbs an der Donau, Ybbsitz, Zistersdorf, Zwettl.

- 1977: Absdorf, Alland, Altenmarkt an der Triesting, Amstetten, Angern, Aschbach, Aspang, Atzenbrugg, Baden, Bad Fischau, Breitenfurt, Bruck an der Leitha, Brunn an der Wild, Deutsch Wagram, Ebenfurth, Ebreichsdorf, Egern, Eichgraben, Fischamend, Gars am Kamp, Gaweinstal, Gerasdorf, Gföhl, Gloggnitz, Gnadendorf, Göllersdorf, Gresten, Grimmenstein, Großenzersdorf, Großglobnitz, Großkrut, Großweikersdorf, Haag, Hainfeld, Herzogenburg, Hochneukirchen, Hohenau an der March, Kaumberg, Kirchberg an der Pielach, Kirchberg am Wechsel, Klausen-Leopoldsdorf, Kleinzell, Klosterneuburg, Krems an der Donau, Langenlois, Langschlag, Leobersdorf, Lichtenau, Litschau, Loosdorf/Bez. Melk, Mank, Markgrafneusiedl, Melk, Mödling, Mönichkirchen, Münchendorf, Neunkirchen, Oberwaltersdorf, Oberweiden, Orth an der Donau, Pernitz, Perschling, Piesting, Pöchlarn, Preßbaum, Prinzersdorf, Puchberg am Schneeberg, Puchenstuben, Purkersdorf, Rabenstein an der Pielach, Rastenfeld, Ried am Riederberg, St. Leonhard am Forst, St. Peter in der Au, St. Pölten, St. Valentin, St. Veit an der Gölsen, Schwadorf, Straßhof, Strengberg, Theras, Traismauer, Tiefenfucha, Tulbing, Tulln, Ulmerfeld, Waidhofen an der Ybbs, Weißenbach an der Triesting, Weitra, Wr. Neustadt, Wieselburg, Wiesmath, Wilfersdorf, Wilhelmsburg, Willendorf, Winzendorf, Ybbs an der Donau, Ybbsitz, Ziersdorf, Zistersdorf.

- 190 -

1978: Amstetten, Aspang, Brunn am Gebirge, Ebreichsdorf, Gars am Kamp, Gerasdorf, Gramatneusiedl, Grinnenstein, Haag, Hadersdorf am Kamp, Hofstetten, Kasten, Kautzen, Kierling, Kirchberg am Wagram, Klosterneuburg, Laa an der Thaya, Laxenburg, Maissau, Mank, Maria Enzersdorf, Melk, Mistelbach, Neulengbach, Obergrafendorf, Oed, Perchtoldsdorf, Pernitz, Pitten, Pöchlarn, Prinzendorf, Puchberg, Pyhra/Bez. St. Pölten, Reidling, St. Andrä vor dem Hagenthale, St. Pölten, St. Valentin, Strengberg, Tulln, Wr. Neudorf, Wilhelmsburg, Winzendorf, Ybbsitz.

## 2. Übertragungstechnik:

Die bestehenden Koaxialkabel wurden durch neue Übertragungssysteme mit einer Kapazität von 960 gleichzeitig möglichen Gesprächen auf den Strecken St. Pölten - Wien, Wien - Hollabrunn, Amstetten - Waidhofen an der Ybbs und Amstetten - Ybbs sowie von 300 Gesprächen auf den Strecken St. Pölten - Melk und St. Pölten - Lilienfeld erweitert. In den bestehenden Kabelanlagen wurden 35 Systeme für die Übertragung von je 12 Fernsprechkanälen ("Z 12-Systeme") in Betrieb genommen. Die Umsetzereinrichtungen in den Trägerfrequenz-Ämtern wurden um 340 Kanalumsetzergarnituren für je 12 Fernsprechkanäle erweitert.

## 3. Vermittlungstechnik

Die Aufnahmefähigkeit der Wählämter in Niederösterreich hat in den Jahren 1976 und 1977 durch die Inbetriebnahme von 45 Wählämters, 44 Container-Wählämters sowie durch die Erweiterung bestehender Wählämter um insgesamt 86.589 Fernsprechhauptanschlüsse zugenommen. Für die Jahre 1978 und 1979 wird die Zunahme voraussichtlich rund 95.000 betragen.

Die Fernwählämter in Niederösterreich werden, dem steigenden Bedarf entsprechend, weiter ausgebaut. Nach dem ersten Netzgruppenamt mit Einrichtungen des modernen teil-elektronischen Wählsystems 11E-F in Bruck an der Leitha im Jahre 1975 wurde im Jahre 1977 das neue Netzgruppenamt Amstetten mit solchen Einrichtungen ausgestattet. In Korneuburg und Krems an der Donau sind solche moderne Einrichtungen im Aufbau bzw. für 1979 geplant. Nach 1979 werden auch die Netzgruppenämter Wr. Neustadt, St. Pölten und Hollabrunn sowie das Verbundamt Baden mit teil-elektronischen Einrichtungen ausgestattet werden.

Durch das neue Hauptbereichsamt Wien-Arsenal wird auch für Niederösterreich die weitere nationale und internationale Verkehrsabwicklung trotz des starken Verkehrsanstieges gewährleistet.

- 191 -

- 6 -

Weiters werden auch in Niederösterreich die von den Teilnehmern gern in Anspruch genommenen Kurzwahlverbindungen, dem Bedarf entsprechend, weiter ausgebaut werden. Derzeit sind in Niederösterreich bereits 33 Kurzwahlverbindungen in Betrieb. Für 1979 sind noch zwei weitere Verbindungen geplant, und zwar von Gänserndorf nach Wien und von Wien nach Stockerau.

Um den Bedarf an neuen Anschlüssen decken zu können, werden auch die Wählämter entsprechend ausgebaut. So wurden bzw. werden in Niederösterreich in den Jahren 1978 und 1979 neben der Erweiterung bestehender Wählämter und der Aufstellung weiterer transportabler Wählämter (Container) folgende neue Wählämter in Betrieb genommen bzw. wird mit deren Montage begonnen:

Asparn an der Zaya, Brunn an der Wild, Deutsch Wagram, Ebenfurth, Ebreichsdorf, Eggenburg, Enzesfeld, Gaweinstal, Gerasdorf bei Wien, Großkrut, Groß Schönau, Herrnbaumgarten, Irnfritz, Japons, Kautzen, Korneuburg, Laxenburg, Loosdorf/Bez. Melk, Neupölla, Neustadt/Donau, Niederfladnitz Petronell, Pottendorf, Prellenkirchen, Prinzersdorf, Pyhra/Bez. St. Pölten, Riegersburg, Rohrau, St. Leonhard am Hornerwald, Schwadorf, Straßhof an der Nordbahn, Theras, Ulmerfeld-Hausmeling, Waldenstein/Waldviertel, Wiesmath, Wimendorf, Wolfpassing an der Hochleithen, Wolkersdorf/Bez. Mistelbach.

#### IV. HOCHBAU

1. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden folgende Neubauten (Erweiterungsbauten) fertiggestellt:

Postamt 3953 Gmünd, NÖ - Bahnhofdienststelle  
Postamt 3100 St. Pölten (Provisorium)

Post- und Wählamt Hohenau an der March

Netzgruppenamt Amstetten mit Postamt 3300 Amstetten

Verbundamt Aspang

Verbundamt Korneuburg

Wählamt Asparn an der Zaya

Wählamt Behamberg

Wählamt Brunn an der Wild

Wählamt Deutsch Wagram

Wählamt Ebenfurth

Wählamt Eggenburg

Wählamt Enzesfeld, Triesting

Wählamt Gaweinstal

Wählamt Gerasdorf bei Wien

Wählamt Großenzersdorf

Wählamt Großkrut

Wählamt Herrnbaumgarten

Wählamt Japons

Wählamt Kirchschlag in der Buckligen Welt

Wählamt Loosdorf, Bez. Melk  
 Wählamt Mank  
 Wählamt Marchegg-Bahnhof  
 Wählamt Mönichkirchen (Wohnungseigentum)  
 Wählamt Neupölla  
 Wählamt Neustadt!, Donau  
 Wählamt Niederfladnitz  
 Wählamt Niedersulz  
 Wählamt Petronell  
 Wählamt Pottendorf  
 Wählamt Prellenkirchen  
 Wählamt Preßbaum  
 Wählamt Riegersburg, Niederösterreich  
 Wählamt St. Leonhard am Hornerwald  
 Wählamt Schwadorf bei Wien  
 Wählamt Straßhof an der Nordbahn  
 Wählamt Theras  
 Wählamt Traiskirchen  
 Wählamt Ulmerfeld-Hausmeling  
 Wählamt Wallsee  
 Wählamt Wolfpassing an der Hochleithen  
 Wählamt Wulzeshofen

Richtfunkstation Exelberg  
 Richtfunkstation Gemeindealpe  
 Richtfunkstation Hochkar  
 Richtfunkstation Muckenkogel  
 Richtfunkstation Sulzerhöhe  
 Bautruppunterkunft Wolkersdorf, Bez. Mistelbach  
 Postgarage Tulln (Erweiterungsbau)

2. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden folgende Postämter umgebaut, instandgesetzt oder in neu erworbene bzw. neu angemietete Räume verlegt:

Aggsbach Markt  
 Arbesbach  
 Artstetten  
 Aspang  
 Auersthal  
 Berndorf, Niederösterreich  
 Bisamberg  
 Breitenau am Steinfeld  
 Breitenfurt bei Wien  
 Bromberg, Niederösterreich  
 Brunn am Gebirge  
 Dürnkrut  
 Ebenthal  
 Eisgarn  
 Euratsfeld  
 Freiland  
 Gedersdorf  
 Glaubendorf  
 Gloggnitz  
 Großharras  
 Grußrußbach  
 2353 Guntramsdorf  
 2354 Guntramsdorf  
 Höflein an der Donau

- 193 -

Höflein bei Bruck an der Leitha  
Hofstetten, Pielach  
Hoheneich, Niederösterreich  
Hohenruppersdorf  
Hollenstein an der Ybbs  
Japons  
Kleinneusiedl  
3400 Klosterneuburg (Wohnungseigentum)  
3503 Krems-Lerchenfeld  
Langau bei Geras  
Laxenburg  
Matzleinsdorf bei Melk  
Mautern, Niederösterreich  
Mitterndorf an der Fischa  
Mönichkirchen  
Neubau, Niederösterreich  
Neuhaus, Triestingtal  
Neupölla  
Obermeisling  
Obersiebenbrunn  
Ottenthal  
Peschling  
Plank am Kamp  
Prein an der Rax  
Purkersdorf  
Ramsau bei Hainfeld  
Rohrendorf bei Krems  
Rosenburg  
Rückersdorf-Harmannsdorf  
St. Christophen  
St. Georgen am Steinfeld  
3105 St. Pölten-Radlberg  
3107 St. Pölten-Viehofen  
Schönkirchen, Niederösterreich  
Schwadorf bei Wien  
Seefeld-Großkadolz  
Stockerau  
Thaya  
Trautmannsdorf an der Leitha  
Trumau, Aspangbahn  
Tulln  
Türnitz, Niederösterreich  
Unterstinkenbrunn  
Vösendorf (Paketauf- und -abgabe)  
Walkenstein  
Weigelsdorf, Fischa  
Weitersfeld  
Wiener Neudorf  
Wifleinsdorf  
Wolkersdorf, Bez. Mistelbach (Ausweiche)  
Wulzeshofen  
Yspertal  
Zwingendorf

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

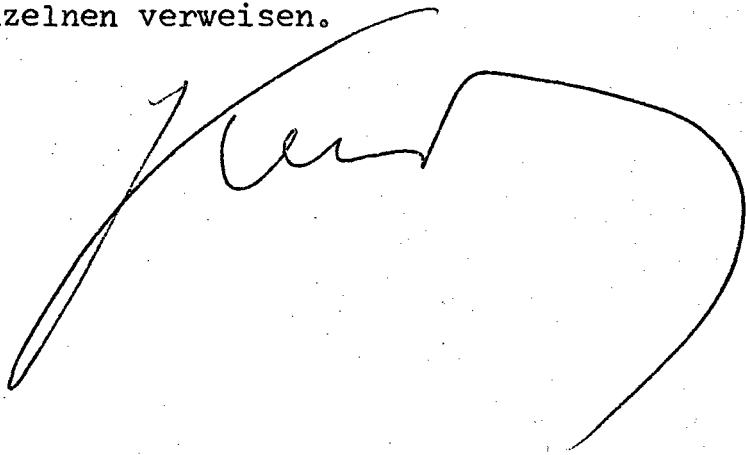
Seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung wurden in den Jahren 1976, 1977 und 1978 an Förderungen für Gemeinschaftsforschungsinstitute, sonstige unabhängige Forschungsinstitute, Betriebe, Fachverbände, Einzelforscher und Arbeitsgemeinschaften (Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft) in der Höhe von insgesamt 79,053 Mill. S vergeben, für Expertengutachten und Auftragsforschung wurden 3,2 Mill. S, an Förderungsausgaben für Forschungsinstitute (Institut für angewandte Systemanalyse Laxenburg) 43,9 Mill. S, für Förderungsausgaben an Forschungsunternehmen (österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie Seibersdorf) 625,7 Mill. S und für die Versuchstierzucht Himberg wurden 6,9 Mill. S verwendet. Die Versuchswirtschaft der Hochschule für Bodenkultur Großenzersdorf wurde mit 16,6 Mill. S (Personal, Anlagen, Aufwand) und das Lehrgut der Tierärztlichen Hochschule Merkenstein mit 38,6 Mill. S (Personal, Anlagen, Aufwand) gefördert. Weiters wurden Förderungsausgaben für den Denkmalschutz zur Erhaltung und Pflege von Denkmälern, Profan- und Sakralbauten in der Höhe von 29,8 Mill. S geleistet. An Zuschüssen für Museen (d. s. Unternehmungen, Freilichtmuseen, sonstige gemeinnützige Einrichtungen und an private Haushalte) wurden mit 3,203 Mill. S vergeben und für bibliothekarische und wissenschaftliche Filmeinrichtungen (Empfänger ist die Phil. theolog. Lehranstalt St. Gabriel in Mödling) wurden 0,540 Mill. S ausgegeben. Zur Förderung weiterer wissenschaftlicher Einrichtungen wurden 0,375 Mill. S aufgewendet.

Für bauliche Maßnahmen (Sanierungsarbeiten im Schloß Laxenburg für das Internationale Institut für angewandte Systemanalyse gemeinsam mit der Stadt Wien und dem Land Niederösterreich)

- 195 -

betrug die Bundesleistung aus den Mitteln des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung 105 Mill.S.

Im übrigen darf ich auf die beiliegende detaillierte Übersicht über die Maßnahmen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung im einzelnen verweisen.



*Beilage*

BUNDESMINISTERIUM  
für  
WISSENSCHAFT und FORSCHUNG

Kapitel 14

LEISTUNGEN  
für das  
BUNDESLAND  
NIEDERÖSTERREICH  
ab  
1970\*

QUELLEN:

1. Bundesrechnungsabschlüsse
2. Arbeitsberichte des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung
3. Berichte der Bundesregierung an den Nationalrat (BMWF) gemäß § 24, Abs. 3 des Forschungsförderungsgesetzes 1967
4. Meldungen der Fachabteilungen

\* Grundsätzlich ab 1970, durch Änderung der Erfassungsmethodik wird ab 1975 ein noch detaillierteres Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt.

N I E D E R Ö S T E R R E I C HForschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft

Gefördert wurden: Gemeinschaftsforschungsinstitute, sonstige unabhängige Forschungsinstitute, Betriebe, Fachverbände, Einzelforscher und Arbeitsgemeinschaften.

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1970	5,545*	
1971	11,916	
1972	15,779	
1973	16,703	
1974	18,688	
1975	19,342	
1976	27,084	
1977	25,869	140,926
1978	26,100	167,026

\* VIII-XII 1970, vorher beim BM f. Handel, Gewerbe und Industrie veranschlagt gewesen.

N I E D E R Ö S T E R R E I C HExpertengutachten und Auftragsforschung

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1970		
1971	2,2	
1972	2,0	
1973	1,2	
1974	2,1	
1975	2,1	
1976		
1977	1,3	10,9
1978	1,9	12,8

N I E D E R Ö S T E R R E I C HFÖRDERUNGS AUSGABEN für Forschungsinstitute:Institut für angew. Systemanalyse Laxenburg

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1971	0,4	
1972	0,4	
1973	0,9	
1974	10,7	
1975	10,3	
1976	10,3	
1977	16,3	49,3
1978	17,3	69,6

N I E D E R Ö S T E R R E I C HFÖRDERUNGSAUSGABEN für Forschungsunternehmungen:Österr. Studiengesellsch. f. Atomenergie Seibersdorf

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1970	15,0	
1971	25,0	
1972	25,0	
1973	25,0	
1974	120,4	
1975	188,4	
1976	204,9	
1977	210,4	814,1
1978	210,4	1.024,5

N I E D E R Ö S T E R R E I C HVersuchstierzucht HimbergAufwendungen

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1975	2,2	
1976	2,1	
1977	2,4	6,7
1978	2,4	9,1

NIEDERÖSTERREICHVERSUCHSWIRTSCHAFT D. HOCHSCHULE FÜR BODENKULTUR  
GR. ENZERSDORF

Jahr:	Mill. S	Personal:	Anlagen:	Aufwand:	Total:
1970	" "	0,5	0,2	0,9	1,6
1971	" "	0,6	0,3	1,0	1,9
1972	" "	1,7	0,6	1,2	3,5
1973	" "	1,7	0,6	1,4	3,7
1974	" "	1,9	0,5	1,6	4,0
1975	" "	2,2	0,7	1,6	4,5
1976	" "	2,6	0,7	1,7	5,0
1977	" "	3,0	1,0	1,8	5,8
1978	" "	3,0	1,0	1,8	5,8
	Mill. S	17,2	5,6	13,0	35,8

LEHRGUT DER TIERÄRZTLICHEN HOCHSCHULE - MERKENSTEIN

Jahr:	Mill. S	Personal:	Anlagen:	Aufwand:	Total:
1970	" "	2,8	1,1	2,4	6,3
1971	" "	3,0	1,3	2,6	6,9
1972	" "	3,6	1,4	3,1	8,1
1973	" "	4,1	1,4	3,7	9,2
1974	" "	5,2	1,5	4,9	11,6
1975	" "	6,3	1,5	3,6	11,4
1976	" "	7,1	1,7	4,0	12,8
1977	" "	7,6	1,0	4,3	12,9
1978	" "	7,6	1,0	4,3	12,9
	Mill. S	47,3	11,9	32,9	92,1

N I E D E R Ö S T E R R E I C H

Förderungsausgaben für den Denkmalschutz zur Erhaltung und Pflege von Denkmälern, Profan- und Sakralbauten und Fassaden.

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1970	5,2	
1971	6,4	
1972	5,5	
1973	6,2	
1974	10,2	
1975	8,8	
1976	8,3	
1977	7,7	58,3
1978	13,8	72,1

NIEDERÖSTERREICHDENKMALPFLEGE

1975

In den Schlössern Goldegg, Grafenegg, Gresten, Harmannsdorf, Niederranna, Pöggstall, Drosendorf, Ebenthal, Pielach, Mailberg, Katzelsdorf, Drösiedl, Eckartsau, Salaberg und Petronell wurden umfangreiche denkmalpflegerische Maßnahmen getroffen. An dem lange Zeit vom Verfall bedrohten Schloß Ladendorf konnte die dringend notwendige Dachsanierung beendet werden. Zur Sicherung der wertvollen Maulpertschfresken in der Schloßkapelle von Ebenfurth wurden Fenster und Türen der Kapelle erneuert. Zu den größten Vorhaben der Nachkriegszeit zählt die Restaurierung der Stifte Altenburg, Dürnstein, Herzogenburg, Lilienfeld und Seitenstetten. An den Burgen Hardegg, Hainburg, Hohenegg, Kreuzenstein, Kaja und Kaumberg wurden vor allem konservatorische Arbeiten durchgeführt. Die Instandsetzung der Mollenburg und der Burg Raabs an der Thaya hat durch die Initiative der Eigentümer große Fortschritte gemacht. Die im Vorjahr aufgefundenen romanischen Gewölbemalereien in der Burg Ottenstein wurden, wie die gesamte Kapelle, restauriert. Hervorzuheben ist noch die Fassadeninstandsetzung eines sehr qualitätsvollen Jugendstilhauses in Brunn am Gebirge, des ehemaligen Mauthauses in Krems-Stein, des Rathauses in Falkenstein und eines Gartenhauses von Jakob Prandtauer in Haitzendorf. Im Programm des Landeskonservators für Niederösterreich stand auch die Sanierung der Wehranlagen in Eggenburg, Gnadendorf, Drosendorf, Maissau und Marchegg. Besonders umfangreich waren die Arbeiten an den Pfarrkirchen in Franzen, Haitzendorf, Traismauer, Murstetten und Ybbsitz. Die Arbeiten am Dom in St. Pölten,

an der ehemaligen Domkirche in Wr. Neustadt, am Institutsgebäude der Englischen Fräulein in St. Pölten und am Tullner Käfner müssen ebenfalls erwähnt werden. Fassadenaktionen wurden in Hainburg, Ybbsitz, Waidhofen/Ybbs, Weitra, Pulkau, Brunn/Geb. und Perchtoldsdorf durchgeführt.

1976

Traismauer, Pfarrkirche: Im Zusammenhang mit der Erneuerung des Fußbodens konnten im Rahmen einer Rettungsgrabung Vorgängerbauten aus römischer, frühmittelalterlicher und romanischer Zeit freigelegt und dokumentiert werden. Ausgestaltung und Zugänglichmachung der Grabungsergebnisse für museale Zwecke.

Bernhardsthal: Rettungsgrabungen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Thayaregulierung. Weiterarbeit an der Freilegung eines germanischen Dorfes aus dem 2. und 3. Jahrhundert n. Chr. Rekonstruktion einer Hütte aufgrund des Grabungsbefundes.

Mannersdorf: Fortsetzung der Arbeiten, die schon vor mehreren Jahren wegen der Zerstörung eines römerzeitlichen Gräberfeldes durch Motorpflüge begonnen wurden. Freilegung und Dokumentation von über 30 Bestattungen.

Sommerein: Wegen der Sandgewinnung im Fundgebiet mußten weitere 20 Awarengräber und ein Töpferofen freigelegt und dokumentiert werden.

Aspersdorf: In einer Schottergrube konnten mehrere langobardische Bestattungen vor der Zerstörung bewahrt werden; sie gehören zu den seltenen frühgeschichtlichen Funden des 6. Jahrhunderts n. Chr.

Es ist nicht leicht, von den 250 Vorhaben in Niederösterreich die wichtigsten hervorzuheben, denn jede einzelne Aufgabe erforderte große Anstrengung und erhebliche finanzielle Mittel. Umfangreich wie dringend waren die Arbeiten an den Stiftskirchen in Herzogenburg und Seitenstetten. Die Sanierung der sehr schönen Räume des ehemaligen Stiftes Dürnstein ist ebenfalls weit gediehen. Zu den Großvorhaben zählte die Restaurierung des Wienerstores in Hainburg, der kunsthistorisch bedeutenden Rochuskapelle in Mannersdorf an der March, des Piaristenklosters in Krems und der Pfarrkirche in Schöngrabern. Die Arbeiten am Sgraffitohaus in Eggenburg, am Tullner Karner und am Wiener Neustädter Dom wurden fortgesetzt. In Niederösterreich wurden insgesamt 35 Schlösser und 12 Burgen denkmalpflegerisch behandelt. Mit der Restaurierung des Bahnhofes von Rekawinkel bleibt ein wichtiges verkehrsgeschichtliches Denkmal der Nachwelt erhalten, welches außerdem auch in Zukunft die Funktion als Bahnhofsgebäude voll erfüllen kann. Besonders erfreulich sind auch die zahlreichen denkmalpflegerischen Aktionen in Bruck/Leitha, Gloggnitz, Hainburg, Klosterneuburg, Krems, Melk, St. Pölten und Weitra.

1977

Die Unterschutzstellungskampagne wurde in den Orten Baden, Klosterneuburg und in mehreren Gemeinden der Wachau fortgesetzt. Meist in Zusammenarbeit mit den Restaurierwerkstätten des Bundesdenkmalamtes wurde die Sanierung besonders großer und schwieriger Projekte vorbereitet. Dazu gehört die Renovierung der Außenerscheinung der Stifte Göttweig und Klosterneuburg, die Innenrestaurierung der Stiftskirche in Seitenstetten und der Domkirche von Wiener Neustadt und vor allem die Gesamtsanierung der Melker Stiftskirche. Für die Orte Allentsteig, Amstetten, Litschau und Obersulz wurde ein Konzept für die Erhaltung und Restaurierung bedeutender Bauensembles erstellt.

Folgende größere Projekte konnten im Berichtsjahr zum Abschluß gebracht werden: Die Pfarrkirchen von Amstetten, Baden (St. Helena), Großgerungs, Herrnbaumgarten, Hohen eich, Mannersdorf/Leithagebirge, Maria Dreieichen und Wartberg wurden im Inneren, die von Aggsbach-Markt, Bern hardsthäl, Kirchschlag, Michelstetten und St. Leonhard am Forst im Äußeren saniert. Für die Schlösser Harmannsdorf, Laxenburg, Plankenstein, Stoitzendorf (schloßähnlicher Pfarrhof) und Schwarzau wurden Revitalisierungsmaßnahmen getroffen.

Mehrere Objekte, die vom Verfall bedroht waren, konnten nunmehr durch substanzerhaltende Maßnahmen gerettet werden, wie die gotische Kirchenruine in Döllersheim, der Dürnhof bei Zwettl und die Ruine Dobra. Zu erwähnen ist auch die Fassadeninstandsetzung der Schlösser Leesdorf in Baden, Kirchberg an der Pielach, Bergau in Rohrbach an der Gölsen und des Beethoven-Hauses in Mödling. Schließlich wurde auch der völlig ruinöse Turnierplatz im Laxenburger Schloß- gelände restauriert, der nun zu den schönsten Turnierplätzen Europas zählt.

NIEDERÖSTERREICHMUSEEN

## Förderungsausgaben

das sind Zuschüsse an Unternehmungen, Freilichtmuseen, sonstige gemeinnützige Einrichtungen und an private Haushalte

<u>Jahr:</u>	<u>Mill.S.:</u>	<u>Total:</u>
1975	0,620	
1976	0,899	
1977	0,950	2,469
1978	1,354	3,823

NIEDERÖSTERREICHBibliothekarische und wissenschaftliche Filmeinrichtungen

Empfänger ist die Phil. theol. Lehranstalt St. Gabriel  
in Mödling

<u>Jahr:</u>	<u>Mill.S. Förderungen:</u>	<u>Total:</u>
--------------	-----------------------------	---------------

1975	0,200	
1976	0,200	
1977	0,170	
		0,570
1978	0,170	0,740

NIEDERÖSTERREICHBAULICHE MASSNAHMEN

Sanierungsarbeiten im Schloß Laxenburg für das Internationale Institut für angewandte Systemanalyse gemeinsam mit der Stadt Wien und dem Land Niederösterreich

Gesamtkosten: 175 Mill. S

Bundesleistung aus Kap. 14 105 Mill. S

Neubau des Gutsbetriebes Medau der Veterinärmed. Univ.  
(in Bau)

Weiterführung der Generalsanierung der Versuchswirtschaft Groß-Enzersdorf der Universität für Bodenkultur

Tierzuchtinstitut Himberg der Universität Wien  
1974 fertiggestellt.

**N I E D E R Ö S T E R R E I C H****Förderungsausgaben - Studentische Subventionen**

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1975	0,010	
1976	-	
1977	-	0,010
1978	-	0,010

**N I E D E R Ö S T E R R E I C H****Förderungsausgaben - Wissenschaftliche Einrichtungen**

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill.S:</u>	<u>Total:</u>
1975	0,100	
1976	0,085	
1977	0,205	0,390
1978	0,185	0,575